

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustration Sonntags-
 beilage, Die Neue Welt 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehobene Kolonne
 je nach dem Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Verlesungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellengänge und Schließ-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. Dezember 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Errettung des Parlaments.

Aus Wien wird uns vom 20. Dezember geschrieben:

Oesterreich ist wirklich das Land der Unwahrscheinlichkeiten. Denn was sich seit Mittwoch im österreichischen Abgeordnetenhaus ereignet hat, und insbesondere die grundumsstürzende Wendung, mit der die letzte Obstruktion abgeschlossen, das wäre in keinem anderen Staate möglich, ist nur als jene Operation auf Tod und Leben zu begreifen, ohne die das Parlament bei lebendigem Leibe verfaul wäre. Geschäftsordnungsänderungen sind ja nirgends der Ausfluss friedlicher Zeiten; sie geschehen eigentlich überall unter Blitz und Donner. Der Unterschied ist nur der, daß sie gewöhnlich als eine Vergewaltigung empfunden werden, die eine zufällige und struppellose Mehrheit und fast immer in ihrem eigenen Interesse verübt, wogegen sich mit dem Beschluß von Sonnabend das Parlament selbst von seinen Verderbern und Verwüstern befreit hat. Deshalb ist diese Geschäftsordnungsreform wirklich eine rettende Tat, und es ist kein Zufall, daß die Sozialdemokraten ihre Träger geworden sind. Das mag paradox erscheinen, aber die österreichische Wirklichkeit hat die Erfahrung längst bestätigt, daß hierzulande das Notwendige nur durch die Sozialdemokratie bezwungen wird.

Der Beschluß ist ein wahres Notgesetz sowohl in formeller als in rechtlicher Beziehung, aber der Notstand war auch ungeheuerlich. Die Obstruktion ist nämlich in Oesterreich schon lange nicht ein Hilfsmittel des Parlamentarismus, kein parlamentarischer Abwehrschutzmehr, sie ist schlechthin die politische und parlamentarische Entwidlung aufs stärkste bedrohende Gefahr, und der Parlamentarismus hat keinen gefährlicheren Feind als eine Obstruktion, durch die er direkt aufgehoben wird. Nach der Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses, die aus dem Jahre 1875 stammt, können bekanntlich zwanzig Abgeordnete die „Abkürzung der Verhandlung“ begehren, was sachlich bedeutet, daß sie Anträge sonder Zahl stellen können, die sofort zur Verhandlung kommen müssen. Das bedeutet weiter, daß zwanzig Leute das Parlament so blockieren können, daß nicht ein Korn durchgeht, daß das Haus in ihrer Einschüchterung so erstickt, daß ihm nicht einmal die Möglichkeit einer aussichtsreichen Gegenwehr bleibt. Zur Obstruktion reichen also schon zwanzig Abgeordnete aus, und jeder Obstruktion ist der Erfolg dahin gesichert, daß das Haus unter ihren Streichen erliegen muß. Nun stelle man sich vor, was das in einem Hause von 516 Abgeordneten, mit acht Nationalitäten und zwei Dutzend Parteien bedeutet. Das bedeutet, daß im österreichischen Abgeordnetenhaus ununterbrochen obstruiert wird. Denn der nationalistiche Chauvinismus produziert in allen Nationen, insbesondere bei den Deutschen und den Tschechen, die ganz gewissenlosen „Radikalen“, die Demagogen, die von den nationalen Gegensätzen leben, sie ausbeuten, die also wegen jeder nationalen Bagatelle das Parlament mit dem Verlagerungsstadium überziehen, und dadurch die Krise des Parlaments permanent machen. Ein solches Haus zeitigt auch ein gar nicht kleines Quantum parlamentarischer Abfälle: Desperados, politische Abenteuerer, parlamentarische Hochstapler, die dann, wenn die jeweilige obstruktionskünstlerische nationale Gruppe über die zwanzig Unterschriften gerade nicht verfügt, ihre Unterschriften anstauschen und herleihen, so daß das österreichische Abgeordnetenhaus an der allerersten Arbeit schon oft durch solche Dringlichkeitsanträge mit zusammengekauften Unterschriften gehindert war. So hat man im verflochtenen Hause der Wahlreform die Schwierigkeit nur auf die Weise aus dem Wege räumen können, daß man ihre Verhandlung selber im Wege eines Dringlichkeitsantrages durchführte. Sonst hätte sie vor sich fünfzig Dringlichkeitsanträge gehabt, für die im ganzen Hause netto zwanzig Unterschriften zusammengekauft worden wären, wobei die größte Gruppe keine fünf Mann hoch war, und es wäre möglich gewesen, daß ein solches Wert scheiterte, weil sich zwanzig politische Auswürflinge den Spatz ihrer Obstruktion nicht verlassen wollten. Ihren einstmaligen Charakter als Wehr der Minoritäten hat die Obstruktion längst und völlig verloren; zumal in dem Parlament des allgemeinen Wahlrechtes ist sie nie anderes gewesen, als die ordinärste Charlatanerie, mit der die Nationalisten aller Sprachen ihre Gaukeleien auszustatten suchten; und es ist wirklich nur die unfruchtliche Geschäftsordnung, die es möglich gemacht hat, daß das demokratische Parlament ein Weite der nationalistischen Schwindler geworden ist. Denn es ist klar, daß die in der Geschäftsordnung niedergelegte Möglichkeit der Obstruktion (die darum ohne jeden Geist und Scharfsinn, ganz grob mechanisch betrieben werden konnte) den Anreiz zur Obstruktion geweckt, oft geradezu eine Pflicht zur Obstruktion begründet hat; und es ist klar, daß dadurch der nationale Chauvinismus, dort wo er schon in Verrücktheit übergeht, ganz eigentlich der Herr des Parlamentes geworden ist. Nicht die besonnenen und der vernünftigen Ueberlegung halbwegs zugänglichen Elemente der nationalen Parteien, sondern ihre Ausläufer und Wardoure haben die Politik und Taktik des bürgerlichen Nationalismus bestimmt. Wenn ein halbes Dutzend „Schleichschradikale“ die Schaffung der Session eines Parla-

ments erzwingen kann, das aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht hervorgeht, indem sie sich den Scherz leisten, im Parlament ein Füllensongert aufzuführen, so weiß man, wie es mit diesem Parlament in Wahrheit schon stand. Wenn das Parlament nicht zugrunde gehen sollte, mußte die Obstruktion, deren Abscheulichkeit und Gewissenlosigkeit in dem letzten obstruktionsistischen Putz so sichtbar wurde, ausgerottet werden.

Deshalb ist es nur ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten bei dieser Reform der Geschäftsordnung, die in Wahrheit die Fessel des Parlaments löst, an der Spitze vorangegangen sind, und den Antrag der Obstruktionisten, der Obstruktion Handschellen anzulegen, der vielleicht nur ein taktisches Manöver zweifelhafter Art sein wollte, zur Wirklichkeit gemacht haben. Wir möchten die Sachlage, wie sie für den Sozialdemokratischen Verband stand, den deutschen Parteigenossen, denen die österreichische Verwirrenheit so viele Rätsel stellt, folgendermaßen verdeutlichen. Wenn im Deutschen Reichstag die Neigung offenbar würde, die Gerechtfame des Reichstages zugunsten des Bundesrates zu verkürzen, oder gar das Wahlrecht anzugreifen: würde sich die Sozialdemokratie etwa beiseite stellen und sagen, der Reichstag sei ein bürgerliches Parlament, ein Klasseninstrument der Bourgeoisie; was geht er, sein Dasein und seine Entwicklung, uns an? Natürlich und ganz selbstverständlich nicht. Aber ob die Krone das Parlament angreift, ob man den Arbeitern das Wahlrecht nimmt, oder dessen Produkt, das Parlament, ihnen stiehlt: das ist kein Unterschied und kein Unterschied in der Schädigung der Arbeiter als Klasse. Soll sich das Proletariat unter der gewaltigsten Kraftanstrengung das allgemeine Wahlrecht dazu erobert haben, damit das Parlament zum toten Spiel der nationalistischen Gaukler werde? Nachgerade hat die ganze Welt genug über dieses hilflose Haus gelacht, seine „Rettungen“ verspottet, die kaum für Tage vorgehalten; und rascher wird selten ein durch seinen Ursprung so vollstümliches Haus sein Ansehen verwirrt, das Vertrauen zu seiner Potenz verloren haben, als es dem österreichischen Volksparlament beschieden war. Tatsächlich war die Ohnmacht der Volksvertretung, hervorgerufen durch die Weisel einer sinnlosen Obstruktion, nur Arbeit für die Reaktion: Schrittmacher für den Absolutismus, der legitimiert erschien, wenn sich das Abgeordnetenhaus, ohne auch nur Widerstand zu leisten, schänden, zertreten und meucheln ließ. Dem mußte ein Ende gemacht werden, und anders als durch ein Notstands-gesetz, das das Obstruieren für ein Jahr gleichsam verbietet, ging es nicht; auf die Einkehr und Vernunft der Chauvinisten war nicht mehr zu hoffen.

Die Geltung des Gesetzes, durch welches die Obstruktion unterbunden wird, ist auf ein Jahr beschränkt. Inzwischen wird es möglich sein, die Geschäftsordnung sachgemäß und zielbewußt zu reformieren; daß sie einestheils die Funktionen des Hauses sichert, anderenteils den Minoritäten, und im österreichischen Abgeordnetenhaus gibt es nur Minoritäten, die Freiheit der Bewegung verbürgt. Es scheint überaus schön und wunderbar, daß die Reform aus tosendem Obstruktionssturm hervorging. Aber es scheint nur so, denn es mußte das Haus erst auf die tiefste Stufe sinken, dem Abgrund schon ganz nahe gekommen sein, damit der Entschluß entstehen und lebendig werden konnte, dem Niedergang und Untergang eine Grenze zu setzen. Seltsam aber wahr: erst mit der Geschäftsordnung, die das Parlament auf gesicherte Grundlagen stellt, empfängt das allgemeine Wahlrecht seine Erfüllung.

Die preußische Wahlreform.

Es scheint wirklich, als ob die preußische Regierung die Absicht habe, dem Landtage in der nächsten Session eine Wahlrechtsvorlage unterbreiten zu wollen. Wenigstens wird nach einer Meldung des „Kokal-Anzeigers“ die Regierung in den nächsten Tagen die Ergebnisse der statistischen Erhebungen veröffentlichen, die sie über die verflochtenen Landtagswahlen hat anstellen lassen. Nach der Meldung des Scharlattes soll die Statistik eine sehr umfangreiche sein, so daß sich die publizistische Vorwegnahme von Einzelheiten dieser Untersuchung nicht ermöglichen lasse. Es werde wochenlangere Besprechungen in der Öffentlichkeit bedürfen, um genügend Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, an welchen Stellen die Reform in erster Linie einzusetzen habe, um bei einem Zusammenarbeiten der gesetzgebenden Faktoren zu einem Erfolge zu führen.

Während sich „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ gegen jede Wahlreform einseitig schroff ablehnend verhalten, versucht der gleichfalls konservative „Reichsbote“ unter der Maske einer gemäßigten Wahlrechtsfreundschaft die Wahlreform von vornherein in eine Sackgasse hinein zu bugliieren. Er gibt zu, daß das heutige Wahlrecht in mancher Beziehung eine Reform verdränge. So führe zum Beispiel die heutige Art der Steuerdrittteilung zu ungewöhnlichen Gärten und Zollheuten. Die Steuerdrittteilung selbst will der „Reichsbote“ freilich nicht beseitigt wissen, sondern nur die heute bestehende Drittteilung innerhalb der einzelnen Urwahlbezirke. Diese Art der Drittteilung möchte das antisemitisch-konservative Organ ersetzt sehen durch die Bestimmung, daß die Drittteilung gleichmäßig im ganzen Lande zu geschehen habe, und zwar etwa derartig, daß jede Steuerleistung über 100 M., die einem Mindesteinkommen von

2700—3000 M. entspräche, zur Wahl in der zweiten Klasse berechtige, während Steuerleistungen über 500 M., denen ein Einkommen von mindestens 8500—9000 M. entsprechen würde, zur Wahl in der ersten Klasse berechtigen solle.

Das wäre in der Tat eine Reform, die die nichtbesitzende Klasse noch radikaler entrechtete würde, als das heute bestehende elendeste aller Wahlsysteme! Hat es doch gerade die Drittteilung in den Urwahlbezirken, die in den Industriebezirken und Großstädten in Proletariatsvierteln Arbeiter zu Wählern zweiter, ja sogar erster Klasse gemacht hat, ermöglicht, daß wenigstens ein halbes Dutzend von sozialdemokratischen Abgeordneten in die preußische Kammer entsendet werden konnte. Wäre die Drittteilung nach dem Vorschlag des „Reichsbotes“ durchgeführt, so wäre dem Proletariat jede Möglichkeit abgeschnitten, auch nur einen einzigen Abgeordneten in die preußische Duma zu schicken.

Sehr charakteristisch ist auch das Bedenken, das der „Reichsbote“ gegen die Privilegierung der höheren Bildung einwendet. Schon heute, meint das Blatt, bestände ein gebildetes Proletariat, so daß man es sich sehr überlegen müsse, ob der Besitz einer gewissen Bildung zum Uebergang in eine höhere Klasse berechtigen solle.

Die Arbeiterklasse erhebt auf diesen Äußerungen des „Reichsbotes“, daß selbst solche Elemente, die den Anschein erwecken, als ob sie einer Wahlreform nicht grundfänglich abgeneigt seien, nur auf Mittel und Wege sinnen, um die heutige Entrechtung des Proletariates nicht nur zu verewigen, sondern womöglich noch zu verschlimmern! Das deutsche Proletariat hat mit aller Aufmerksamkeit das Verhalten von Regierung und bürgerlichen Parteien zu verfolgen, um in dem Augenblick mit aller Tatkraft auf dem Plane zu erscheinen und in den Reichstagshandel einzugreifen, wo es sich um die Entscheidung handelt!

Der Kampf um den Proporz.

Paris, 18. Dezember. (Fig. Ver.)

Am Montag findet hier ein Protestbankett der Gegner der Proportionalvertretung statt. Es soll die feierliche Einleitung eines germalendenden „Niederreitens“ der Wahlfreier werden. Die glorievolle Idee rührt vom — man muß ja noch immer sagen — „Genossen“ Breton her, der der Generalsekretär der Anti-Proporzarmee ist. Feldmarschall ist der alte Pelletan. Und Combes wie Bourgeois — letzterer brieflich — segnen die Waffen ein. Diese sind nicht gerade nobel. Wer für den Proporz ist, wird einfach des Verrats an der Republik und am allgemeinen Stimmrecht und der Teilnahme an einer illegalen und boulangistischen Verchwörung beschuldigt. Demgemäß müßte man alle Proportionalisten einsperren. Paul Deschanel ebenso wie Jaurès und die anderen Sozialisten und sogar so waschechte Radikalsozialisten wie Guiffon, Messimy und Steeg.

Die Breton und Genossen treiben es wirklich toll. Im ein angeblüh der republikanischen Mehrheit gefährliches Wahlsystem zu vereiteln, ruinieren sie den bürgerlichen Republikanismus vollständig. Die Wahlen werden sich in einer Situation von nicht da-gewesener Verwirrenheit vollziehen. Die Propaganda für die Wahlreform hat schon die sichere Wirkung gehabt, daß die Stellung der Kandidaten zu ihr eine große Bedeutung haben wird, besonders im zweiten Wahlgang. Ob und wie weit in diesem eine offene Solidarität der Proporzanhänger wirksam werden wird, ist ungewiß. Die Progressisten haben erklärt, daß sie, wenn im zweiten Wahlgang zwei Republikaner einander gegenüberstehen, für den Anhänger des Proporzges stimmen werden, auch wenn es ein Sozialist ist. Bei den Sozialisten ist die Neigung, unbedingt einem Anhänger des Proporzges ohne Rücksicht auf seine Parteistellung zum Siege zu verbleiben, gleichfalls gutgegetreten und einige Föderationskongresse haben ihren Delegierten zum Parteitag strikte Mandate in bezug auf diese Taktik mitgegeben. Genosse Jaurès, der zuerst gleichfalls für sie eingenommen war, wohnt jetzt nicht ohne Verachtung vor solchen bindenden Mandaten, die die Diskussion zwedlos machen würden. Er nennt als Voraussetzung der Erhebung der Proporzfrage zur einzigen Plattform eine ausdrückliche Vereinbarung der daran teilnehmenden Parteien und die Beschränkung des Mandats einer unter diesen Umständen gewählten Kammer auf die Erledigung der Wahlreform. Die demokratische Allianz und die radikalen Proportionalisten haben sich indes gegen jede Vereinbarung ausgesprochen, die sie verbinden könnte, für Antirepublikaner zu stimmen. Das macht aber die Lage noch verwirrt. Wie werden sich die verschiedenen proporzfreundlichen Parteien in den Wahlkreisen verhalten, wo ein für den Proporz eintretender Kandidat erklärt, sein Mandat innerhalb einer bestimmten Frist niederzulegen? Bei den Sozialisten haben einzelne, z. B. der Reformist Fourrière gleichfalls die unbedingte Unzulässigkeit der Abstimmung für einen Reaktionär ausgesprochen. Aber eine so beschränkte Solidarität der Proportionalisten hat überhaupt keinen Sinn, da es, sobald die Wahlreform nicht die einzige Frage ist, die der nächsten Kammer überantwortet wird, eine Menge nicht minder wichtiger Kriterien für die Eignung eines Kandidaten gibt.

In der heutigen „Humanité“ führt Jaurès aus, daß die Sozialisten nicht durch Kombinationen im zweiten Wahlgang die Wahlreform dem Lande aufzwingen werden, wenn sich dieses im ersten gegen sie ausdrückt, er appelliert aber an die Radikalen, wenn die Mehrheit der Wähler anders entscheide, die republikanischen Anhänger des Proporzges nicht in das Dilemma zu bringen, entweder die Reform preiszugeben oder für Gegner der antirepublikanischen Republik zu stimmen. Jaurès will nicht den Willen der Nation unter dem

Vorwand der republikanischen Disziplin eskalieren lassen. Es ist aber zu bezweifeln, daß die radikalen Verfassungspolitiker ein solches Maß von Ehrlichkeit besitzen, wie ihnen Jaurès noch immer zumutet.

Wenigstens deutet auf ein solches Defizit die Lischgenoffenschaft hin, die sie sich für Montag erbeten haben. Die Einladung der parlamentarischen Gruppe für die Wiedereröffnung der Wahlen soll den Wählern den Willen zur Aufhebung der Bezirkswahl vorkommen lassen. Tatsächlich wäre die Wahlenwahl ohne Proporz noch schlechter als das bestehende System. Und bei ihr lämen vielleicht nicht einmal die Reaktionen zu Schaden, sicher aber die Sozialisten, die in den weitgezogenen Wahlkreisen einfach der Gnade der radikalen Komitees ausgeliefert und auf Wahlkompromisse mit ihnen angewiesen wären. — Neben diesem Schwindel steht aber eine Drohung, Breton hat als Gast Herru Mascaraud gewonnen, den Präsidenten des sogenannten „Republikanischen Komitees für Handel und Industrie“, das aus seiner reichgekauften Kasse den Wählern der linksrepublikanischen Kandidaten speist. Es ist ein Wink mit dem Zaumseil. Den künftigen Kandidaten wird kundgetan, daß sie zwischen dem Proporz und dem Portemonnaie des Herrn Mascaraud die Wahl haben.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. Dezember 1909.

Ein Cofin-Dementi.

Der Regierung wird die Schmähung, die in den letzten Tagen der schöne Cofin-Farbstoff hat erdulden müssen, zu arg. Sie nimmt sich deshalb der agrarischen Gefühlsfarbe wohlwollend an und erläßt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Beschwichtigung:

„Seit einigen Tagen laufen durch die Presse Mitteilungen, nach denen die Färbung der zum Zolllage von 1,90 M. abgelassenen Gerste mit Cofin Uebelstände im Gefolge gehabt haben soll. Namentlich wird behauptet, daß die Verwendung der gefärbten Gerste zu Futterzwecken die Gesundheit des Viehs schädige. Selbstverständlich werden alle diese Angaben sorgfältig geprüft und es sind unverzüglich eingehende Erörterungen unter den beteiligten Stellen eingeleitet. Es wird kein Mittel unversucht gelassen, zu einer vollen Klärung zu kommen. Um so mehr erscheint es gerechtfertigt, erstlich darauf zu warnen, daß durch die Verwendung der Gerste ohne Rot-Mittelwurz und namentlich die Viehzüchter im ganzen Reiche beunruhigt werden. Ein Beweis dafür, daß die Verwendung der mit Cofin gefärbten Gerste schädlich wirkt, ist bisher nicht erbracht. Dagegen kann schon jetzt als festgestellt gelten, daß die erhobenen Beschwerden mindestens stark übertrieben sind.“

Die Wirkung des Cofins auf den Tierkörper ist bei der ausgedehnten Verwendung, die niedrig verzollte Gerste gerade bei der Viehfütterung findet, vor Einführung des Färbungsverfahrens besonders eingehend geprüft worden. Im Auftrage des Preussischen Landwirtschaftsministeriums wurden von dem Kaiser-Wilhelms-Institut in Bromberg auf dem Versuchsgute Mocheln mehr als 8 Monate hindurch Versuche mit 30 nach Klasse, Alter und Gewicht gleichartigen Schweinen angestellt, die in drei Reihen von je 10 Stück eingeteilt waren. Alle Versuchstiere bekamen gleichmäßig ein Grundfutter von Weizenmehl und Kartoffeln, daneben aber

- Reihe I ungefarbte Gerste,
 - Reihe II Gerste, von der 5 Proz., später 10 Proz. der Nährwert mit Cofin gefärbt wurden,
 - Reihe III Gerste, die mit Cofin vollständig durchgefärbt war.
- Die Ergebnisse des Versuches zeigten keinerlei schädliche Wirkungen des Cofins. Im Gegenteil stellte sich die Gewichtszunahme für das Stück und den Tag durchschnittlich
- | |
|--------------------------------|
| in Reihe I auf 0,842 Kilogramm |
| II „ 0,871 „ |
| III „ 0,876 „ |

Nach Ablauf der angegebenen Zeit erfolgte die Schlachtung und es wurden an den Versuchstieren an markfähigen Schlachtgewichten ermittelt

in Reihe I	82,1 Proz.
II	83,1 „
III	82,5 „

Die von Sachverständigen angeführte Untersuchung ergab ferner, daß das Cofin auf die Beschaffenheit des Fleisches und des Fettes keinen Einfluß ausgeübt hatte.“

Verschiedene Tierärzte sind anderer Ansicht über die Schädlichkeit der Cofinfärbung, als die „Nordd. Allg. Ztg.“. Auch die vom Abgeordneten Carstens im Reichstag gezeigten Zelle eines schleswig-holsteinischen Schweins widersprechen den Darlegungen des Regierungsblasses — aber vielleicht sind die schleswig-holsteinischen Schweine von zarterer Konstitution als die Weichener. Vielleicht war sogar das im Reichstag vorgezeigte Schwein kein richtiges Landschwein, sondern ein städtisches Individuum. Dann wäre allerdings sein einseitigeres Verhalten gegen die Cofinfarbe erklärlich.

Die Perle von Januschan.

Herr v. Oldenburg scheint sich darauf kapriziert zu haben, den modernen Schouan zu spielen, der royalistischer ist als sein König. Besonders scheint er sich für die Rolle des dramatisierenden Royalistenführers Laroche-Jaquelin qualifiziert zu halten — ein etwas sonderbarer Geschmack, denn bekanntlich ließ dieser royalistische Aufstrebende die ihm vertrauten Vendee Bauern bei Savenay schmätzen im Stich, um seine wertvolle Person dem heiligen royalistischen Frankreich zu erhalten. Allerdings so unternehmend wie sein großes Vorbild sieht Herr v. Oldenburg nicht aus; er ist allzu behäbig geworden und scheint seinem Keuhn nach recht bedeutenden Wert auf eine gute Sache zu legen; aber in einer Beziehung übertrifft er entschieden sein Vorbild: in der Großmäuligkeit. Seit einiger Zeit reißt die Perle von Januschan unermüdlich umher und hält fastige Reden. Am Sonnabend redete er wieder in Danzig. Er bezeugte wieder in seinem schönen Jargon die Liberalen als „Lobdrig“ und konfus und verhöhnte den Versuch, „an dem Wahlrecht zu maddern“. Dann erzählte er nach der „Kreuz-Ztg.“ folgende schöne Geschichte:

„Ich entsinne mich eines politischen Gespräches zwischen einem unferer Bundesfürsten und einem seiner drahtischen Redensarten wegen sehr bekannten und geschätzten, leider verstorbenen Kavalleriegenerals, welches Ende der 70er Jahre in einem Potsdamer Offizierskafino stattfand und feinerzeit viel kopiert wurde: Der Bundesfürst — damals noch nicht auf dem Thron — bekannte sich als Regierungsdemokrat offen für die denkbar freieste Konstitution und erhielt darauf von dem General als Antwort: „Ka, königliche Hoheit, dann lassen Sie sich man Schuppen-Letten an Ihrer Krone andringen!“ Das diese Redewort nicht nur einen Witz, sondern furchtbar traurige Wahrheit in sich birgt, davon haben wir uns alle nicht nur durch die Novemberereignisse des Reichstages überzeugen können. — Nun ist es ja dem Fürsten Bismarck gelungen, den König selbst in der Thronrede sagen zu lassen, „er wünsche die Wahlrechtsänderung“, und damit

hat der Fürst das politische Herz eines jeden konservativen Mannes zum Konflikt gebracht: Auf der einen Seite heißt es: „Gehorchen“, auf der anderen Seite aber steht überzeugungstreu die Parole: „Schätze und erhalte die Prerogative der Krone!“ Redner ist der Meinung, man dürfe durch Stillstände nicht den Anschein erwecken, als sei diese Frage für die Partei keine Prinzipienfrage. Im Gegenteil: „Wir müßten dem neuen Statu quo des Königs laut und deutlich entgegenrufen, daß die konservative Partei in Preußen nicht gewillt ist, das Tor zu öffnen, durch welches die rote Lava des sozialdemokratischen Kraters hindurchfließen kann.“

Wenn gar nichts mehr hilft, will Herr v. Oldenburg nach Mecklenburg auswandern und, falls dort bis dahin auch schon die beiden Großherzöge in antiroyalistischer Verblendung eine grausame „Revolution von oben“ gemacht haben sollten, zu den Götzentöten.

Einberufung des preussischen Landtages.

Durch eine im „Preussischen Staatsanzeiger“ publizierte kaiserliche Verordnung werden die beiden Häuser des Landtages auf den 11. Januar 1910 einberufen.

„Ein Schutzoll-Zubillänm“

so überschreibt die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel, in welchem Herr Dertel wieder bemerkt, welchen Unfug das Agrarierblatt seinen Lesern bieten darf. Es wird angeknüpft an einen Brief, den der alte Kaiser Wilhelm am 22. Juli 1876 an Bismarck geschrieben hat. Wilhelm I. schrieb damals an Bismarck, daß er sich mit Delbrück und Camphausen über die Eisenindustrie unterhalten hat und dabei gesagt habe: „Ich erwiderte, woher es denn aber komme, daß ein Eisen-Probations-Unternehmen nach dem anderen seine Oefen ausblase, seine Arbeiter entlasse, die herumlungerten, und daß diejenigen, welche noch fortarbeiteten, dies nur mit Schaden täten, also nichts verdieneten, bis auch sie die Arbeiten wieder einstellen müssen.“

Dieser Satz hat eine historische Bedeutung, er ist 1879 von Bismarck bei Begründung der Eisenzölle gebraucht und später von Stumm bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wiederholt worden. Später ging der Satz in den stehenden Redefuß des Herrn v. Kardorff über und in neuerer Zeit wird er von Dr. Deumer hergefaßt.

Die Ursachen für das Schließen der Eisenerze lagen nicht auf dem Gebiete der Zollpolitik, sondern waren technischer Art. Im Anfang der siebziger Jahre war es der Kampf zwischen dem Holzlohlen- und dem Steinlohlen-eisen, wobei die Steinlohlen Sieger blieb. Der Kampf wurde aber auch mit diesem Siege nicht abgeschlossen, denn nun begann der Kampf des Flußeisens gegen das Schweiß-eisen. Bessmer hatte zwar schon 1856 seine gewaltige Erfindung eingeführt, aber die Länder mit phosphorhaltigen Erzen blieben im Rückstand. Da wurde denn Ende der siebziger Jahre der deutsche Eisenindustrie die Hilfe von England gebracht. Thomas hatte durch das basische Verfahren die Möglichkeit geschaffen, aus stark phosphorhaltigen Erzen nicht nur gutes Eisen herzustellen, sondern die Eisenindustrie gewann noch das wertvolle Nebenprodukt, die Thomaschlacke.

Trotz des 1879 eingeführten Eisenzolles wurden weitere Werke geschaffen. 1883 hatten wir in Deutschland noch 885 Schweiß-eisenwerke, in denen 57 407 Arbeiter 2 130 800 Tonnen Roheisen verarbeiteten. Die Zahl dieser Werke war 1907 auf 119 zusammengefallen. In den Schweiß-eisenwerken wurden 1907 nur noch 18 881 Arbeiter beschäftigt, die 831 400 Tonnen Roheisen verarbeiteten. Das Verschwinden dieser Werke wurde auch durch den Eisenzoll nicht gehindert, weil der Hauptfeind, der übermächtige Konkurrent, nicht im Auslande, sondern im Inlande saß. Der Feind der alten Werke waren die Flußeisenwerke. Wahrscheinlich hatten deren Vorkämpfer, Krupp und Kardorff, der Gründer von Laurahütte, dem alten Wilhelm den Satz über die traurige Lage der Eisenindustrie eingeflüßert. Die Zahl der Flußeisenwerke stieg von 78 im Jahre 1883 auf 222 im Jahre 1907 und die Arbeiterzahl von 29 033 auf 183 706 Köpfe, die Produktion stieg aber von 1 429 900 Tonnen auf 14 295 400 Tonnen verarbeitetes Roheisen. Die Kalamität, die in den siebziger Jahren für die Holzlohlen-eisenwerke und die Schweiß-eisenwerke bestand, wurde durch den Eisenzoll nicht beseitigt. Sie wird wohl fortbestehen bis auch die letzten 119 Werke verschwunden sind.

Noch drohlicher wirken aber die eigenen Ausführungen des Agrarierblattes, in denen behauptet wird, daß durch den Freihandel so schlimme Zustände geschaffen sind, daß die Auswanderung auf 220 000 gestiegen sei. Diese Zahl wurde erst im Jahre 1881, also zwei Jahre nach Einführung des Schutzzolles, erreicht. Die letzten Jahre in der Freihandelsperiode zeigten folgende Auswandererziffern: 1876: 29 644, 1877: 22 898 und 1878: 25 027. 1879 kam der Übergang zum Schutz Zoll und nun stieg die Auswandererziffer auf 35 888, im folgenden Jahre auf 117 097 und dann 1881 auf 220 002. In dem dann folgenden Jahrzehnt wanderten noch 1 241 610 Personen aus Deutschland aus. So niedrige Auswandererziffern wie in den letzten Jahren der Freihandelsperiode wurden erst wieder erreicht in der Periode nach 1894, also also die von den Dünklern so gehäßten Caprivischen Handelsverträge wirkten.

Die „Vollkraft des platten Landes“.

Die „Konservative Korrespondenz“ beschäftigt sich nach der „Deutschen Tageszeitung“ mit einem Artikel des Oberst a. D. Gädte über Volksgeundheit und Wehrkraft. Sie konstatiert mit Befriedigung, daß selbst Herr Gädte es bedenklich findet, daß die Volksgeundheit durch die fortwährende Vermehrung der städtischen auf Kosten der ländlichen Bevölkerung leidet“ und fährt dann fort: „Der militärische Verichterstatler des „Berliner Tageblatt“ rechtfertigt also in gewisser Weise die Haltung der konservativen Partei, die die Gesetzgebung in solchen Dingen erhalten wissen will, daß das platte Land in seiner Vollkraft erhalten bleibt.“ Es ist ein starkes Stück, zu behaupten, die konservative Partei trete dafür ein, „daß das platte Land in seiner Vollkraft erhalten bleibt“. Gerade die konservative Partei hat die Lebenshaltung von Millionen Landarbeitern und Kleinbauern durch Zölle und indirekte Steuern herabgedrückt. Sie ist mitschuldig daran, daß ein großer Teil auch der ländlichen arbeitenden Bevölkerung an chronischer Unterernährung leidet. Nicht die „Vollkraft des platten Landes“, sondern die krankhafte Ausbeutung und Verelendung der Landarbeiter ist es, was die konservative Partei erhalten wissen will.

Steuern und die Schiffsabgaben.

Wie der „Darmstädter Zeitung“ mitgeteilt wird, war die heffische Regierung von vornherein der Ansicht, daß der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung von Schiffsabgaben nicht annehmbar sei. Die von Preußen in Aussicht gestellte, unlängst veröffentlichte Denkschrift hat die gegen den Entwurf bestehenden Bedenken nicht beseitigt, wohl aber sind sie durch die später veröffentlichte schiffsabgabige Denkschrift verstärkt worden. Bei der Sachlage hat die heffische Regierung sich dahin schlüssig gemacht, den Anträgen Preußens auf Erlass eines Gesetzes betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben die Zustimmung zu verjagen.

Eine mißlungene Staatsaktion.

Die gewaltige Straßendemonstration, die unsere Breslauer Genossen während des Katholikentages veranstalteten, soll auf alle Fälle polizeiwidrig gewesen sein. Da sich aber sonst keine gesetzliche Handhabe bot, um nachträglich gegen die „Räter“ einzuschreiten, hatten sich jetzt, nach etwa vier Monaten, sieben Genossen vor dem Schöffengericht zu verantworten, die einen öffentlichen Aufzug veranstaltet haben sollten. Es waren solche, die zu Fuß mit Kränzen nach dem Grabe Ferdinand Lassalles gepilgert und von der Polizei aufgeschrieen worden waren, weil größere Scharen von Arbeitern ihnen Gefolgschaft geleistet hätten. Der Staatsanwalt beantragte Geldstrafen von 25 und 50 M. Das Gericht kam aber zur Freisprechung aller Angeklagten. Es wurde festgestellt, was allerdings auch so schon alle Welt wußte, daß große Straßendemonstrationen geplant waren und stattgefunden haben. Es sei aber nicht erwiesen, daß die Angeklagten die Veranstalter oder Leiter gewesen sind.

Ein unverständliches Urteil

fiel das Schöffengericht Margonin (Provinz Posen) gegen einen Gewerkschaftsbeamten, der sich gegen die unrechtmäßige Überwachung von Gewerkschaftsversammlungen gewehrt hatte. Der Gauleiter des Hosenarbeiterverbandes, Genosse Schilorr, sprach im August und September dieses Jahres in zahlreichen Versammlungen in Rehdam in bei Weichenhöhe, in denen die Führer des Rego- und Warkbedräftetes Stellung zu einem Lohnarif nahmen, da der alte abgelaufen war. Die ersten Versammlungen verliefen ohne Störung, später aber erschienen Gendarmen, obwohl ihnen bedeutet wurde, daß es sich um rein gewerkschaftliche Angelegenheiten handelte. Schilorr soll nun in den Versammlungen die Gendarmen beleidigt und sich außerdem der Nötigung schuldig gemacht haben. Die Nötigung wurde darin gesehen, daß Schilorr zu den Beamten gesagt hatte, er würde sich über sie beschweren. Und beleidigt soll er die Beamten haben durch die Worte: Die Gendarmen könnten auch wo anders sein, wo, wisse er nicht, vielleicht bei Kuttern.

Der Anklageerretter und der Vorsitzende waren beide der Meinung, Schilorr habe zum Ausdruck bringen wollen, daß die Beamten zu Hause den geschlechtlichen Verkehr mit ihren Frauen pflegen sollten, anstatt in der Versammlung zu sitzen. Das geht auch aus den bestimmten Erklärungen der beiden Gendarmen hervor und daher hätte das Gericht auch nicht die von Schilorr beantragten sechs Zeugen geladen! Außerdem handelte es sich um eine schwere Beleidigung, da sie in einer politischen Versammlung gehalten sei.

Das Gericht verurteilte — dieser Auffassung entsprechend — Schilorr zu drei Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Schilorr hat sich beim Oberpräsidenten über die polizeiliche Überwachung der Versammlungen beschwert. Bis heute ist die Beschwerde nicht beantwortet worden. Gegen das völlig unbegreifliche Urteil des Schöffengerichts wird selbstverständlich Berufung eingelegt.

Zur badischen Brausteuer.

In dem soeben erschienenen Band der „Statistischen Mitteilungen“ für das Großherzogtum Baden sind Feststellungen enthalten, welche für die gegenwärtigen parlamentarischen Verhandlungen der Zweiten Kammer über die Brausteuererleichterung beachtenswert erscheinen. Es ergibt sich, daß die Biersteuer unter den badischen Verbrauchssteuern die ertragreichste ist: letzter Jahresdurchschnitt der Einnahme 8 1/2 Millionen Mark bei insgesamt 11 1/2 Millionen aus allen badischen Verbrauchssteuern. Darunter hatte die Uebergangsabgabe für eingeführtes Bier im letzten Jahre nur einen Anteil von rund 880 000 M. Bei einer vorjährigen Steinerhöhung der Steuererhaltung von 8 809 506 M. (bzw. 800 000 M. weniger als im Jahre 1907) berechnet sich die Verteilung auf den Kopf der mittleren Bevölkerung mit 4,02 M. für das Jahr 1908.

Den oben erwähnten Rückgang des Biersteuerertrages begründet das Statistische Amt mit den derzeitigen unbesriedigenden wirtschaftlichen Verhältnissen, aus der infolge des Rückgangs des Verbrauchs notwendig gewordenen Einschränkung der einheimischen Bierzeugung und der Verminderung der Bierzufuhr aus den Nachbarländern“. Letztere Ursache verminderte die badischen Uebergangsabgaben um 60 421 M. Als Reinertrahme aus der Biersteuer verblieben der Staatokasse Anno 1908 noch 7 455 635 M.

Die historische Entwicklung der badischen Braundierbrauereien wird durch folgende Statistik veranschaulicht:

Jahr	Zahl	Malzverbrauch Doppelhectoliter	Bierzeugung Hektoliter
1880	1067	—	1 555 450
1900	660	680 385	2 978 074
1905	548	668 354	3 120 224
1906	534	662 225	3 276 163
1907	512	657 062	3 285 367
1908	457	600 066	3 226 168

Die durchschnittliche Jahreserzeugung stieg von 4444 Hektoliter (1900) auf 6624 Hektoliter (1908); verglichen mit 1880 entfällt aber heute auf eine Brauerei der siebenfache Durchschnittsausstoß des Jahres 1880.

Ueber die fortwährende Verminderung der Zahl der Brauereien im badischen Lande wird amlich gesagt, daß sie eine Folge ist der sich vollziehenden Konzentration im Brauergewerbe, sowie der starken Verdrängung und Aufsaugung von Mittel- und Kleinbrauereien durch die Großbrauereien insbesondere durch die kapitalträchtigen Aktiengesellschaften.“

Öffentliche Abstimmung.

In welchem Maße die Beamten durch die öffentliche Abstimmung bei Wahlen gezwungen werden, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen, hat sich deutlich bei der letzten Stadtverordnetenwahl in der Kreis- und Regierungstadt Wiesbaden gezeigt. Von 2144 auf die bürgerliche Liste entfallenden Stimmen waren nicht weniger als 995 von Beamten abgegeben. Darunter waren 462 Staats- und Gemeindebeamte, 196 Postbeamte, 185 Eisenbahnbeamte und 149 Postzei-beamte. Es kamen ferner hinzu 283 Angehörige sogenannter freier Berufe: Aerzte usw., 226 Privatiers, 99 Rentiers, 39 Händler. Zu diesen 995 Beamten und 647 bürgerliche Wähler kommen 602 Arbeiter. Die Zahl der Arbeiterstimmen ist für die bürgerliche Liste nur reichlich halb so hoch, wie die der Beamten, während die sozialdemokratischen Wähler fast nur dem Arbeiterstande angehören. Daß familiäre Beamte, auf die zur Ausbildung ihres Wohlrechts mehr oder weniger nachdrücklich und unzuweilend eingewirkt zu werden pflegt, bei der geheimen Wahl nicht für die bürgerliche Liste gestimmt hätten, wissen die Anhänger der öffentlichen Stimmabgabe sehr wohl. Aber gerade deshalb soll die öffentliche Stimmabgabe aufrecht erhalten werden.

Das Zentrum als Rufer im Streit.

Der Mittler zwischen Papst und Zentrum, der Abgeordnete v. Hertling, hat im katholischen Kasino in München einen Vortrag gehalten über Weltanschauung und Politik. Der Zentrumsdiplomats befürwortete ein Zusammengehen aller staats-erhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie. Allem Anschein nach rechnet Herr v. Hertling auch die vom Zentrum so glänzend gehöhten Liberalen zu den staats-erhaltenden Parteien. Dann wäre seine Rede der Ruf nach einer geschlossenen Phalanx des Bürgerturns gegen die Sozialdemokratie.

Vielleicht will das Zentrum beweisen, daß es die Aufgabe lösen kann, um die sich Bismarck mit seinem Reichsverband vergeblich bemüht hat.

Oesterreich.

Nach Ueberwindung der Obstruktion.

Wien, 21. Dezember. Mit dem heutigen Tage trat im Abgeordnetenhaus die neue Geschäftsordnung in Kraft. Das Haus konnte infolgedessen unter Umgehung der noch vorliegenden Dringlichkeitsanträge sofort zur Tagesordnung, der ersten Lesung des Ermächtigungsgesetzes, übergehen.

Handelsminister Dr. Weiskirchner verwies darauf, daß von allen Seiten, auch aus agrarischen Wahlbezirken, an die Regierung die Aufforderung gelangt sei, den Handelsvertrag mit Rumänien baldigst abzuschließen. Es sei Aussicht vorhanden, mit Serbien in absehbarer Zeit zu einem Weisbegünstigungsvertrag zu gelangen. Das Ministerium des Ackerbaus sei nicht in der Lage gewesen, die Vertragsverhandlungen mit Montenegro zu beenden, da eine Zustimmung der ungarischen Regierung bisher nicht zu erlangen war. Mit Bulgarien fänden zurzeit keine Vertragsverhandlungen statt. Der Minister siehe noch wie vor auf dem Standpunkte, daß im Interesse der veterinären Verhältnisse Österreichs eine Einfuhr lebenden Viehes aus den Balkanländern nicht zugelassen sei. Der Minister schloß: Führen wir uns alle als Mitglieder eines großen Staates, welcher berufen ist, ein Bollwerk des Ostens zu sein und ein Emporium des Handels gegenüber der Levante. Schließen wir uns nicht ab vom Weltmarkt und vom Weltverkehr und sorgen wir dafür, daß mit diesen Maßnahmen die Teuerung und Arbeitslosigkeit bekämpft werden. (Lebhafter Beifall.)

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 21. Dezember. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus beendete heute die erste Lesung des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes sowie die Vorlage über die Bierverwertungszentrale, worauf beide Vorlagen den Ausschüssen überwiesen wurden. Die Agrarier bekämpften die ersgenannte Vorlage unter Hinweis auf die Schädigung der Landwirtschaft und Viehzucht, während die Vertreter der Industrie wärmstens für enge Handelsbeziehungen mit den Balkanstaaten eintraten, die auch im Interesse guter politischer Beziehungen gelegen seien. Das Haus erledigte sodann eine Reihe kleinerer Vorlagen sozialpolitischer Natur.

Ein Schandurteil.

Aus Bosnien wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen wurde vom Militärgericht in Mostar ein Hochverratsprozess zu Ende geführt, in dem 31 herzegowinische Serben zu schweren Kerker von 5 1/2 bis 7 1/2 Jahren verurteilt worden sind. Insgesamt mehr als zweihundert Jahre Kerker verhängte das Kriegsgericht im geheimen Verfahren nach monatelanger Untersuchung über 31 Familienväter, deren Frauen und Kinder nun auf Jahre hinaus ihres Ernährers beraubt und dadurch vielfach bitterer Not preisgegeben sind, wenn dieses drakonische Urteil nicht durch einen Gnadenakt eine entsprechende Milderung erfährt.

Und das Verbrechen? Aus dem hart an der montenegrinischen Grenze gelegenen, militärisch stark besetzten Städtchen Gacko gingen in den kritischen Märztagen des heutigen Jahres 31 herzegowinische serbische Nationalität nach Montenegro, um dort, wie in der Ankündigung behauptet wird, bei einem eventuell ausbrechenden Kriege gegen Oesterreich zu kämpfen. Alle 31 Gackocer hatten ihrer Präsenzpflicht bei den bosnisch-herzegowinischen Truppen Genüge geleistet und standen zur Zeit ihrer Flucht nach Montenegro im Ackerbauverhältnis, weshalb sich das Militärgericht zur Urteilssprechung für befugt erklärte. Von den Behörden wird nämlich behauptet, daß die 31 Serben nach ihrer Einberufung zur Präsenzpflicht in „damals notorisches Feindesland“ geflohen seien, sie also dem Einberufungsbefehl keine Folge geleistet und sich damit eines Militärverbrechens schuldig gemacht hätten. Dies ist aber völlig unzutreffend, da die Entscheidung über Krieg oder Frieden erwiesenermaßen am 28. März fiel, die Einberufung der nichtaktiven Mannschaft der bosnisch-herzegowinischen Truppen merkwürdigerweise jedoch erst am 30. März erfolgte.

Und es ist gewiß kein bloßer Zufall, daß der Raueranschlag dieses Einberufungsbefehls zwei Tage nach gescheitener Entscheidung nur im Mostarer Kreise, zu dem auch Gacko gehört, geschehen ist. Durch das Bekanntwerden dieser Umstände muß man fast den Eindruck gewinnen, als wollte man die Kompetenz des Militärgerichts mit seinem geheimen, prompt funktionierenden Verfahren von vornherein sicherstellen, um bei der feinerzeitigen, sicher zu gewärtigenden Milderung der „Strafstrafe“ von Gacko und anderen Orten des Kreises Mostar ein Abschreckungsurteil fällen zu können. Bei diesem „Fall von Gacko“ arbeiteten Zivil- und Militärbehörden einträchtig Hand in Hand, um den „Hochverrat“ der 31 Ueberläufer der gebührenden Sühne zuzuführen. Bei den bosnischen Serben besteht bekanntlich noch die kommunistische Familienstammesgemeinschaft (zadruga), in der die Familienältesten das Oberhaupt bilden. Als nun die Behörden von der Flucht der einunddreißig Kenntnis erhielten, wurden die Familienältesten, weil sie die Flucht nicht verhindern hätten, also wegen Vorhinderung mit hohen Geldstrafen belegt. Die Strafen übersteigen zusammen die Summe von 10 000 Kronen. Um der Pfändung zu entgehen, ließen viele der Betroffenen Geld zu hohen Prozenten aus, während andere wieder einen Teil ihrer Habe um jeden Preis verschleuberten mußten, so daß sie heute am Hungertuche nagen. Klagen und Bitten bei der Landesregierung in Sarajevo hatten wenig oder gar keinen Erfolg.

Als dann im Sommer die 31 Flüchtlinge zu ihren Familien zurückkehrten und in gewisser Erwartung einer milden Verurteilung ihrer unüberlegten Tat — vielleicht hat man in ihnen diese Hoffnung auch nachgerufen — sich freiwillig den Behörden stellten, griff das Militärgericht brutal zu und erließ zwei- bis hundert Jahre Freiheitsstrafe, die den Schicksal. Statt der versprochenen Verfassung ward den bosnischen Serben das Drama eines Hochverratsprozesses mit darauffolgendem Mordurteil.

England.

Eine wichtige Entscheidung.

London, 21. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Man weiß, daß der englischen Arbeiterpartei die Gewerkschaften als solche unmittelbar angehören. Sie haben auch ihren Anteil zu den Agitationskosten getragen. Auf Einspruch einiger Mitglieder der Gewerkschaften kam es zur gerichtlichen Entscheidung über die Frage, ob die Gewerkschaften berechtigt wären, Geldmittel für politische Zwecke zu verwenden und die Gerichte erklärten die politischen Aufwendungen der Gewerkschaften für unstatthaft. Die Gewerkschaft der Eisenbahner appellierte und Dienstag hatte nun das Haus der Lords als oberster Gerichtshof in der Sache zu sprechen. Die Entscheidung konnte bei der reaktionären Gesinnung der Richter nicht zweifelhaft sein. Die Lords erklärten die Verwendung von Geldern aus den Kassen der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitervertreter im Parlament für unstatthaft. Die Entscheidung wird weittragende politische Folgen zeitigen. Vor allem wird sie den Kampf zur Abschaffung des

Hauses der Lords sowohl in seiner Eigenschaft als gesetzgebende wie als richtende Körperschaft außerordentlich fördern. Dann aber werden die Arbeiter Englands die neue Herausforderung der englischen Junker und Großkapitalisten damit beantworten, daß sie sich nur um so enger um die Arbeiterpartei scharen und für die notwendige finanzielle Selbständigkeit der Partei die nötigen Opfer bringen werden.

Eine Wahlrede Asquiths.

London, 21. Dezember. In einer Rede, die er in Liverpool hielt, sagte Premierminister Asquith, der Himmel sei voll guter Vorzeichen für die Liberalen. Die Sprache der Peers und ihrer Parteigänger liehe ihn die Weisheit ihrer Taktik in Frage ziehen, mit ihren Legenden über die Flotte verfolgten sie vergeblich das Ziel, die Aufmerksamkeit von der Budgetfrage und der Oberhausfrage abzulenken. Nach gewissenhafter Prüfung erklärte er ein für allemal, daß die Flotte gegenwärtig und noch für Jahre hinaus in der Lage sei, die englische Oberherrschaft zur See aufrecht zu erhalten und die Integrität der Küsten, des Handels und des Reiches zu wahren.

Griechenland.

Parlamentärkammer.

Athen, 21. Dezember. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer unterbreitete der Kriegsminister den neuen Vorschlag über die Organisation der Armee, der die Schaffung von zwei neuen Divisionen vorsieht, und beabsichtigte dabei seine Vorgänger, zu denen auch Theotokis gehört, dem Heere nur jähmmerliche Trümmer hinterlassen zu haben. Deshalb verließen die Anhänger des Theotokis unter Protest den Saal. Dies Vorgehen rief stürmische Ausregung hervor. Die Sitzung mußte geschlossen werden. Eine Abordnung der Militärs hat Theotokis in der Nacht einen Besuch abgestattet, um den Zwischenfall beizulegen.

Wie ein Telegramm aus Athen besagt, hat der Kriegsminister infolge der Vorgänge in der Deputiertenkammer sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Rumänien.

Ein Attentat auf den Ministerpräsidenten.

Bukarest, 21. Dezember. Als heute abend der Ministerpräsident Brătianu nach Hause fuhr, gab ein Arbeiter drei Schüsse auf ihn ab in dem Augenblick, wo der Ministerpräsident den Wagen verließ, um sein Haus zu betreten. Brătianu wurde leicht verletzt, der Täter ist verhaftet.

Bojarenbarbarei.

Schon wieder plant die rumänische Regierung neue Schandtat. Der Minister für Industrie und Handel schlägt ein Gesetz vor zur „Unterstützung der nationalen Industrie“, das die Fabrikanten verpflichten soll, nur rumänische Bürger als Arbeiter zu beschäftigen. Um sich die Folgen eines solchen Gesetzes klarzumachen, muß man wissen, daß es in der Moldau Städte gibt, wo die Fabrikarbeiter bis zu 60 in jeder Fabrik sind. Auf Grund des neuen Gesetzes könnte es nun passieren, daß eines schönen Tages alle jüdischen Proletarier auf das Straßenpflaster geworfen werden, weil nach Art. 7 unserer Verfassung die Juden keine Staatsbürger, sondern nur geduldete Ausländer sind! Niemand gewährt diesen Proletariern Schutz, weil sie keinem Staate unterstehen, der für sie eintreten würde. Man sieht, dieses Gesetz ist nicht nur reaktionär, sondern barbarisch.

Ein anderer Gesetzesvorschlag richtet sich direkt gegen die Arbeiterorganisationen. Es soll einfach dekretiert werden: „Es wird den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern verboten, den Organisationen beizutreten.“ Daß das Gesetz verfassungswidrig ist, geniert natürlich die Bojaren nicht im geringsten. Die Arbeiter haben allerdings die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß wenn sie Wind fäht, sie Sturm ernten wird. Das hindert aber die Regierung und das rumänische Klassenparlament nicht, ihre Politik der Unterdrückungsmassregeln fortzusetzen.

Ein drittes Gesetz betrifft die Ausübung des ärztlichen Berufes: „Jedem nichtrumänischen Bürger wird die Ausübung des ärztlichen Berufes verboten.“ Im Hinblick auf den bereits angeführten Art. 7 der rumänischen Verfassung stellt auch dieses Gesetz einen Schlag gegen die Juden dar. Wird es durchgeführt, dann ist nur mehr ein einziger Beruf den Juden auszuüben erlaubt, und zwar der „Kapitalist zu sein“. Denn die ärztliche Praxis war bisher der einzige freie, den Juden gestattete Beruf. Was bleibt übrig, wenn der Jude weder physisch arbeiten, noch sonst irgend eine öffentliche Tätigkeit ergreifen kann?

Das erste Gesetz ist eine unerhörte Grausamkeit, dessen Konsequenz nur die sein kann, daß die jüdischen Arbeiter dem Hungertode preisgegeben werden sollen. Die Absicht der Regierung ist ja nur zu durchsichtig. Es gilt, die Arbeiterorganisationen zu vernichten, und da muß in erster Linie das jüdische Element bekämpft werden, das in der Moldau den ausschlaggebenden Faktor bildet. Wir fragen aber, was die Garantien sind, die Berliner Vertrages zu solchen Maßnahmen der „glorreichen“ Regierung Rumäniens sagen?

Amerika.

Ein edler Wettstreit.

New York, 20. Dezember. Da einige Dampfergesellschaften sich weigern, für die Begleichung der Hospitalrechnungen kranker Einwanderer aufzukommen, hat die Einwanderungskommission den Gesellschaften mitgeteilt, daß die Regierung für die Begleichung der Krankenhausechnungen nicht verantwortlich sei, und daß das Vorgehen der Gesellschaften eine verstärkte Zurückweisung von Einwanderern zur Folge haben werde, die von heute ab erfolgen soll. Kranke Einwanderer, die an Land zu gehen versuchen, sollen zur Behandlung durch die Schiffärzte an Bord zurückgeschickt werden.

Nicaragua.

Präsidentenwahl.

New York, 20. Dezember. Wie aus Managua gemeldet wird, hat der Kongreß einstimmig den früheren Staatssekretär Madriz als Nachfolger Zelayas zum Präsidenten von Nicaragua gewählt.

Aus der Partei.

Ferri aus der Kammerfraktion ausgeschlossen.

Rom, 21. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nachdem Ferri die Aufforderung, vor der Kammerfraktion seine Haltung zu rechtfertigen, abgelehnt hat, beschloß die Fraktion seinen Ausschluß wegen Disziplinlosigkeit und wegen ministerieller Äußerungen, wofür die Fraktion die Verantwortung ablehnt.

Der Ausschluß aus der Fraktion bedeutet nicht den Ausschluß aus der Partei. Ferri erklärt, daß er seine Haltung vor seinen Wählern rechtfertigen werde.

Zur Bizepräsidentenaffäre in Meiningen.

Im „Thüringer Volksfreund“ zu Sonneberg veröffentlicht der Genosse A. Knauer, Redakteur des Blattes und Mitglied des Meiningischen Landtages, eine Erklärung, der wir entnehmen, daß Genosse Knauer in der von uns neulich erwähnten Versammlung der Sonneberger Genossen zu erkennen gegeben hat, daß er mindestens nicht entzweit ist von den Bedingungen, unter denen der Fraktion der Bizepräsidentenfrage eingeräumt wurde. Weiter teilt die Erklärung mit, daß in der Fraktion eine Abstimmung über die Bedingungen nicht stattgefunden hat. Genosse Wehder ging die Verpflichtung ein, mit Zustimmung derjenigen Genossen, die in dieser Frage die Unterhandlung geführt haben. Dann fährt die Erklärung Knauers wörtlich fort:

„Ich hatte jedoch, bevor die Unterschrift gegeben wurde, erklärt, daß dies ein Rückzug sei. Ich habe dort wörtlich gesagt: Bisher war es eine Kaufare, das ist nun eine Schwamade. — Auch noch andere Genossen in der Fraktion waren von unserem „Erfolg“ unter den gegebenen Bedingungen keineswegs angenehm berührt.“

„Ich gebe zu, daß unser Widerspruch schärfer zum Ausdruck kommen dürfte, doch die Stärke ist so gelassen.“

„Ich stand also und siehe selbstverständlich auch heute noch auf dem Standpunkt, daß jene Verpflichtung nicht eingegangen werden durfte.“

„Ich bin in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins einestheils der übertriebenen Beurteilung des Falles entgegen getreten, andererseits habe ich aus meinem Herzen durchaus keine Würdegrube gemacht.“

„Wenn mein Urteil dort nicht schärfer ausgefallen ist, so geschah dies mit Rücksicht auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten in der Fraktion.“

„Diese Rücksicht konnte ich jetzt nach der Vertagung des Landtages und nach den eingangs erwähnten Äußerungen fallen lassen.“

Eine freche Lüge.

In unserem Essener Parteiblatt, der „Arbeiterzeitung“, lesen wir:

„Die kapitalistische Korrespondenz (ein im Reichsverbandstil gehaltenes Essener Unternehmerorgan) läßt sich schreiben:“

„Die sozialdemokratische Partei hat es anlässlich der Reichsfinanzreform an Beschimpfungen der agrarischen und großkapitalistischen „Steuerhinterzieher“ nicht fehlen lassen. Interessant ist nun die Tatsache, daß in den Männen eines sozialdemokratischen Blattes im Ruhrrevier beträchtliche Mengen von Tabak bezw. Mandantenstücken von Inkrastieren des Tabakgesetzes aufgepäpelt wurden, in der ausgesprochenen Absicht, den Staat um die erhöhte Steuer zu bringen.“

Man weiß nicht, was soll man mehr bewundern, die Dummheit oder die „Koblesse“ Kaparels und seiner Hintermänner. Gemeint sein kann mit dem sozialdemokratischen Blatt nur unsere „Arbeiterzeitung“, da unsere Handelsgesellschaft allein ein Zigarrengeschäft besitzt. Dies erwähnt die Notiz aber nicht, sondern sie spricht nur von den „Männen eines sozialdemokratischen Blattes“. Es muß also (ob dies gewollt ist, sei dahingestellt) der Eindruck erweckt werden, als ob die Zeitung des Blattes verbotenerweise steuer- oder nachsteuerpflichtige Sachen aufgestapelt habe. Zunächst hat diese Denunziation völlig daneben. Schnäffel-Kaparel ist wieder einmal auf irgend einen ihm angetragenen Klatsch hereingefallen.

Es ist gelogen, was sich Kaparel schreiben läßt. Unser Blatt hat nicht einmal den Brauch der übrigen Blätter mitgemacht, vor Inkrafttreten der Grundsteuer ein besonderes Geschäft in diesem Artikel zu machen, und es hat auch Zigarren und Tabake noch lange nach dem Inkrafttreten der Steuererhöhung zu alten Preisen verkauft.

Aber was schadet's? Alles, was anscheinend gegen die Sozialdemokratie auszugehen ist, kann Kaparel brauchen, wenn's auch von Schwindlern und Lügneren geliefert wird.“

Reichstagskandidatur.

Die Reichstagskandidatur für Schwarzburg-Sonderhausen wurde am 19. Dezember in einer außerordentlichen Landeskonferenz in Arnstadt einstimmig dem Genossen E. Kesseling-Arnstadt übertragen.

Soziales.

Hofgänger fallen nicht unter das Ausnahmegesetz gegen Gefinde und ländliche Arbeiter.

Das preussische Gesetz vom 24. April 1854 bedroht Gefinde und ländliche Arbeiter, die ohne gesetzlichen Grund die Arbeit verweigern (das Dienstverhältnis lösen) oder sich eines beharrlichen Ungehorsams gegen die Herrschaft schuldig machen, für den Fall mit Strafe, daß die Herrschaft dies beantragt. Wegen dieses Gesetz sollte der ländliche Arbeiter Sople verstoßen haben. Sein Vater ist als Deputationsnach auf einem Gute der pommerischen Familie Wisnart tätig. Der Vater hatte in seinem Dienstvertrage sich zur Stellung eines sogenannten Hofgängers zur Ausführung ländlicher Arbeiten verpflichtet. Er stellte den Sohn als „Hofgänger“ dar. Sople junior stand im Verdacht, eine Karre ruiniert zu haben. Er hatte sich nun mehrfach geweigert, mit dem Oberinspektor zu dem Denunzianten zu gehen, und schließlich erklärt: „Sie haben mir überhaupt nichts zu sagen.“ Die Strafkammer in Rausgard verurteilte ihn wegen hartnäckigen Ungehorsams zu einer Geldstrafe, indem sie ihn als ländlichen Arbeiter im Sinne des Gesetzes von 1854 ansah, zumal er von der Herrschaft selbst den ausbedungenen Lohn erhielt. Angeklagter legte Revision ein und machte geltend: Da er von dem Vater als Hofgänger gestellt sei, so stehe er nur in einem Verhältnis zum Vater. Ein Hofgänger sei weder ein Gefinde, noch stehe er zur Herrschaft in einem Dienstverhältnis als ländlicher Arbeiter gemäß § 2b oder c des genannten Gesetzes. — Sowohl der Staatsanwalt als auch das Kammergericht schloß sich dieser von uns nicht vertretenen Auffassung an. Das Kammergericht sprach ihn demgemäß dieser Tage frei, weil er als Hofgänger nicht unter das Gesetz von 1854 falle.

Frei für Klagen gegen die Gültigkeit von Wahlen.

In Jels war seitens des dänisch gefinnigen Börens gegen die Wahl des Herrn Henningsen zum Gemeindevertreter Einspruch erhoben worden. Die Gemeindevertretung beschloß jedoch am 1. April 1908 die Gültigkeit der Wahl. Jørgensen klagte darauf nicht gleich im Verwaltungsstreit, sondern erst, nachdem er zwei Monate später auf seinen Wunsch einen schriftlichen Bescheid erhalten hatte. Der Kreisaußschuß und der Bezirksauschuß erklärten die Wahl aus materiellen Gründen für gültig. Das Verwaltungsgericht wies gestern die Revision Jø zurück, indem es aus einem formellen Grunde zu demselben Ergebnis wie der Kreisaußschuß gelangte. Die Klage sei veripatet. Jørgensen sei als Gemeindevertreter selber in der Sitzung gewesen, die über die Gültigkeit der Wahl entschied. Demzufolge hätte für ihn die Klagefrist von jenem Tage ab zu laufen begonnen und sei somit nicht gewahrt, da er ja erst zwei Monate später nach Erteilung des schriftlichen Bescheides geklagt habe.

Gewerkchaftliches.

Der Zwei-Seelen-Mann.

Auf die kürzlich von uns mitgeteilte Nachricht, daß der Gewerberichter Metke in Plauen zugleich auch Geschäftsführer eines neuzugründenden Fabrikantenvereins sei und daß sich dieses neue Amt mit dem eines Gewerberichters nicht vertrage, antwortet Herr Metke in einer längeren Zuschrift an unser Plauer Parteiblatt. Er versucht dort in einer längeren Darlegung nachzuweisen, daß er sich trotz des neuen Amtes für völlig unbefangenen als Gewerberichter halte, im übrigen aber glaube, im Interesse der Arbeiter (!) zu handeln, da er in der Stellung als Geschäftsführer der Unternehmervereinigung den Abschluß eines Tarifvertrages fördern konnte. Der gute Glauben und die Absicht des Herrn Metke in Ehren — aber darauf kommt es schließlich nicht an. So kommentiert denn auch das „Sächsische Volksblatt“ die Ausführungen des Herrn Metke sehr treffend also:

„Er übersteht ganz, daß es nicht nur darauf ankommt, wie er sich dabei fühlt, sondern auch wie die Öffentlichkeit und insbesondere die Arbeiter, die am Gewerberichter die Rechte suchen, darüber urteilen. Deren Meinung geht fast einmütig dahin, daß beide Ämter unmöglich von einer Person ausgeübt werden können.“

Wir glauben übrigens auch, daß dem Fabrikantenverein ein unbefangener Gewerberichter als Geschäftsführer so wenig behagen wird, wie den Arbeitern ein Interessenvertreter der Unternehmer als Gewerberichter. Wenn die unparteiische Richterseele des Herrn Metke sich gar zu rücksichtslos über die Forderungen der Scharfmacherseele hinwegsetzt, werden die Herren Unternehmer dem Zweiseelenmann durch einen raschen Austritt die praktische Durchführung seiner Theorie von Unparteilichkeit unmöglich machen.

Dann muß er zwischen beiden Ämtern wählen. Gerät er aber nicht in Konflikt mit den Unternehmern, sondern gibt übrigens deren Lob zu; wir fürchten: dann hat die Gewerberichterseele Anlaß über Unterdrückung zu klagen!

Berlin und Umgegend.

Die Zwischenmeistergesellen der Stapelfonktion.

Am Montag hatte der Schneiderverband in den Mustertafeln eine Versammlung der bei den Zwischenmeistern der Herrenkonfektion beschäftigten Gesellen veranstaltet. Es handelt sich darum, diese meist noch jungen Leute darauf aufmerksam zu machen, daß auch sie mit allem Eifer eine Besserung und Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse anstreben müssen, wollen sie nicht bei der großen Bewegung, die sich gegenwärtig in der Herrenkonfektion zu entwickeln beginnt, im Hintertreffen geraten. Allgemeine Massenversammlungen der Herrenkonfektions Schneider Berlins im großen Saale der Brauerei Friedrichshain haben bekanntlich schon zu der kommenden Bewegung Stellung genommen. Der große Kampf ihrer Kollegenschaft in Stettin, der mit unverminderter Schärfe andauert, hat den Berliner Konfektionschneidern zunächst die Pflicht auferlegt, alles anzubieten, um die Herstellung von Streikarbeit in Berlin zu verhindern, aber außerdem sie angepornt, nun auch hier in der Hauptstadt des Reiches endlich einmal mit allem Eifer für eine Regelung der Löhne zu sorgen. Selbstverständlich müssen dabei auch die Zwischenmeistergesellen auf dem Posten sein, ebenso wie die Zwischenmeister selbst, die ja ihrerseits auch Arbeitnehmer sind und mit ihren Gesellen das gemeinsame Interesse an der Besserung und Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben. — Wie der Referent Kunze bekanntgab, wird demnächst eine weitere Versammlung der Zwischenmeistergesellen stattfinden und die Zwischenmeister sind dazu ebenso dringend eingeladen wie ihre Gesellen.

Die Fensterputzer der Firma Wilsblau (Schlesinger) streiken seit dem 15. Dezember. Die Leute waren bisher für den traurigen Lohn von 21 M. zu arbeiten gezwungen. Sie beanspruchten eine Lohnerhöhung, um wenigstens ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein fristen zu können. Herr Schlesinger hat die geringen Forderungen der Arbeiter scharf abgelehnt. Am nun die bei ihm tätigen Arbeiter für ihren Uebermut zu strafen, ihnen alle Streikgelder auszutreiben, nahm Herr Schlesinger seine sämtlichen Arbeiter in eine Kontraktstrafe von 3,50 M. pro Mann. Dieses Vorgehen ist durchaus ungesetzlich, da die Fensterputzer bei genannter Firma im Tageslohn und ohne jede Kündigung standen. Herr Schlesinger hat seinen Arbeitern auch nie mitgeteilt, ob sie am nächsten Tag arbeiten könnten oder nicht. Tatsächlich ist es häufig vorgekommen, daß Fensterputzer wegen Arbeitsmangel morgens keine Arbeit erhielten. Zum anderen aber, wollte man wirklich Herrn Schlesinger das Recht einer Vertragsstrafe zugestehen, dürfte diese Vertragsstrafe 2,50 M. nicht übersteigen. Herr Schlesinger glaube jedenfalls, doppelt hält besser, und 60 Pf. mehr ist auch kein Pappentitel. Lange dürfte sich genannter Herr nicht dieser zu Unrecht erhaltenen Arbeiterergroben erfreuen, da das Gewerbegericht der sofortigen Rechnung des Herrn Schlesinger aller Voraussicht nach nicht beitreten wird.

Am übrigen ist die Situation noch dieselbe. Streikbrecher haben sich bisher noch nicht gefunden. Velder mußte festgestellt werden, daß das Fensterreinigungsinstitut von Art, Wilsnader Straße, wie schon so häufig auch gelegentlich dieser Lohnbewegung Streikbrecherei verrichten läßt. Auch die Firma Schwarze, Admiralsstraße, verrichtet Streikarbeit. Wir richten an alle Arbeiter das dringende Ersuchen, strengste Solidarität zu üben und keine Streikarbeit zu verrichten. An alle Fensterputzer anderer Betriebe richten wir das Ersuchen, ihre Touren eine genau anzusehen, ob nicht Kunden der Firma Schlesinger (Wilsblau) darunter sind. Diese Arbeit muß unbedingt verweigert werden. Doch die Solidarität!

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Eine Statistik der Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt der Deutsche Holzarbeiterverband mit dem 1. Januar 1910 einzuführen. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß jeder Unfall — soweit der Einfluß der Organisation reicht — registriert wird. Es wird dabei natürlich auf die tatkräftige Mithilfe der Maschinenarbeiter getreuen. In allen Zahlstellen des Verbandes sind Meldeformulare niedergelegt. Wenn fortan ein Unfall an einer Maschine vorkommt, so hat der Vertrauensmann der Werkstatt oder ein Arbeiter des Verletzten sofort ein Meldeformular von der Zahlstellenverwaltung einzuholen und nach erfolgter, genauer Ausfüllung wieder an dieselbe zurückzuführen. Von der Verbandsleitung wird dann dafür gefordert, daß diese Einzelfälle zusammengestellt und das Ergebnis den Interessierten zugänglich gemacht wird.

Zum Kampf der sächsischen Schiffensieder wird gemeldet, daß gegenwärtig 650 Sticker streiken. Ueber 600 arbeiten bereits zu neuen Bedingungen. Die Bewegung hat auch außerhalb Plaueus eingeleitet; es haben Kündigungen in Falkenstein, Pausa, Treuen und noch an verschiedenen anderen Orten stattgefunden.

Erfolgreicher Streik der Brauereiarbeiter.

In der Felsenkellerbrauerei zu Erford, Westfalen, hatte die Betriebsleitung die Einrichtung geschaffen, daß wohl die Organisierten infolge des Konsumrückganges Feiertagsarbeiten machen mußten, die Unorganisierten blieben jedoch davon verschont. Als alle Verhandlungen nichts nützten, legten die über 100 Mann im Brauereibezirk. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil veranlt.

arbeiterverband organisierten Arbeiter die Arbeit nieder mit dem Erfolg, daß von den Feiertagsarbeiten überhaupt abgesehen wird. Nach circa zweitägigem Streik nahmen die Streikenden die Arbeit geschlossen wieder auf.

Wegen fortgesetzter Lohnreduktion und Mafiregelung organisierter Arbeiter sind in der Glühfadefabrik Lechhausen bei Augsburg die Arbeiter der Pumpstation, 60 an der Zahl, in den Streik getreten. Da die von diesen Arbeitern geleistete Arbeit die wichtigste im ganzen Fabrikationszweig ist, ist die Stilllegung des gesamten Betriebes sehr wahrscheinlich, wenn eine Einigung nicht erzielt wird. Die Fabrik beschäftigt über 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ausland.

Studentenprotest gegen die Streikbrecherei.

Der Umstand, daß man an der Polytechnischen Lehranstalt in Kopenhagen Streikbrecher für den bevorstehenden Straßenbahnstreik anzuwerben suchte, gab dem Studentenbund Kopenhagens Veranlassung, sich in einer großen Versammlung mit der Streikbrecherfrage zu befassen. Die Versammlung fand am Sonnabend statt. Auch die Studierenden jener Lehranstalt waren eingeladen und wie die Univeritätsstudenten zahlreich erschienen. Der Referent wie fast alle Diskussionsredner sprachen sich dahin aus, daß die Studenten, die sich zu Streikbrecherdiensten gebrauchen ließen, ein Schandfleck für den akademischen Stand wären. Eine Protestresolution gegen das Studenten-Streikbrechertum wurde fast einstimmig angenommen.

Uebrigens ging die Anmerkung der Streikbrecher-Beihilge in der Polytechnischen Lehranstalt, wie „Socialdemokraten“ nun erfahren hat, ursprünglich von einem Professor aus. Dieser, Professor Kung, hat die Elektrotechnik Studierenden neulich zusammenberufen und ihnen erzählt, er habe bei der Straßenbahngefellenschaft die Erlaubnis eingeholt, daß sie — fahren lernen dürften! Das zu lernen, sei sehr nützlich, und er könne den Studierenden nur empfehlen, sich in die Listen einzugeichnen. Davon, daß sie Streikbrecher spielen sollten, hat der Professor den jungen Leuten nichts gesagt!

Zu dem bevorstehenden Streik selbst ist zu berichten, daß der frühere Bürgermeister Jacoby sich sowohl bei den Gesellschaften wie bei den Straßenbahnern um eine Einigung und Verhütung des Streiks bemüht, jedoch bis jetzt ohne Erfolg.

Die dänische Arbeitgebervereinigung hat, wie sie verkünden läßt, einstimmig ihrem Zentralvorstand Auftrag erteilt, zur Unterstützung der Straßenbahngesellschaften alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig werden, um einem eventuellen Streik des Straßenbahnpersonals in für die Gesellschaften wie für die Arbeitgebervereinigung befriedigenderweise zu Ende zu bringen. Solchen Beschluß pflegt die Arbeitgebervereinigung immer zu fassen, wenn irgendwo im Lande ein Streik ausbricht. Man plant dann regelmäßig Kassenaussperrungen.

Ein Schwedischer Kommunalarbeiterverband wird Anfang nächsten Jahres gegründet. Die Kommunalarbeiter sind in Schweden jetzt größtenteils im Grob- und Fabrikarbeiterverband, andernteils auch in anderen Berufsverbänden organisiert. Der letzte Gewerkschaftskongreß hat jedoch auf Antrag der Stadtarbeiter von Stockholm beschlossen, ihnen das Recht zur Gründung eines besonderen Verbandes zu geben, der dann auch sofort Aufnahme in die Landesorganisation der Gewerkschaften finden wird. Zwecks Gründung des neuen Verbandes ist auf den 23. Januar ein Kommunalarbeiterkongreß nach Stockholm einberufen.

Die amerikanischen Seeleute führen den Kampf um die Anerkennung ihrer Organisation mit großer Beharrlichkeit. Der Streik auf den Großen Seen dauert an, und der Amerikanische Arbeiterbund bemüht sich, gemäß der jüngsten Kongreßbeschlüsse, den Seeleuten Unterstützung zu gewähren und die Organisation derselben nach Kräften zu fördern. In einer Rede, die Gompers kürzlich zugunsten der Seeleute hielt, sagte er, sie seien die einzigen Arbeiter in den Vereinigten Staaten, für die es heute noch Zwangsarbeit und Sklaverei gäbe. Der gegenwärtige Streik werde geführt zur Abwehr der Bestrebungen, sie zu Sklaven auf den Schiffen zu machen. Wenn die Seeleute verlieren sollten, würde man bald keine Amerikaner mehr als Seeleute finden. Chinesen und Japaner würden die Schiffe bedienen. In Kriegszeiten würde sich daraus eine große Kalamität ergeben.

In New York fand jüngst eine Parade von etwa 1500 Seeleuten statt, die freizeitsieder singend durch die Straßen zogen und Banner im Zuge führten, die die Aufschrift trugen: „Lincoln befreite die Negersklaven, das Volk muß die Sklaven der See befreien.“ Eine Versammlung folgte der Parade. In der Rede, die der Präsident der Seemanns-Union von Amerika hielt, sagte er, daß sich eine internationale Föderation von Schiffseigentümern gebildet habe, die alle Bestrebungen zur Verbesserung der Verhältnisse auf den Schiffen bekämpfe. Demgegenüber empfehle er, daß die Seeleute der ganzen Welt eine große starke Organisation bilden, um sich nicht länger zu Sklaven herabwürdigen zu lassen. Gavelod-Wilson, der Präsident der Seemanns-Union von Großbritannien und Mitglied des britischen Parlaments, schilderte in dieser Versammlung die Leiden von englischen und deutschen Seeleuten, die oft nicht besser oder noch schlimmer als Vieh behandelt würden. — Scharf beurteilt wurden auch die unter städtischer Leitung stehenden Stellenvermittlungsbüros für Seeleute in New York, sie wurden als Büros für Seelenverkäufe bezeichnet, die auf gleicher Linie mit den berüchtigten Kosthäusern für Seeleute stehen. — Der Mangel an Organisation macht die Lage der Seeleute zu einer verzweifelt.

Die internationale Verbindung mit den amerikanischen Gewerkschaften.

Das Landessekretariat der schwedischen Gewerkschaften hat an die Gewerkschaftsverbände des Landes ein Rundschreiben gerichtet, worin mitgeteilt wird, daß das Sekretariat im Laufe dieses Jahres in nähere Berührung mit den amerikanischen Gewerkschaften gekommen ist. Namentlich seitdem der Verirromensmann Tholin in den Vereinigten Staaten weilte, um Unterstützungsmittel für die kämpfende Arbeiterschaft Schwedens zu sammeln, hat sich eine lebhaftere Korrespondenz mit den amerikanischen Gewerkschaften entwickelt. Da nun wegen der schwierigen Arbeitsverhältnisse in Schweden eine große Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern auswandern, richtet das Landessekretariat auf Veranlassung der amerikanischen Gewerkschaften die Aufforderung an die Verbandsvorstände, dahin zu wirken, daß die auswandernden Mitglieder mit einer gültigen Gewerkschaftslegitimation versehen sind, damit sie sich drüben sofort ihrer Berufsorganisation wieder anschließen können. Ferner macht das Sekretariat darauf aufmerksam, daß neben der gewerkschaftlichen auch die rein sozialdemokratische Organisation und die Förderung ihrer internationalen Verbindung von großer Bedeutung ist. Zum Schluß sagt das Rundschreiben:

„Wir sehen und jedoch nicht veranlaßt, in anderer Hinsicht eine bestimmte Fachorganisation besonders zu empfehlen, wollen aber hervorheben, daß das Verfahren, das hier empfohlen wird, sowohl den einzelnen Mitgliedern, welche sich genötigt sehen, auszuwandern, wie den Organisationen in Amerika und in Schweden zu Nutzen und Vorteil gereichen wird.“

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Die Sekretärin der Adult Suffrage Society (Vereinigung für das Wahlrecht aller Grobährigen), Genossin Dora B. Montefiore, richtete an den Premierminister Mr. Asquith folgendes Schreiben:

„Globe, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Mein Herr! Meine Organisation beauftragt mich, Ihre Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die Regierung sich auf Grund der Ablehnung des Budgets (d. h. der neuen Steuern; durch die Lords zur Auflösung des Parlaments entschlossen hat) gleichzeitig aber habe ich das aufrichtige Bedauern darüber auszusprechen, daß die Ihre Regierung die lange verpöbte Wahlreform nicht heraufgebracht hat, der Aufruf zur Entscheidung durchaus nicht „an das ganze Land“, sondern nur an 7 1/2 Millionen der männlichen Bevölkerung gerichtet werden kann. Meine Organisation beauftragt mich ferner, mit Nachdruck die Tatsache zu betonen, daß eine allgemeine Wahlrechtigung — im Gegensatz zur Vestigualifikation — die einzige wahrhaft liberale und demokratische Basis für das politische Stimmrecht im zwanzigsten Jahrhundert sein kann; ich habe auch darauf hingewiesen, daß unsere Wahlmechanik in England wenigstens hundert Jahre hinter unserer industriellen Entwicklung zurückgeblieben ist. Deshalb erlaube ich im Namen meiner Auftraggeber darum, uns das blühende Versprechen zu geben, daß Ihre Regierung die Frage des Wahlrechts für alle großjährigen Männer und Frauen, die sich über einen dreimonatigen Aufenthalt an einem Orte ausweisen können, zu einer der Hauptfragen bei der kommenden Wahl machen werde, damit in Zukunft die dringenden Fragen der Sozialreform und des Erbkittens neuer Steuerquellen zur Durchführung dieser Reformen verhandelt werden von einem wirklich demokratischen Wahlkörper, frei von Geschlechts- und Armutsbeschränkungen. Ergebenst

Dora B. Montefiore, Sekretärin.

Eine treffende Abfertigung ließ Genossin Montefiore jüngst in einer Versammlung in Bristol einer der bekanntesten Agitatoren der Suffragettes, Miss Ann Kenny zuteil werden. Miss Kenny ist selbst ein Kind des Volkes. Um so erstaunlicher war es, als sie die längst widerlegte Behauptung aufstellte, daß jeder Fortschritt in Sachen des männlichen Stimmrechts unweigerlich ein Hemmnis für die Befreiung der Frauen bedeuten würde. Mrs. Montefiore forderte sie auf, ihr irgend ein Land oder eine Kolonie zu nennen, in der Frauen befreit wurden, wo nicht erst die Männer das allgemeine Wahlrecht bekamen. Daß die Frauen von einer Ausdehnung des Männerwahlrechts nichts zu befürchten hätten, beweisen die englischen Kolonien in Australien und Neuseeland, in den amerikanischen Staaten, wo Frauen das Wahlrecht haben, und in Norwegen und Finnland. In allen diesen Ländern verbanden die Frauen dem Männerwahlrecht ihre Emancipation. Der Arbeiter habe erlarmt, daß die Interessen der arbeitenden Frauen mit den feigenen Verknüpfungen und daß in dem täglichen scharflichen Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit kein Raum bleibt für etwas anderes als Kameradschaft der Geschlechter und gegenseitige Hilfe.

Frauenwahlrechtsfrage in Holland.

Die holländische Vereinigung für Frauenwahlrecht, die jetzt 83 Ortsabteilungen und 7500 Mitglieder hat, von denen 2000 im Laufe des letzten Jahres gewonnen wurden, hielt Anfang dieser Woche zu Zwolle ihren allgemeinen Kongreß ab. Auf dem Kongreß wünschte eine Delegation zu wissen, wie die Neutralität der Vereinigung zu verstehen sei, welche Sorte von Frauenwahlrecht man verlange und ob, wenn die Vereinigung neutral sei, es angebracht war, bei der Geburt der Prinzessin Juliane ein Glückwunschtelegramm an die Königin zu senden. Die Vorsitzende, Fraulein Alette Jacobs, erwiderte, die Vereinigung habe von Anfang an „Aushebung der Geschlechtsunterschiede“ gefordert und verlange für die Frauen dasselbe Wahlrecht wie für die Männer. Wenn A. B. die Regierung nun das Haushaltsvorsteherwahlrecht in Vorschlag bringe, müsse die Vereinigung auch für die Einführung des Wahlrechts für die weiblichen Haushaltsvorsteher eintreten, und wenn eine fortschrittliche Regierung das allgemeine Männerwahlrecht vorschläge, müsse die Vereinigung das allgemeine Frauenwahlrecht fordern. Die Vereinigung und ihre Abteilungen müßten in politischen, sozialen und religiösen Fragen neutral sein. Das Juliane-Telegramm sei vom Weltverband für Frauenwahlrecht ausgegangen. Ein anderes Vorstandsmitglied meinte, daß die Vereinigung, wenn neutral, so doch auch ganz gut monarchisch sein könne. Es folgte eine lebhafte Debatte, die jedoch nicht zum Abschluß kam. Man will sich auf dem nächsten Kongreß weiter darüber unterhalten.

Auf Montagabend hatte die Vereinigung den Liberalen Robbuzen und unseren Parteigenossen W. B. B. zu einer Aussprache über die Stellung ihrer Parteien zur Frauenwahlrechtsfrage eingeladen. Der Liberale sprach von den Wahlrechtsvorschlügen der Liberalen Union, die den unverheirateten Frauen vom 25. Lebensjahre an das Wahlrecht zusammen lassen will. Er meinte, wie man einem kleinen Kinde nicht ein Rasiermesser in die Hand gebe, so könne man den politisch unreifen Frauen nicht mit einem Rale das allgemeine Wahlrecht geben. Wenn die wahlberechtigten Frauen heirateten, solle man ihnen deswegen das Wahlrecht nicht wieder nehmen. Uebrigens sei die politische Konstellation zurzeit für die Einführung des Frauenwahlrechts so ungünstig wie nur möglich. — Unser Parteigenosse sprach selbstverständlich für das allgemeine Frauenwahlrecht im Sinne der Stuttgarter internationalen Kongreßresolution und zeigte, wie töricht und ungerichtet der Standpunkt der Liberalen ist, den verheirateten Frauen, die doch als Hausfrauen und Mütter doppelt stark an den politischen und sozialen Zuständen interessiert sind, das Wahlrecht vorzuenthalten. Genosse W. B. B. führte ferner aus, daß die politische Lage keineswegs ungünstig für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts sei. Die Frau werde immer mehr in das Erwerbsleben hineingezogen und damit wachse auch beständig die Zahl der Kämpferinnen für die soziale und politische Gleichberechtigung wie für das allgemeine Wahlrecht der Frauen.

Besehende.

Charlottenburg. Heute Mittwoch 8 Uhr im Volkshaus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die italienische Kammer verlegt.

Rom, 21. Dezember. (B. L. B.) Die Kammer nahm nach einer mit Beifall aufgenommenen Rede Bettoloni mit 181 gegen 94 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Zentralisierung der maritimen Angelegenheiten im Marineministerium an und beschloß mit 200 gegen 75 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Beteiligung des Staates an den Ausstellungen in Buenos Aires und Wien. Alsdann verlegte sich das Haus bis zum 10. Februar.

Rußland will — abrüsten.

Petersburg, 21. Dezember. (B. L. B.) Die Landesverteidigungskommission der Reichsduma hat beschlossen, eine Verabredung des Ausgabenbudgets des Marineministeriums um 20,8 Millionen Rubel vorzuschlagen. Dabei wird beantragt, die zum Bau neuer Kriegsschiffe eingelegten 12,4 Millionen zu streichen, da die für diesen Zweck für 1909 bewilligten Summen noch nicht verausgabt worden seien.

Die Opfer der Londoner Brandkatastrophe.

London, 21. Dezember. (B. S.) Nach den neuesten Berichten sind bis jetzt acht Leichen aus den Trümmern des abgebrannten Warenhauses hervorgeholt worden. Zehn Personen werden noch vermisst.

Der fünfte Parteitag der „Armenischen Revolutionären Föderation“.

Konstantinopel, 17. Dezember.

Die „Armenische Revolutionäre Föderation“ (armenisch „Dschamaljutium“) hielt vor kurzem in Varna ihren 5. Parteitag ab. Die Föderation ist die mächtigste unter den armenischen Parteien, in der Türkei, in Rußland und in Persien verbreitet, und die einzige sozialistische im osmanischen Reich, die von größerer Bedeutung ist. Sie hat neuerlich mit dem jung-türkischen Komitee für „Einheit und Fortschritt“ einen Vertrag geschlossen, worin sich die Kontrahenten zu solidarischer Tätigkeit zueinander verpflichten. Die beiden Parteien stellen jetzt die bedeutendste politische Macht in der Türkei dar.

Der Parteitag faßte in bezug auf die türkischen Angelegenheiten eine Resolution, worin die Organisationen aufgefordert werden, mit allen Kräften an der Befestigung und Verteidigung der Verfassung zu arbeiten, die durch die privilegierten Klassen des alten Regimes zu unterminieren versucht wird. Die mohammedanischen Massen mißverstehen das Wesen der Konstitution und sehen sie als ein nur den Christen verliehenes Privileg mit unfreundlichen Augen an, so daß nur ein Teil der Offiziere und der Intelligenz Stützen der Verfassung sind. Neben der Verteidigung der Konstitution sollen sich die Organisationen angelegen sein lassen, sie den Massen zu erläutern und auf ihre Erweiterung zu dringen. An alle Gruppen, zu denen die Föderation Beziehungen hat, soll appelliert werden, damit sie sich aller Schritte enthalten, die innere nationale und äußere internationale Verwicklungen hervorrufen können.

Schließlich fordert die Resolution die Organisationen auf, alle praktischen Mittel in Erwägung zu ziehen, durch die die Köpfe des osmanischen Reiches von den Wobitaten der Konstitution überzeugt und andererseits enge Beziehungen zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Nationen hergestellt werden können, wobei auf die Solidarität ihrer Interessen besonders hingewiesen werden muß.

Ueber die Haltung der Parteimitglieder im türkischen Parlament beschloß der Parteitag:

„Während ihrer parlamentarischen Tätigkeit müssen die Parteimitglieder bei allen Fragen, die zur Verhandlung kommen, sich auf den Standpunkt der arbeitenden und der bedrückten Klassen stellen.“

An der Kabinettsbildung dürfen weder die Parlamentsmitglieder, noch überhaupt die Parteimitglieder teilnehmen.“

Die auf Rußland bezügliche Resolution schildert eingehend das Wüten der Gegenrevolution, die die durch das Manifest vom 17. Oktober verkündigten Freiheiten immer mehr verkürzt und die Rechte, für die die Arbeiterklasse ihr Blut vergossen hat, fast samt und sonders wieder vernichtet hat. Nach einer allgemeinen Kritik der Haltung der revolutionären Partei kommt die Resolution zu dem Schluß: „daß unter den gegenwärtigen sozial-ökonomischen Umständen Rußlands der Hauptpunkt der revolutionären Tätigkeit für die nächste Zukunft der Kampf gegen den Absolutismus sein muß. In Erwägung, daß der russische Bureaucratismus gegenüber, die ihre Kräfte von der politischen Linie der Volksmassen und der Armee entlehnt, die separaten Handlungen verschiedener Parteien machtlos waren und sein werden, fordert der Parteitag die Parteiorganisationen auf, unter allen sozialistischen und demokratischen Parteien Rußlands die Dringlichkeit eines allgemeinen Kongresses zu propagieren.“

Diese Hoffnung zur solidarischen Tätigkeit aller Parteien rührt von dem „Dschamaljutium“ nicht zum erstenmal her. Aber es läßt diesen Aufruf mit noch größerer Entschlossenheit und gestärktem Vertrauen ergehen, da seine gemeinschaftliche Tätigkeit mit anderen revolutionären Elementen schon von zwei glänzenden Siegen gegen den türkischen und den persischen Tyrannen gekrönt wurde.

Zur Parteitaktik hat der Parteitag beschloffen, auf die Anwendung der geheimen revolutionären Tätigkeit in der Türkei und in Persien, da sie jetzt konstitutionelle Länder sind, zu verzichten.

Kleines feuilleton.

Cool's Papiere geprüft und zu leicht befunden. In dem Bericht des Kopenhagener Univeritätskonsistoriums über die Dokumente Cool's, der am Montag veröffentlicht wurde, wird zunächst mitgeteilt, daß die Kommission sich durch Auswahl des Grünlandforschers Knud Rasmussen ergänzt hat. Der Kommission sind folgende Papiere zur Untersuchung übergeben worden: 1) Ein von Cool's Sekretär Lonsdale geschriebener Bericht über die Nordpolreise; 2) Eine 16 Folioseiten umfassende, ebenfalls von Lonsdale herrührende Rechenabrechnung der Notizbücher Cool's, die angeblich vom 18. März bis 13. Juni 1908 auf der Reise von Eoartevaaq zum Pol und zurück niedergeschrieben worden sind. Die Papiere enthielten kein Begleitschreiben Dr. Cool's; Lonsdale teilte mit, daß die Originale der Notizbücher vorsichtshalber auf einem anderen Wege nach Europa gefandt seien, die vorliegende Abschrift gebe den Inhalt der Notizbücher indes vollständig genau wieder. Tatsächlich sind die Originale der Kommission bisher noch nicht übergeben worden, auch war es unmöglich, mit Dr. Cool in Verbindung zu kommen. Die Mitglieder der Kommission haben einzeln die eingereichten Papiere geprüft und sich davon überzeugt, daß sie für die Entscheidung der Frage, ob Dr. Cool den Nordpol erreicht hat, vollständig wertlos sind.

Die Kommission hat darauf Lonsdale vorgeladen und mehrere Fragen an ihn gerichtet. Lonsdale brachte einen Brief von Cool mit, auf dem der Aufgabedort und das Datum fehlten und dessen Umkreis in Norwelle am 14. Dezember 1909 abgestempelt war. Der Briefumschlag enthielt ferner ein aus New York vom 27. September 1909 datiertes Schreiben an den früheren Univeritätsdirektor Torp, in dem Cool mitteilt, daß nicht nur seine Instrumente, sondern auch die meisten seiner astronomischen Beobachtungen in Nordgrönland fehlen und daß es ohne diese unzulässig und unmöglich ersehe, ein endgültiges Urteil zu fällen.

Als Resultat ihrer Untersuchungen hebt die Kommission hervor, daß der erwähnte Briefbericht im wesentlichen mit dem im „New York Herald“ veröffentlichten Bericht übereinstimme und daß die Abschrift der Notizbücher keineswegs astronomische Beobachtungsmaterial, sondern nur die Resultate von Beobachtungen enthalte. Ueberhaupt werden alle erläuternden Erklärungen vermehrt, die es wahrscheinlich machen könnten, daß astronomische Beobachtungen wirklich vorgenommen sind. Auch die praktische Seite des Unternehmens, namentlich die Schlittenreise, wird durch Einzelheiten so unzureichend beleuchtet, daß sie nicht kontrolliert werden kann. Daher meint die Kommission, daß aus dem eingereichten Material kein Beweis dafür hergeleitet werden kann, daß Cool den Nordpol erreicht hat. Das Univeritätskonsistorium ist daraufhin zu dem Spruche gekommen, daß die der Univerität eingereichten Dokumente keine Beobachtungen oder Erklärungen enthalten, die beweisen, daß Cool auf seiner letzten Polarreise den Nordpol erreicht hat.

Die Post, die Cool der Welt einige Monate vorgespielt hat, dürfte damit zu Ende sein. Es verlaute wohl, daß Cool nach Kopenhagen kommen und persönlich seine Sache führen wolle. Da

Vermittlung ausländischer Arbeiter für die Landwirtschaft.

Infolge der namentlich in den östlichen Provinzen Preußens für die Landarbeiterschaft bestehenden schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und auch wegen der den Arbeitern dort seitens der Großgrundbesitzer zuteil werdenden schlechten Behandlung findet eine stete Abwanderung der dortigen Arbeiter nach dem Westen statt, der zum Teil über den Geburtenüberschuß hinausgeht. Einmal diese Tatsache, und dann der ungleichmäßige Bedarf der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft hat die Zuziehung fremder Arbeitskräfte zur notwendigen Folge gehabt.

Nach einer auf der europäischen Wirtschaftskonferenz im Mai dieses Jahres von dem Referenten Dr. Bodenstein vorgetragenen Statistik, die ihm das preussische Ministerium des Innern zur Verfügung gestellt hatte, waren in Preußen ausländische Arbeiter beschäftigt 1905 454 000, davon in der Landwirtschaft 207 000, 1908 780 000, davon in der Landwirtschaft 309 000. Da es nach der Berufs- und Betriebszählung 1907 in Preußen 1 045 027 landwirtschaftliche Arbeiter und Tagelöhner gab, welche für sich kein Land bebauen, also völlige Proletarier sind, so partizipieren die ausländischen Arbeiter hieran mit mehr als dem vierten Teil. Die Vermittlung der ausländischen Arbeitskräfte geschieht durch den Arbeitsnachweis der deutschen Feldarbeiterzentrale, die, wie wir dieser Tage wieder nachwies, von der Regierung in jeder Beziehung unterstützt wird. Die preussische Regierung hat im Jahre 1907 angeordnet, daß jeder fremdländische Arbeiter mit einer Arbeitskarte versehen sein muß, obgleich, wie im Reichstag nachgewiesen ist, dieser Erlaß den klaren Bestimmungen der Staatsverträge und einiger Reichsgesetze direkt widerspricht, ist er nicht nur aufrecht erhalten, sondern die übrigen norddeutschen Bundesstaaten haben das schlechte preussische Beispiel nachgeahmt und haben ihrerseits ähnliche ungesetzmäßige Verfügungen getroffen. Zur Durchführung dieser Maßregel sind an den Grenzen 40 Grenzämter eingerichtet. Der Zweck ist, diese Wanderarbeiter völlig abhängig von ihren Ausbeutern zu machen. Wird ein Arbeiter ohne Legitimationskarte angetroffen, so wird die von der Zentrale herausgegebene schwarze Liste zum Vergleich herangezogen. Wechselt dem Arbeiter, wenn sein Name darin verzeichnet steht, er wird von der Polizei sofort ausgewiesen, es sei denn, er lehrt zu seiner alten Arbeitsstelle zurück und läßt sich weiter ausbeuten. Es wird hier nicht gerichtlich geprüft, ob der Arbeiter im Rechte war, als er das Arbeitsverhältnis löste, sondern ohne Richterspruch muß er in das alte Sklavereiverhältnis zurückkehren oder er wird per Schuß über die Grenze befördert.

Die Feldarbeiterzentrale vermittelte 1907/08 42 626 Arbeiter und Arbeiterinnen. Hiervon waren Russen beziehungsweise Polen 20 497, Oesterreicher 19 366 (darunter 14 395 Ruthenen), Ungarn 2518, andere Nationen 235 (darunter ganze 34 Reichsdeutsche). Von diesen vermittelten 42 626 Arbeitern entfielen allein 32 487, das sind 76 Proz. auf Preußen, 10,5 Proz. auf Mecklenburg, 3,8 Proz. auf Sachsen, 1,8 Proz. auf Bayern usw. Wie sehr diese Betanzung ausländischer Landarbeiter im Interesse der ostelblichen Junker liegt und wie sehr die schlechte Bezahlung und schlechte Behandlung die Ursache der östlichen Landflucht ist, lehrt unter anderem auch die Tatsache, daß fast die gesamten 1907/08 in Preußen eingeführt landwirtschaftlichen Arbeiter in den östlichen Provinzen beschäftigt waren. Es wurden vermittelt nach den 6 östlichen Provinzen 21 502, nach den Provinzen Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover 7835 und nach den drei westlichen Provinzen Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland 3150. Nun, die Zeit wird auch kommen, wo der fremde landwirtschaftliche Arbeiter ebensowenig den Lohnbrüder machen wird, wie das heute bei dem italienischen Steinarbeiter und Bergmann im allgemeinen der Fall ist. Die Anzeichen für eine Besserung im Arbeiterinteresse sind bereits vorhanden: Es mehrt sich nämlich die Zahl der sogenannten Kontraktbrüche der fremden Arbeiter. Das ist ein Beweis dafür, daß sie das Unwürdige ihrer Lage zu empfinden beginnen.

er aber keine weiteren Beweismittel hat, wird er nicht mehr hinzuzufügen haben. Die Komödie ist aus. Sie konnte überhaupt nur inszeniert werden, weil der Kapitalismus alles und jedes in ein Geschäft verwandelt hat und die Möglichkeit bestand, mit dem Nordpolwunder Geld zu verdienen. Die sensationslüsternen Presse und das Publikum wollten den Nordpol entdeckt haben. Cool benutzte die Gelegenheit. Nicht Ruhmbegier und Ehrgeiz haben ihn getrieben, sondern das Geld allein. Er hat nicht mehr und nicht weniger verbrochen als jeder andere Spekulant, der zu gegebener Zeit falsche Nachrichten verbreitet. Wäre Cool ein ehrliches Vörsenmitglied, niemand würde etwas darin gefunden haben. Daß die Hauptbedeutung des Nordpols in seiner Befähigung zu einem Spekulationsobjekt liegt, das offenkundig erwiesen zu haben, ist Cool's unzweifelhaftes Verdienst.

Klara Ziegler. Aus München wird uns geschrieben: In ihrer Rike gekrönten Villa in der Königsstraße, einem Geschenk Ludwigs II., ist die große Tragödin Klara Ziegler-Christen, eine der letzten aus dem Geschlecht der Wolter und der Ristori, an Herzlähmung gestorben. Ihre äußere Erscheinung, die hohe erste Gestalt, der klassische Faltenwurf ihres Spiels, die antike Gemessenheit ihrer Bewegungen, der feierliche Stil ihrer Rede: Alles ließ sie nur als ein Abbild der Melpomene selbst erscheinen. In den 70er und 80er Jahren, bis zum beginnenden Siege des realistischen Dramas, gab es in Süddeutschland keine größere Medea, Judith, Antimachestra oder Urnubild als die Ziegler. Und die deutschen Künstler von Leipzig bis Grillparzer und Heibel fanden die Gestalterin ihrer großen Frauencharaktere in dieser Frau mit der überlebensgroßen Gestalt und der eigenen Kraft der Stimme. Es gab eine Zeit — sie liegt so weit hinter uns wie der Kultus der mimischen und deklamatorischen Schönheitslinie im patetischen Drama — da bedeutete jedes Auftreten Klara Ziegler's ein tiefes Erlebnis für die Zuhörer. „Man soll die Wolter nur an Feiertagen spielen lassen“, dies Wort Laubes galt auch von der Ziegler. Freilich Seele, unmittelbares Gefühl, salbete Wahrheit das verschwand hinter der volltönenden Schönheit ihrer Rede, hinter der Ornamentik ihrer großen Worte. Einer der ersten, der dem Zieglerakt der siebziger Jahre unbefangenen entgegentrat, war der Berliner Fontane, einer der Väter des deutschen Realismus. Er sah ihre Medea im Berliner Schauspielhaus und urteilte kühl: „Wenn vor 30 Jahren und mehr mit einiger gedanklicher Kühnheit über Fanny Elster geschrieben wurde, sie tanzt Goethe, so darf man künftig von Klara Ziegler aus München sagen, sie spielt Kaulbach. Ihr ganzes Auftreten wirkt wie die Treppenhäuserbilder im Berliner Museum. Die Schönheit ist fröppig...“ Der Mensch soll nicht arabischenhaft verbräunt werden, bloß mit Rödfärb darauf, ob die Form gefällig wirkt. Es kommt nicht darauf an, ob dieser vor- oder zurückgebogene Körper, ob diese Kopf- oder Armhaltung rein äußerlich innerhalb der Schönheitslinie liegt, sondern darauf, ob diese Linie dem innerlichen Gehirngang entspricht, ob sie wahr ist. Diese Wahrheit hat weder Kaulbach, noch Fräulein Ziegler.“ Die später gefeierte Hofschauspielerin und Freundin der Könige kam aus dem Proletariat. Ihr Vater war Häber, ihre Mutter Hausmeisterin. In einer bis 1870 reichenden Selbstbiographie erzählt sie anfanglich die Kämpfe, Entbehrungen und Enttäuschungen ihrer künstlerischen Lehrjahre. Im Oktober 1868 debütierte Klara Ziegler am Münchener Hoftheater als Judith. Aufstiegender Erfolg. Lebenslänglicher

Aus Industrie und Handel.

Vom Segen der Landwirtschaft.

Die Agrarier erfreuen sich, wie der arme Mann an den unheimlich klein werdenden Broten leider nur zu sehr verspürt, enorm gesteigerter Getreidepreise. Dazu kommt als angenehme Zugabe für die Liebesgabenempfänger eine erhöhte Produktivität. Vor zirka 30 Jahren betrug die durchschnittliche Erntemenge in Deutschland bei den vier wichtigsten Getreidemengen: Roggen 5 1/2 Millionen Tonnen, Weizen 2 1/2 Millionen Tonnen, Gerste 2 Millionen Tonnen und Hafer 4 Mill. Tonnen. Die Ergebnisse für das Jahr 1907 hingegen sind folgende: Roggen 9 1/2, Weizen 3 1/2, Gerste ebenfalls 3 1/2 und Hafer stark 9 Mill. Tonnen. Der Ertrag der durchschnittlichen Kartoffelernte Deutschlands Ende der siebziger Jahre wurde auf 23, höchstens 25 Mill. Tonnen geschätzt. Von 1900 ab stieg er auf durchschnittlich 40 Millionen, erreichte 1907 aber 45 1/2 Mill. Tonnen. In gleicher Weise steigerte sich der Ertrag der Zuckerrübenente von 4 auf etwa 18 Millionen Tonnen. Im großen und ganzen kann man daher etwa von einer Verdoppelung der Erntemengen der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte sprechen. Die Anbauflächen sind aber nicht in demselben Verhältnis wie die Erntemengen gewachsen. Das veranschaulicht recht deutlich die folgende Zusammenstellung, die sich auf die Ergebnisse in dem mit Junkern sehr gesegneten Preußen bezieht. Es betrug die

Table with 4 columns: Year, Anbaufläche in Hektar (Weizen, Roggen), Ernte in Tonnen (Weizen, Roggen). Rows for 1878, 1909, and Zunahme i. Proz.

Der minimalen Vergrößerung der Anbaufläche von 3,2 resp. 4,7 Prozent steht eine Vermehrung der Erntemengen von 44,2 resp. 67,2 Prozent gegenüber. Steht man die Ergebnisse für die beiden Sorten Weizen zusammen, gewinnt man dieses Bild:

Table with 4 columns: Year, Anbaufläche Hektar, Erntemenge Tonnen, Zunahme in Prozent.

Solche Produktionssteigerung rechtfertigt einen entsprechenden Preisrückgang, der Junker Trachten ist jedoch auf fortgesetztes Hochtreiben der Preise gerichtet. Und da agrarisch Trumpf ist in Preußen-Deutschland, haben die Agrarier nicht nur Erfolg mit der Brotwuchererei, ihre starken Schultern bleiben auch von der Steuerlast verschont. So wirds bleiben, so lange das Volk konservativ-ultramontan wählt.

Was der Junker einbringt.

Ueber den bei der Zuckerverzuckerung erzielten Gewinn macht der Statistiker D. Licht folgende Angaben: Gesamtgewinn in der Kampagne 1908/09 rund 108 470 500 M., gegen 95 933 000, beziehungsweise 75 608 000 und 49 896 000 M. in den drei vorangegangenen Kampagnen. Es ergeben sich hier also ganz gewaltige Steigerungen des Gewinnes, von 1905/06 zu 1906/07 um 25 712 000 M., von 1906/07 zu 1907/08 um 20 325 000 M. und von 1907/08 zu 1908/09 nochmals um 12 537 500 M., seit vier Jahren um rund 58 574 500 Mark oder weit über 100 Proz. Die „süße“ Arbeit lohnt — für die Aktionäre.

Zuckerproduktion.

Nach Ermittlungen der Zuckerindustriellen wird die lehtjährige Zuckerernte Europas auf 6 045 010 Tonnen geschätzt, gegenüber einem Ertrage von 6 408 621 Tonnen im Vorjahre. Auf Deutschland entfallen von der Gesamtmenge für das lehte Jahr 1 985 460 Tonnen, und vom Vorjahre 2 079 221 Tonnen. Die Zuckerausbeute in Deutschland zeigt seit Beginn der Kampagne eine kräftige Erhöhung. Sie wurde im Oktober auf 14,27 Proz., im November auf 14,72 Proz. geschätzt und stellt sich jetzt auf 14,83 Prozent. Im Betriebe waren in Deutschland in diesem Jahre insgesamt 338 Fabriken, 9 weniger als im Vorjahre.

Kontrakt.“ Im hellsten Licht lag eine siegreiche Laufbahn vor ihren Türen. Bis sie Kabalen neidischer Kollegen veranlaßten, aus dem Verband der Münchener Bühne auszutreten. Dann begann ihre große Gastspielära. Triumphzüge in ganz Deutschland, in der Schweiz, Rußland, Schweden, Holland. In 60 Städten hat sie über 300 mal die Medea Grillparzer's tragiert. Am 5. März 1902 feierte sie in einer Festvorstellung ihr vierzigstes Bühnenjubiläum; 1908 stand sie in Prag zum letztenmal auf den Brettern. Die mit Glücksgütern reich gesegnete Künstlerin hat 200 000 M. für die Münchener Waisenkinder hinterlassen.

Der Künstler und der Wertzuwachs ihrer Werke. Angesichts der vielfachen Erörterungen über den Ausbau des Urheberrechts, die auch bei uns gegenwärtig gepflogen werden, hat ein Versuch der französischen Künstler, die Wahrnehmung ihrer Interessen nach einer sehr wesentlichen Richtung zu vervollständigen, eine gewisse Bedeutung. In Paris hat sich ein Verein „Das Urheberrecht der Künstler“ gegründet, der eine Reihe der hervorragendsten zeitgenössischen Maler, Bildhauer, Zeichner und Graveure vereinigt. Das wichtigste Ziel des Vereins ist, den Künstlern eine Beteiligung an der Wertsteigerung zu erwirken, die bei Wiederverkäufen ihrer Werke erzielt wird. Das Beispiel so vieler moderner Meister, die mit ansehen mußten, wie ihre in früheren Zeiten der Not um ein Butterbrot verkauften Schöpfungen später mit Gold aufgewogen werden, und anderer Künstler, die ihre Familien in Armut zurückgelassen haben, während ihre Werke auf dem Wildermarkt mit fabelhaften Preisen umfritten werden, dient dem Verein als stärkstes Agitationsmittel. In den nach längerer Verhandlung angenommenen Statuten wird außer dem erwähnten Zweck auch der Schatz der Werke von Mitgliedern gegen Fälschung und Nachahmung als Aufgabe gesetzt und bestimmt, daß jedes Mitglied verpflichtet sei, keinen Verkauf ohne Genehmigung des Vereins auszuführen. Als Mittel, durch das man das gezielte Ziel erreichen will, wird die Verpflichtung, keinen Kaufvertrag, ohne einen Vorbehalt der Beteiligung mit einem bestimmten Prozentsatz an künftigen Wertsteigerungen abzuschließen, für das praktischste gehalten. Natürlich ist der Verein darauf gefaßt, auf mannigfache Widerstände bei den Wiederverkäufen zu stoßen, aber man erinnert daran, mit welchen Schwierigkeiten der Verein der Dramatiker, der heute zur ausschlaggebenden Macht im französischen Theaterleben geworden ist, in seinen Anfängen zu kämpfen hatte.

Notizen.

Professor Salir von der Hochschule für Musik ist Dienstag nachmittag in Berlin gestorben. In Salir verlieren wir einen unserer ersten Geiger. Der ehemalige Schüler Joachims, der am 1. Februar 1850 in Hohenelbe (Wödmen) geboren war, war seit 1893 in Berlin tätig, wo er als Mitglied des Joachim-Quartetts und nachher als Leiter des nach ihm benannten Salir-Quartetts in glänzender Weise das klassische Geigenpiel repräsentierte.

Ueber die wissenschaftlichen Unternehmungen des Reiches wird dem Reichstag im Januar eine Denkschrift zugehen. Es wird darin unter anderem der Neubau des Deutschen Museums in München, wozu das Reich zwei Millionen Mark zugesprochen hat, behandelt.

Lebensmittelpreise.

Die Getreidepreise haben im November d. J. nach der amtlichen Zusammenstellung für 50 preussische Hauptmarktorie nur eine leise Abschwächung erfahren; die Hülsenfrüchte zeigen keine einheitliche Bewegung, die Kartoffeln haben wenig Preisveränderungen, Stroh und Heu steigen weiter im Preise, ebenso Butter und Schmalz. Im einzelnen sei bemerkt:

Der Weizen kostete im Durchschnitt aller Marktorie 214 M. für 1000 Kilogramm gegen 215 M. im Oktober d. J. Das Weizenmehl hat seinen Durchschnittspreis von 32 M. für 100 Kilogramm behalten. Auch im Kleinhandel hatte das Weizenmehl denselben Preis wie im November mit 39 Pf. für 1 Kilogramm. In Berlin ist der Preis von 39 auf 40 Pf. gestiegen. Weizenbrot (Semmel) kostete unverändert 54 Pf. Der Roggenpreis ist im Durchschnitt aller Marktorie von 165 auf 169 M. zurückgegangen. Den höchsten Preis hatte Ostona mit 174, den niedrigsten Stabe mit 143 M. Das Roggenbrot erfuhr eine Verbilligung von 32 auf 31 Pf., in Berlin von 32 auf 30 Pf. Am billigsten ist das Roggenbrot mit 20 Pf. in Allenstein, am teuersten mit 41 Pf. in Königsberg. Der Großhandelspreis der Hülsenfrüchte ist weiter gesunken bei den Linsen von 300 auf 291 M., dagegen gestiegen bei den Erbsen von 290 auf 291 und bei den Spaltbohnen von 305 auf 312 M. Im Kleinhandel ist der Linsenpreis von 46 auf 43 Pf. für das Kilogramm zurückgegangen, der Erbsenpreis von 37 auf 38 Pf. gestiegen. Die Kartoffeln haben ihren Durchschnittspreis

behalten; im Großhandel kosteten sie 55 M. pro Tonne, im Kleinhandel 7 M. pro Doppelzentner. Der Preis für Schbutter ist gestiegen im August um 4 Pf., im September um 6 Pf., im Oktober um 7 Pf. und jetzt abermals um 7 Pf. In vier Monaten hat also eine Preissteigerung um 24 Pf. für das Kilogramm oder 9 Proz. stattgefunden. In Berlin ist im November eine Preissteigerung von 200 auf 280 Pf. erfolgt. Das Schweinefleisch, das im Oktober schon um 7 Pf. teurer geworden war, ist jetzt abermals um 2 Pf. im Preise gestiegen und kostet 186 Pf.; am billigsten ist es in Dörfel mit 180, am teuersten in Erfurt mit 240 Pf. Der Eierpreis ist fast gestiegen, im Durchschnitt aller Orte von 491 auf 550 Pf. für das Schw. Die Milch ist an sechs (im Oktober an vier) einzelnen Orten teurer geworden.

Die Betriebseinnahmen der preussisch-hessischen Staatsbahnen haben im November dieses Jahres gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 1,7 Millionen Mark = 4,75 Proz., im Güterverkehr 7,8 Millionen Mark = 7,20 Proz. mehr, insgesamt nach Abzug einer Winderlöschung aus sonstigen Quellen 9,5 Millionen Mark = 6,09 Proz. mehr betragen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Heinrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Bolze, Koenigsbergstr. 8. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Das Konzert. Von Hermann Bohr. Lustspiel in drei Akten. 154 Seiten. Verlag Erich Reiss, Berlin-Westend.
 Von Deutschen, die ich lieb gewann. Ein Stiegenbuch von Rudolf Greder. 25. (Publikums-) Auflage. Geb. 2,50 M., geb. 4,50 M. — Mit Wache und Wösten. Roman aus dem siebenbürgischen Volksleben von Traugott Lamm. Geb. 4 M., geb. 5 M. Concordia, Deutsche Verlagsanstalt, G. m. b. H. in Berlin W. 30.

Witterungsübericht vom 21. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. d. N.	Stationen	Barometer Höhe mm.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. d. N.
Stettin	752,8	SSW	5	heiter	-1	Ludwigsdorf	732,2	SW	1	bedeckt	-10
Danzig	753,2	SSW	6	wolkig	-1	Wetzlar	732,2	SSW	1	bedeckt	1
Berlin	753,5	SSW	3	wolkig	-1	Wiesbaden	752,0	SSW	4	wolkig	3
Königsberg	753,5	SSW	1	Dunst	-1	Dresden	753,2	SSW	2	wolkig	-2
München	757,8	SSW	2	Schnee	-1	Paris	755,0	SSW	1	heiter	-3
Wien	757,8	SSW	1	bedeckt	0						

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. Dezember 1909.
 Ein wenig kälter, zeitweise neblig, dieselbe Wetterlage bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
 Berliner Wetterbureau.

Rixdorf. Partei- und Jugendschriften

Weihnachtsprämien (Kästchen usw.) von 3.— M. an.
 Expedition „Vorwärts“, Weststr. 2, Laden. Reichs-Kaufhaus.

Sporket's Weltstiefel
 Einheitspreis 7.50 Mark
 für Herren und Damen.
 Garantie für Haltbarkeit.
 Direkter Fabrik-Verkauf ohne jeden Zwischenhandel.



- Verkaufsstellen in größeren Städten Deutschlands:
- Davon: Berlin: 1. Prinzenstraße 79, 2. Oranienstraße 184, 3. Wilsnacker Straße 18, 4. Bodestraße 42/43, 5. Chausseestraße 77, 6. Andreasstraße 46a, 7. Wrangelstraße 89, 8. Frankfurter Allee 127, 9. Brunnenstraße 182, 10. Tarnstraße 51, 11. Schönhauser Allee 106
 - Rixdorf: Bergstraße 135
 - Weißensee: König-Chaussee 82
 - Charlottenburg: Wilmsdorfer Straße 82, Spandauer Straße 25
 - Schöneberg: Pallasstraße 21
 - Spandau: Breits Straße 80
 - Schuh-Fabriken, Burg bei Magdeburg.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
 (Kolo Laden) am Oranienplatz
 Hut und Mützen Engros-Geschäft
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!




Weiße Herrenhüte v. 1,50-6,00
 Nur feinste moderne Ware
 Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Passende Weihnachts-Geschenke
 in Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und Alfenidewaren empfiehlt
Emil Quade,
 Schöneberg, Hauptstr. 148.
 Größtes und billigstes Spezial-Geschäft Schönebergs.
 Leiste für jede bei mir gekaufte Uhr 3jährige schriftliche Garantie.



W. Zapel
 Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
 Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filzhüte.
 Lager in Schirmen und Mützen.



Kinder, die gern drucken,
 zeigen nach Brunnenstr. 9.
 Kompl. Druckereien von 40, 75, 100 usw. bis 4.50
 Neu! Schreibmaschine 4.00
 Plakat-Druck- und Schablonierkasten von 3.00 an.
H. Guttman, Brunnenstraße 9
 Stempel-Fabrik, am Rosenthaler Tor.

In der Weihnachts-Woche
 liegt es vielen Hausfrauen daran, das Mittagmahl möglichst schnell fertig zu bekommen, nichts eignet sich hierzu besser wie unsere frischen Seefische. (Seefisch-Kochbücher gratis.)
 — Seefische sind gesund, nahrhaft und bekömmlich, daher ärztlich empfohlen. Frische Seefische treffen täglich ein. Außerdem empfehlen wir sehr preiswert:

Weihnachts-Karpfen in la Qualität
 ff. Fischkonserven und Delikatessen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 Größte Hochseefischerei Deutschlands.
 Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse 8-9. Telefon: III, 8904.
 Verkaufsstellen:
 C., Bahnhof Börse 8-10. N., Invalidenstr. 131. NO., Landsberger Str. 62/63. O., Große Frankfurter Str. 85.
 O., Madaistraße 8-9. Fruchtstraße gegenüber. S., Prinzenstr. 94. W., Potsdamer Str. 112a.
 Charlottenburg: Wilmsdorfer Str. 111. Spandau: Breitestr. 54. Steglitz: Schloßstr. 121.
 In Schöneberg errichteten wir eine neue Verkaufsstelle Akazienstr. 31.

METZNER
 Gegr. 1873
 Andrastr. 23.
 Gegr. 1873



Wanderwagen
 Kinderwagen
 Puppenwagen
 Triumpfwagen
 Metallvertikalen

Andrastr. 23
 Brunnenstr. 95
 Neuenstr. 67
 Leipziger Str. 54
 Rixdorf, Bernstr. 133

Grösstes Spezial-Haus!

29 13
 Gardinen: Fein 1 Mark 90 Pf. bis zu den elegantesten.
 Stores: Stuk 90 Pf.
 Täfelbetten: Stuk 1 Mark 75 Pf. Groß und Detail.
Gardinenhaus Bernhard Schwarz
 jeder Wallstr. 29
 jetzt Wallstr. 13.
 Stiefelständer für 1910 mit nächstem Inhalt bis zum Fest gratis.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,
 In nächster Nähe des Schillerparks und des Schloßes vorzüglich gelegene billige 2- und 3-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Vromenade, Brieger Straße, Mülli-Straße, Holländer- und Turner Straße

Grösste und beste Bezugsquelle
Zum Weihnachtsfest
 empfehlen wir wöchentlich 1 M. nur
Auf Teilzahlung
 Herren- und Damen-Uhren, Freischwinger, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, echte Menckener Silber-, Plättenspreng- Maschinen, Zithern, Flattenspreng- Mandolinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc., Rollschuhe
Jahre & König,
 Warschauer Str. 68, Frankfurter Chaussee 121, Lad. Reinickendorfer Str. 101. Götterstr. 19.
 Achten Sie genau auf unsere Firma.





Brillanten
 als Spezialität außergewöhnlich billig.
Max Brinner, Jerusalemstr. 42.
 Der Ruf der Firma (gegründet 1808) bürgt für strengste Resolute.
 Ringe massiv 14k. m. Br. v. 941 an
 Ohrringe Gold 14 2 18
 Brosche Gold 14 1 20
 Herr.-Nadeln 14 1 25
 usw. bis zum feinsten Genre.
 Bücher, Meyer, Großhandl.

Lexikon kauft
 Gannemanns Buchhandlung
 Berlin SW., 208 Friedrichstraße 208.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Bilz
 Sanatorium
 Dresden-Radebeul, 3 Ärzte, Prospekt frei. Zu Winterkuren sehr geeignet

Reste
 Damaststoffe, Satin, u. farbige Kostümfabrik, neuelt. Stoff, Seide, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Plüsch, zu Mänteln, Ober-Kammern, zu Knaben-Anzügen.
Konfektion:
 Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümröcke.
 Stets Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
 Watschauerstr. 18. (*)

Steyppdecken
 Auch man nur am besten und billigen Preis in der feinsten Bernhard Ströbmann.
 Berlin, 72 Wallstr. 72.
 Preisliste 1909/10 gratis
 Die Geschenke werden unentgeltlich zuhause zugeschickt.
 Profiteure der Weihnachts-Zugabe!

Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg
 Generalbetrieb und Fabriklager Berlin SO., Köpenicker Straße 20a
 Vertreter: **Udo Stangenberg** Amt IV, 0160
 Niederlage der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft
 Zigarren - Zigaretten - Kautabake zu Fabrikpreisen.

Gesellschafts-Spiele in allen Preislagen.
 Schach, Domino, Dame, Roulette, Woch- u. Kegelspiele etc.
 Moderne Spazierstöcke und Tabak-Pfeifen aller Art.
 Feine Wiener Meerscham- und Bernstein-Spitzen.
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5, an der Wallner-Theater-Straße.

Empfehle zu streng reell billigen Preisen mein großes Lager in
Uhren und Goldwaren.
Max Fabian, Berlin SO.
 Wiener Straße 25.



Charlottenburg.
 Uhren und Goldwaren. Trauringe.
Friedr. Stabenow, jetzt Berliner Str. 146 (mit Sch. Wall- u. Leibnizstr.).
 Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3 Jahre Garantie.

Von Kind zu Kindeskindern
 erst es sich fort bis alle Weißheit, daß dem Seidenseifenpulver, Goldberle ganz wunderbare Eigenschaften jedem Wasser beigelegt sind.
 Unmal gekauft und Sie werden immer dabei bleiben!
 Fabrikant:
Schutzmarke. Carl Seutner, Göppingen.
 !!! Beacht wegen der vielen minderwertigen Nachahmungen !!!



Sozialdem. Wahlverein für den 4. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel, Bez. 351, T. I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Reichstags-
Josef Hanisch
(Simon-Dachstr. 23) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. Dezember,
mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle
des Central-Friedhofes in Fried-
richsriede aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.**
Zweigverein Berlin.
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Zement-
hilfsarbeiter
Karl Fox
am 20. Dezember im Alter von
62 Jahren an Lungenentzündung
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. Dezember,
vormittags 11 Uhr, von der
Leichenhalle des Sebastian-Kirch-
hofes in Reinickendorf-West, Hums-
boldtstraße, aus statt. 140/8
Um rege Beteiligung ersucht
Der Sektionsvorstand.

**Zentralverband
deutscher Brauerei-Arbeiter.**
Zweigverein Berlin.
Am 20. Dezember verstarb nach
langen schweren Leiden unser
Kollege, der Reichstags-
Gustav Neumann
(Brauerei Königshof) an der
Proletarierkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Alabaster-Kirch-
hofes, Prinzenallee (Pantow),
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
49/16 Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Verwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, des Dreifach-
führer
Martin Marcuse
am Sonnabend, den 18. d. M.,
im Alter von 44 Jahren an Ge-
hirnerweichung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. d. M., nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des jüdischen Friedhofes in
Weihensee, Rothvinger Straße 22,
aus statt.
72/1 Die Verwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Verwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Geschäft-
führer
Friedrich Neuendorf
am Sonntag, den 19. d. M., im
Alter von 32 Jahren an Blind-
darmentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 22. d. M., nach-
mittags 1 Uhr, von der Leichen-
halle des Virchow-Krankenhaus
aus auf dem Weihensee-Kirch-
hofe bei Nieder-Schönhausen statt.
Die Verwaltung.

Berliner Männerchor.
Am Montag, den 20. Dezember,
morgens 8 Uhr, verstarb unser
ältestes Mitglied, der Sanges-
bruder
Albert Fischer sen.
im 79. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. Dezember,
nachmittags 7 Uhr, von der
Halle des Kaiserlich-Königlichen
Krieges- u. Marine-Ministeriums
aus statt.
Baldige Beteiligung erwartet
61/16 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass meine
liebe Frau 29726
Ida Simmel
geb. Peters
am Sonntagmittag nach langem,
schwerem Leiden verschieden ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch
nachmittags 3 Uhr von der Halle
des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in
Nartenburg aus statt.
Friedr. Simmel, Maurer.

Grosse Preisermässigung im Weihnachts-Verkauf

Plüschjackets und Paletots
in unerreichter Auswahl, auch für stärkste
Damen, aus prima Velour du Nord und
feinstem echt englischen Sees, glatt und
mit reicher Stickerei und Bortengarnierung
18, 24, 33, 45, 60 bis 175 M.

Kostüme m. langen Paletots
mit Tressen garniert und Soutache-
stickerei, aus feinstem Tuch, Kam-
garn, Cheviot und englischen Stoffen.
21, 27, 32, 38, 45 M.

2000 moderne Kostümröcke
alle Größen und Längen, auch für
stärkste Damen; in Satintuch, Cheviot,
Diagonal, Tuch, Tait u. Seidendamast.
8, 10, 12, 15, 20, 24, 30 M.

Woll-, seidene Blusen, Gullblusen, Morgenröcke, Matinees, Unterröcke
Dachspalpaletots **Besonders preiswert:** **Kindermäntel**

Ein grosser Posten **Jackettkleider** 8⁰⁰, 12 M.
Ein grosser Posten **Kostümröcke** 3, 4⁰⁰ M.
Ein grosser Posten **wollener Blusen** 2⁰⁰, 3⁰⁰ M.

Eleg. Abend- u. Theatermäntel
aus dicken, weichen Velourstoffen und
feinen Tuchen in wunderbaren Licht- und
Tagfarben, auf Satin und Seide gefüt-
tert, mit leichtem warmen Zwischenfutter
9, 12, 15, 21, 27, 33, 42 M.

1500 englische Paletots
aus gediegenen glatten und ge-
musterten Stoffen mit Absätze
8, 10, 12, 15, 18, 21, 27 M.

Französische Kleider
Prinzess, Niederröck u. Taille. Nur eigene
Konfektion. Feines Satintuch, Popeline
u. gemust. Stoffe in allen neuen Farben.
20, 30, 40, 60 M.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr. Ecke Lindenstr. 2 Häuser vom Dönhofsplatz

Sonntags geöffnet.

H. Esders & Dyckhoff

Ausverkauf

in fert. Herren- und Knaben-Kleidung

enorm unter Preis
wegen Füllal-Aufgabe

Oranien-Str. 48

Besondere Gelegenheit!
Ein Posten
Einsegnungs-Anzüge, ganz bedeutend ermässigt

Ausverkauf nur Oranien-Str., Ecke Luckauerstr.,
am Moritzplatz.



Noch schnell zu



WESTMANN

I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstrasse 37a
an den Kolonnaden
II. Geschäft: Berlin N.O., Gr. Frankfurter
Strasse 115, 2. Haus von der Andreasstrasse.

Seltene Angebot!

ca. 20 echt. Peruvianer-Jackets in all. Läng.
Verkaufspreis
früh. tellw. bis M. 180.- 100.- 125.- 140.-
jetzt tellw. nur M. 45.- 55.- 65.- 75.-

ca. 26 Nerzummantel-Paletots in all. Längen
Verkaufspreis
früh. tellw. bis M. 180.- 200.- u.s.w. bis M. 600.-
jetzt tellw. nur M. 100.- 150.- u.s.w. bis M. 310.-
teilweise

bis auf 1/3 des früh. Verkaufspreises ermässigt

Seldengläser - Aniel u. Jackets, kr. u. ig.
früher teilweise bis M. 50.- 80.- 120.- 200.-
jetzt teilweise nur M. 15.- 20.- 42.- 100.-

Abend- u. Theatermäntel in sell. Auswahl zu jedem
nur annehmbaren Preis. Kostüme, Kleider, Blusen

Passende Weihnachts-Geschenke

Ueberrumpeltes früh. bis 20, jetzt teilweise 9 M.
Neuzumantel . . . früh. bis 15, jetzt teilweise 4 M.

Pelz-Stola-Verkauf

zu hervorragend billigen Preisen

Eigene Kürschnerei.

ein gross Riesenhafte Auswahl

aber **1000** Stolas von 8 Mark an
Colliers von 1,50 M. an
Echte Skunks-
Stola lang von 25 an

Eile zu Weile

Dresdener Str. 119, Oranien-Platz.

genannt auf die Nr. 119 u. Firma
Bitte „Eile zu Weile“ zu achten.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten
Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.

Danfugung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters,
Schwiger- u. Großvaters
Karl Schönfeldt
sprechen wir allen Freunden und Be-
kanten, insbesondere dem Sozial-
demokratischen Wahlverein des letzten
Berliner Wahlkreises, dem Verband
und Gsangverein der Super, dem
Vorstand und den Beauftragten
der Ortskantonsliste des Bauere-
gewerbes sowie den Luthern und
Stiftungsleiter der Firma Lohle & Deh-
rich und in innigsten Dank aus.
Blume A. Schönfeldt
29736 und Kinder.

**Nation. Kranken- u. Sterbe-
kasse der Dresdener Metzger
und verw. Berufsgenossen**
C. S.-R. Nr. 75.
Bekanntmachung.
Am Mittwoch, den 20. Januar 1910,
nachmittags 3 Uhr:
Außerordentliche General-
versammlung 292/20
im Gewerkschaftshaus, Engel-
ufer 15, Saal 3.
Tagesordnung: Statutenänderung.
Die noch zu wählenden Abgeord-
neten werden zu dieser Versammlung
hierdurch eingeladen und ersucht,
pünktlich und pünktlich zu erscheinen.
Berlin, den 14. Dezember 1909.
Der Vorstand.
W. Knüttler, Vorsitzender.

Westmanns Trauer-Magazin
Extra-Abteilung
I. Geschäft: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Geschäft: Berlin N.O., Große
Frankfurter Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schieler etc.
vom einfachsten bis zum hoch-
eleganteren Genre zu außerord.
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10
bis 12 Stunden.

Reste
Damentische, schwarz und
farbig, Ovale, runde, rechte
Muster. Trikot-Stoffe, Seiden-
Plüsch, Sammet,
Geid etc.

Confection
Paletots,
Jackets, Ma-
mäntel, Costüme und Costü-
mets in grosser Auswahl

C. Pelz,
Kottbuserstr. 5.
Gegründet 1864

**Pelz-
waren.**

Engros-Export.
S. Schliesinger
Neue Königstr. 21
(Ordnungshaus)
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen
Pelz - Stolas
Muffen
Eislaufbarettts.

Sonntags geöffnet.

Abzahlungsgeschäfte Credit-Haus Moabit Turmstraße 55, Ecke Waldstraße gewährt jedem bei spielend leichter An- und Abzahlung mehrjährigen Kredit auf Waren und Möbel.

Credit-Haus Gebr. Weber, Neue Königstr. 58. Spandau, Potsdamerstr. 23 I. best. a. 1887. Möbel- u. sämtliche Waren.

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertreter Otto Starick NO, Landsberger Allee 6/7.

Bäckereien, Konditoreien Glashaus, Kraftbrot, viel, schön, u. kräftig. D. R. P. „Feronia“ 1573077 Extra-Präsente: Bei 10 Feronia-Markensorten 100 Kugeln, bei 200 Stück 2000 Stücker.

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen. Herberg, Paul, Amsterdamerstr. 29. Utrocherstr. 17. Burgdorferstr. 14.

Peter's Gross-Bäckerei in allen Stadtteilen und Gütlichen Vororten: über 60 eigene Geschäfte.

Th. Turban Landbrotbäckerei, Niederbarnimstr. 5, Landeb. Allee 146.

Ulbrich Charlottenburg, 29 Filialen. Badestellen Augustabad, Köpenicker Str. 60/61. Diana-Bad, Köpenicker Str. 23.

Bandagen, Gummwaren Lange, A. E., Brunnenstr. 167. Meyer, F., Rl., Berlinerstr. 49-50.

Wende, A., Optiker Zimmer, Rich., gr. Frkf. Str. 112.

Beerdigungsanst., Sargm. Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143. Jordan, E., Birkenstr. 13, Moab. 3196.

Schlesinger, Hermann N.W. Turmstraße 66 Die richtigen N. Reimkond.-Sta 48 Sachen. Lieferant d. Konsumgenossenschaft.

Wilh. Scholem Kottbuserdamm 94, Keller. Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12. Spandau, Havelstr. 1, Spandau, Rheinische Arbeiter- und Berufskleidung, S. Lindemann, Mühlendamm 3.

Wecker, A. Kottbuserdamm 99. Bierbrauereien, Bierhdg. Bergbrauerei Feinstes Doppelhief Tel. III, 1612.

Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbiere sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Berliner, Oswald, Brunnenstr. 111/13. Berliner Kronenbrauerei. Berliner Bock-Brauerei.

Berliner Weißbier-Brauerei, Carl Richter, Berlin, Daldorf-Str. 3, T. 1399 Bier-Verlag, Gitschinerstr. 90. BORUSSIA Malzbier.

Brauerei „Germania“ Aktien-Gesellschaft. In ca. 100 eig. Ausschanklokal. 4/10 L. Bairisch 10 Pfg. 1/10 L. Weib. 10, gr. Weib. 20 Pfg.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg. Brauerei Königstadt feinste Qualitätbiere.

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier. Brauerei Weissensee, G. Enders. Groterjans Malzbier.

Hempel, E., Müllerstr. 138 d. Kahlenberg, A., Müllerstr. 156 c. Lützenbrauerei Weissensee. Malz- u. Weißbier-Brauerei Stern, N. Prinz-Allee 77. Tel.-A. Moabit, 2921.

Richter & Co., J. C. A., Weisbierbrauerei, gegr. 1820. Berlin C 54. Tel. III, 1517. Schlossbrauerei Schöneberg. Schiössbräu - Kronenbräu in Gebinden und Flaschen. Spandauerberg-Brauerei, Westend.

Stauch, Christian, Weiß- u. Malzbierbrauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1885. Strehlow & Co., Weißb., Gerichtstr. 48. Vereins-Brauerei Rixdorf. Berliner Kindl. Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle Friedrichstr. 128, Tel. III, 2542.

Weissbier, C. Breithaupt, Pallasenstr. 27. Tel.-A. VII, 2654. Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O. Dänker, Otto, 11 Filialen. Butterhandlung Fritz Muth. Schulz, Arthur, Rl., Hermannstr. 29 u. 68. Zu den drei Sternen, zahlr. Filialen. Zu den drei Kronen, 23 Filialen.

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Müllerstr. 155. Cyliax, G., Filialen I. allen Stadtteilen. Seiffert, Erich, Filialen in Berlin und Vororten.

Cigarrenhandlungen Adelt, A. G., Müllerstr. 12. Böckmann, J., Bergstr. 124/127. Conrad, W. Rl., Hermannstr. 50. Frei-Rauch, Zigaretten, Rixdorf, Ringbahnstr. 29 I, T. Rl. 1246. Geselle, Rudolf, Fruchtstr. 69. Henning, A., S. Camphausenstr. 18. Koschorrek, G., Kreuzbergstr. 18-20. Müller, Paul, Boussostr. 28. Priegent, Wilh., Bellealliancestr. 73. Schirmer, A., Invalidenstr. 2. Strahler, W., SW, Nothstr. 12. T. A. G., Fehmarstr. 8. Teuber, Franz, Urbanstr. 35. Weber, K. Rl., Hermannstr. 110. Wolters, Theod., Röhrenstr. 25.

Damenkonfektion Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf. Str. 117-124/127. Frau, Eider, Mühlb., Nollstr. 10. Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9. Wilmersdorferstr. 57. Eke Festivalsstr. Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119. Hirschowitz, Hermannstr. 54. Rixd. Röhrenstr. 12.

Link, Paul, Rixdorf, Reuterstr. 63. a. d. Kaiser Friedrichstr. Damen-Mantel-Fabr. Paul Loewenthal Rosenthaler Straße 16/17. Schultz, Paul, Rl., Berlinerstr. 41. Wagner, P., Damenmäntel, Peitzw.

Drogen u. Farben Centr.-Drog., Spandau, Neumärkerstr. 8. Gottschalk, Otto, Kreuzstr. 53 a. Gronfeld, U. Rl., Hermannstr. 144. Helios-Drogerie, Frankf. Allee 164. Hesse, Max, Spandau, Breite Str. 62. Keune, Carl, Brunnenstr. 39. Kronen-Drogerie, Al. Hohenstr. 49. Reges, Koppenstr. 35, a. Schlegel, Hf. Richter, R., Reimkond. Str. 119. Schultz, Hugo, Müllerstr. 168 a. Photogr. Bed.-Art., Hyg. Gummiv. Stiefried, Drogerie, Kolonnenstr. 120. Edmund Buchsch, Soldinerstr. 28. Lieferant d. Krankenk. T. II, 2628.

Eisen- u. Stahlw., Waffen Ahn, O., Rl., Kaiser-Friedrichstr. 6. Anders, Otto, Berlin, Brunnenstr. 109. Rixdorf, Bergstr. 52. Berlin SO., Schützstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 12. Pasche, Max, Rl., Berlinerstr. 82. Rühlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seest. Schäfer, G., Rl., Hermannstr. 59/60. Sellach, Th., Rl., Hermannstr. 48. Wolf, Carl, Moabit, Turmstr. 59. Wurmsee, Max, Nachf., Invalidenstr. 2.

Fahrräd., Nähmaschinen Baum, Emil, Schöneberg, Herberstr. 1. Böning, E., Kottbuserdamm 77. Daedrich, F., Rl., Kottbuserdamm 77. Fahrrad-Müller, Frankf. Allee 13.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“ Brunnenstr. 35, Kottbuserdamm 9.

Fledler, G., Spandau, Klosterstr. 40. Haubert, Willy, Alte Jacobstr. 93. Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel. Heitrichs, E., Müllerstr. 13. Hoppe, Lothringerstr. 49. Steglitz, Schönstr. 118. Krüger, Rich., Köpenickerstr. 47a. Linienstr. 3. Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29. Rixdorf, Kaiser-Friedr.-Str. 47. Pohle, Reinh., Schönebg., Hauptstr. 105. Röpke, G., Rl., Hohenzollernplatz 15. Fahrrad-Reiser von Rund um Berlin Solidaria-Mitglieder Händlerreise. Weinmeisterstr. 2. I. Kein Laden. Schönborn, Willy, Charibg., Schulst. 6.

Färberereien, Wäschereien Carl Pollnow, Frankfurter Allee 63. 20 Filialen. Berliner Dampf-Wäscherei Fritz Hering, Neue Königstr. 64.

Meesters, Th. Osw. Naefe chem. Wäscherei Fbr. Britz, Rüdowstr. 24. Fil. Rixd., Bergstr. 74 u. 161. Ein. Kais. Fdr.-St. 189a, 248. Friedländerstr. 24. Steinmetzstr. 43. Lieberauerstr. 29. Rln. Lantzenplatz 8. Warschauerstr. 8. Schivelbeinerstr. 29. Reizowstr. 18. Gräfstr. 52. Kastanienallee 27. Bernhardtstr. 13. Bernauerstr. 26. Goltzstr. 12. Akazienstr. 6. Hauptstr. 106.

Stenzel, Paul, 10 Geschäfte in Nord-Berlin. Fischhandlungen Winkler & Bährbold, Bergstr. 5 u. 57, Kottbuserd. 20. Fleischereien u. Wurstw. Blesold, K. Rl., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken kaufen Sie am besten u. billigsten bei Anton Fehlau, Gonthardstr. Stadtbahnbogen Ecke Königstr. 47, Landeb. 95, Königsbergerstr. 8, Landeb. Allee 30, Rixd., Bergstr. 18.

Hassenstein, A. O., Badstr. 12. Wähle, Gust., Turmstr. 47. Grammophone, Sprechm. Becker, W., Wilmersdorferstr. 127. I. Goethestr. Frd. Alt-Moabit 107, Edison. Heitrichs, E., Müllerstr. 13. Hoppe, Lothringerstr. 49. Steglitz, Schönstr. 118. Hoyer, A., Bergstr. 163 I. Jahre. M., Brunnenstr. 117. Weberstr. 64. Teilzahlg. gestattet.

Phonographen-Katz größtes Spezialhaus. Pietsch, Hugo, Spezialgesch. Röper, Carl, Petersb.-Str. 1 a. d. Frkf. Allee. Rund um Berlin Weinmeisterstr. 2. Wandell, Teilzahlung gestattet. Haus- u. Küchengeräte Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119. Rammick, Emma, Glas, Porzellan, Lampen. Küchen-Schreiber, Daldorfstr. 19. Lehnert, Emil, Brunnenstr. 178. Palme, H., Frankf. Chaussee 61 d. Rohkrämer P. Nachf., Frkf. Allee 19. Sandow, Rud., Wilmersdorfer Str. 120. Lampen. Schreiber, Ad., Rixdorf, Bergstr. 146. Wurmsee, Max, Nachf., Invalidenstr. 2.

Herrn-Artikel Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 60. Brocks, J., Müllerstr. 139. 5/6, Rab. Brückner, Rich., Frankf. Allee 24. Körnig, Otto, Frkf. Allee 49, Peitzw. 68, Warschauer Str. 21. Krause, Wilh., Rl., Hermannstr. 171. Littauer, Fr., Frankf. Allee Nr. 184. Mahuke, Adolf, Hölte u. Schirme. Nord-Ost, Gr. Frankf. Str. 120. Ruben, Oscar, Brunnenstr. 80. Turmstr. 58. Schlesinger, Reimkond. Str. 48. Sprengel, A., Wienerstr. 14 B. Zallo, Louis, Oranienstr. 131. Zicker, Max, Stettinerstr. 3.

Herrn- u. Knabengard. Amerikanische Verkaufshallen, Frankf. Allee 189, Rosenthalerstr. 53. Bergmann, E., Turmstr. 43. Bier, Julius, Brunnenstr. 148. Blütz!, Goltzstr. 36. Bohn, R., Inv.-Str. 125, Chaussee 129. streng reell und billig. Gerdersbach, Nordstr., Brunnenstr. 66. Haber, S., Invalidenstr. 112. Herrsch., Bekleidung, Brunnenstr. 72. Hirsch, J., Hochmeisterstr. 22. Leske & Sipeckel, Schönb. Allee 70c. Marks, F., kein Laden, daher bill. Preise, Teilzahlung gestattet. Mahlke, J., Pücklerstr. 36. Ost, W., Frankf. Allee 117, a. Maß. Reitzig, Ad., Frankf. Allee 107. 1/10 kaufen reell auch nach Maß. Ringel, Naß, St. Chaussee 21.

Rosner, Max, Schneidermeister, Rixd., Bergstr. 30/31. Lager fertig und nach Maß. Salberg, H., Badstr. 66, fert. u. n. Maß. Salomon, Jul., Brunnenstr. 36. Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51. Schlesinger, H., Hof d. Konsumgenossenschaft. Sie kaufen reell auch nach Maß. Tarmstr. 28 u. Reimkond. Str. 48.

Werner, Erich, Schiessstr. Allee 184. Am Schönb. Tor. Hüte, Mützen u. Pelzw. Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 60. Beißle, Rud., Chaussee 65. Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 139. Cohn, Simon, Goltzstr. 32. Frenzel, Albert, Rixdorf, Bern-Str. 120. Wilmersdorfer Str. 118/119. Graff & Heyn, Kastanien-Allee 35. Haase, Rich., Schönhauser Allee 194. Jacob, Oskar, Schönhauser Allee 95. Friedr.-Allee 95. Kehr-Hüte, Müllerstr. 174. Krüger, Otto, Mülletstr. 174. Littauer, Fritz, Frankf. Allee 194. Lucht, Paul, gr. Frankf. Str. 199. Mandel's Hutfabrik, Frkf. Chsee. 3. Nord-Ost, Gr. Frankf.-Str. 120. Papst, E., O. 17, Gr. Frankf. Str. 138. Partal, A., Frankf. Allee 149. Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27. Badstr. 64. Gerichtstr. 62. Ring, A., Rosenthaler Straße 19. Turmstr. 16. Schlesinger, Reimkond. Str. 48. Schoerr, Herrm., Wilmersd. Str. 48. Kottbuser Damm 18/19. Wacker, Ernst, Brückenstr. 68. Welner, H., Greifwalderstr. 23. Zimmer, H., Rl., Hermannstr. 108/109. Zöllner, Julius, Badstr. 23.

Kaufhäuser Falkenstein, Paul, Hochstädter Straße 1. Emil Hoegner Schöneberg Grunewaldstr., Ecke Akazienstr. Vorwärts-Leser erhält dopp. Marken. Kaufhaus für Gelegenheitskäufe Siegfried Hirschfeld, Habsburgerstr. 7. Ecke Hohenzollernstr. Täglich Eingang von Parfien zu enorm billigen Preisen.

Kaufhaus Gustav Pinkus Müllerstr. 145a, streng reelle Bedien., bill. fest. Preise. Kaufhaus Gebr. Preuß Berl. NW, Beussel-Ecke Hüttenstr. Beste Bezugsqu. für sämtl. Manufakturw. Spez. Damenkonfektion. Streng reelle Bedien. Liefer. sämtl. Sparr.

Neison, Berah., Amsterdamerstr. 16. Lichtenberg. Wilde, J., Frankf. Chaussee 149. Kohlen, Koks, Sirkette Prinzen Allee 71. Gerichtstr. 70. Gormannstr. 6. Gartenstr. 90. Kohlenbahnhof, Wedding. Siemon, A. R., Kohlenh. Wedding.

Kolonialwaren Bars, Wilh., NO, Weberstr. 9. Alexander Bischoff, Gruse, O., Rl., Bergstr. 191. Hapke, Martin, Gabriel Maxstr. 9. Rixdorf. Heintich, R., Bergstr. 20/26. Kais.-Frstr.-St. 246. Hentschel, Otto, Romintenstr. 23. Horn, Otto, Rl., Kais.-Frstr.-Str. 230. Keim, Max, Köpenick-Str. 21. Kerker, Willy, Hohenower Str. 34. Klabe, Ernst, Bozh., Gärtnerstr. 34. Turmstr. 74. Krüger, Berthold, Oldenb. Str. 16. Utrichterstr. 23. Maxstr. 15c. Kolocestr. 14. Schwedenstr. 14. Martens, Franz, V. Wissmarplatz 1. 3 Geschäfte in Nord-Berlin. Michaelis, Paul, Falkenstr. 7. Miosch, Adolf, Skaltzerstr. 73. Pastorino, Gebr., Wellensee. Pfütz, Louis, Brunnenstr. 147. Runge, Otto, Rl., Hermannstr. 53. Scheffel, Christian, Warschauerstr. 68. Scheffler, Carl, Badstr. 18. Schirmacher, R., Andreasstr. 61. Schlenker, Emil, Hüttenstr. 7. Schmidt, H., Manteuffelstr. 109. Sprotte, Ewald, Koppenstr. 7. Wilke, G., Rl., Bodest. 23, Eck. Jonasstr.

Korbwaren, Kinderwagen Baby-Bazar Davidson, Röhrenstr. 5. Krankenbedarfsartikel Fischer, Wilh., N. Swinemund-Str. 115. Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Manufakturwaren Belwe Nachf., Otto, Turmstr. 50. Modehaus. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119. Grünberg Nachf., M., Modewarenhaus. Hoffmann, M. Ernst, Boussostr. 27. Gröner Weg 45. Seidel, M., Gröner Weg 45.

Mehlhandlungen Adler, M., Kolonialw., Frkf. Allee 87. Bethke, Georg, Muskauerstr. 44. Rixd., Elbest. 22, Kais.-Frstr.-St. 64. Treptow, Gräts-Str. 64. Bordsach, G. Rl., Kais.-Frstr.-St. 29. Doornann, A., Warschauerstr. 76. Eberlein, Werner, in Nord-Berlin. Friedländer, V., Frankf. Allee 73. Charloitenbg. Gaeg, Otto, Frankf. Allee 188. Burg. Grossien, Gebr., Neue Schönha. 14. Heerms, H., Rl., Hermannstr. 172. Rixdorf. Heinrich, R., Bergstr. 29/30. Kais.-Frstr.-St. 248. Künzel, S. A., Manteuffelstr. 94. Andreasstr. 4. Kurzleben, H., Ektob. Damm 88. Marlanenstr. 14. Markth. Martheinekepl. Markth. Dorotheenstr. Schickram, Georg, Frankf. Allee 186. Schirmacher, R., Andreasstr. 61. Stockhammer, F. E., Sparstr. 17. Rixdorf. Wienecke, O., Hohenzollernplatz 5. Wolf, Max, Brunnenstr. 13.

Möbelmagazine Balla, Georg, Gubenerstr. 2. Bauer, R., Landsberger Str. 91a. Baumgarten, W., gr. Frkf. Str. 29. Berliner, Akerstr. 120. 2. Möbelfabrik „Norden“, Invalidenstr. 118. Blesch, Spandau, Schönwalderstr. 11. Cohn, E., N. Gartenstr. 96. Bolle's Fabrikp. kohl. Zahlungsb. Bollmann, Carl, Rl., Bodinstr. 61. Buchholz, Paul, Stromstr. 45. Cohn, E., Gr. Frankfurter Str. 58. kohl. Teilzahlg. Zossenstr. 32. Geppert, Paul, a. Martheinekepl. Gericke, Fritz, Müllerstr. 145. Glazekski, P., Neue Köpenick, 25. Geleg. teils. kohl. i. Alts. Neu. 5/6, R. Alexanderstr. 42. Gorbahn, Landsbergerstr. 82, kein Laden, ev. Teilz. Holzhausen, Ad., Brunnenstr. 164. Höhnicke, Otto, Elsassstr. 20, str. 20. Hopp, Jul., Brunnenstr. 133. Janitzkow, F., Turmstr. 45. M. Möbelfabrik. König, A., Rl., Berlinerstr. 102. K. K. H. Möbel, Rl., Berlinerstr. 90. Lachotzki, L., Rl., Hermannstr. 15. Lazarus, L., Petersburgerstr. 62. Lothringerstr. 69. Möbelfabrik. Lüddecke, R., Rl., Bergstr. 4.

Misch Sigmund, Dresdenerstr. 18, auch Teilzahlg. Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 105 a. Möbel-Gelegenheitskäufe Wirtschaften aller Preislagen Willy Hasemanns Möbel-Haus Grunewaldstr. 27. Möbel-Kaufhaus, Norden, Müllerstr. 121.

Möbel Krause Möbel Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude. Teilzahlung gestattet. Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57. Möbius, Rudolph, Ackerstr. 130. Nagott, Rl., Richardplatz 5, Alt. Neu.

J. Ostrowski jr. Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor. Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilzahlung. Menkirch, Gebr., Straalenerstr. 32. Am Molkenmarkt. Prüssing, Ludw., Gartenstr. 29. Rehfeld, A., Butmanstr. 20. Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an. Rottig, Fr. M., Fennstr. 44. Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenstr. 52. Slesky, W., Gneisenaustr. 18, eig. Tischler u. Tapezierwerkstatt. Neue-Königstr. 29. Geleg.-Käufe g. Bar- u. Teilzahl. Stoye, Bernh., N 20, Prinzen-Allee 89. Uhr, Johannes, Grünthalerstr. 69. Swinemünder. Wendland, Ernst, Straße 121. Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahlung. Gr. Frkf. Str. 45/46, auch Teilzahlung. Zierau, Ernst, N.W., Oldenburgerstr. 47.

Molkereien „Schweizerhof“, Mälerei und Milchkrumstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch z. jed. Tageszeit fert. Haus u. d. Öfflich. Preisen. Zirka 100 Verkaufswagen. Musikinstrumente Grunow, A., Frankfurter Allee 150. Kirs, Rich., Brunnenstr. 45. Fleißers Musikh., Kottb. Damm 99. Schönke, Otto, Rl., Richardstr. 118. Frkf. Allee 78 b. Scholz, Paul, Frkf. Chaussee 155. Schulz, Pletschmann & Co., Brandstr. 25.

Nähmaschinen Bellmann, E., Gollnowstr. 25. Wäsche- u. Nähmaschinen. Göhre, R., Rl., Berlinerstr. 59 I. Littauer, Verdr. Wilke, Rl., Berlinerstr. 84. Hermannstr. 50/60.

Optiker Duse, Paul, N. Müllerstr. 174. Hochstim, O., Rl., Berlinerstr. 32. Schubert, Carl, Rl., Bergstr. 148. Werner, Herm., Pappel-Allee 3-4.

Papier- u. Schreibwaren Seidler, Louis, Rl., Bergstr. 42. Putz- u. Modewaren Bless, Paul, Rl., Hermannstr. 161 am Bahnhof. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119. Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1. Spezialität: Putz. Hannaach, Geschw., Rixdorf, Bergstr. 22. Klahr, H., Seidew. Str. 139. Spitz. Putz. Kauthaus f. Damenputz Adolf Cohn jr., Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage. Modehaus Wilhelm Metzner Große Frankfurterstraße 93. Spezialhaus für Damenhüte. Sebeck, F., Spandau, Potsdamerstr. 20. Weiß, Emma, Rixdorf, Bergstr. 123.

Resterhandlungen Deleschal, H., Kolonnenstr. 159 a. Schreiber, Berth., Neue Königstr. 35. Schirme u. Stöcke Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119. Niodner, Osk., Brunnenstr. 113. Reimkond. Str. 48. Schlesinger, Lief. d. Konsumgenossenschaft. Scholz, Osw., Rl., Bergstr. 141.

Schuhwaren Achilles, Aug., Frankf. Allee 185. Baesker, Adolf, Weidenweg 63. Baruch, S., Goltzstr. 41. Borschnal, H., Rixdorf, Bergstr. 129. Behnke, Marienburgerstr. 11. Lf. Kons.

Conrad, Paul, Frankf. Allee 171. Fise, B., Müllerstr. 163 a. Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg. Goltzstr. 28. am. Fiebig, C., Winterfeldplatz. Fler, Friedr., Sparr-Str. 17. Formanowitz, E., Yorkstr. 65 am Bkt. Wilmersdorfer Str. 118/119. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119. Hannes, Gust., Weddingpl. 2. Horloz-Gransestr. 3, Frankelstr. 14. Heise, Helar., Badstr. 17. Lieferant der Konsum-Genossenschaft. Höbner, C., Rosenthalerstr. 12. Klein, A., Brunnenstr. 179, Gr. Frankf. Str. 14. Kuhn, Rich., Frankf. Allee 188. Masuch, Otto, Pallasstr. 14. 9/9, Kottb. Michling, A., Weidenweg 20. Odrowaki, F., Kottbuserdamm 102. Oesterling, O., Grüner Weg 107. Petersohn, Osk., Müllerstr. 123. Räsener, Gelegenheitskäufe. Salomon, J., Petersburgerstr. 49. Schmidt, Gebr., Fennstr. 69. Schreier, J., Hermannstr. 52. Schreier, J., Kottbuserdamm 49. Schuch, Max Koh, Bellealliancestr. 58. Schönwarenhaus des Westens York. Schüller, Wilh., Schönb. Allee 3. Sommer, Wilh., N. Schönb. Allee 55. Tauscher, E., Wellensee, Königsplatz 61a. Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 11. Rixdorf. Wegner, R., Bergstr. 141. Winter, H., Schönhauser Allee 91. Zastrow, E., Rl., Berlinerstr. 71/72. Stoll, Barts Leander, Brunnenstr. 137.

Teppiche u. Gardinen Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 140. Wilmersdorfer Str. 118/119. Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt. Uhren u. Goldwaren Art, Erwin, Kottb. Damm 23/24. Art, Herm., Manteuffelstr. 114. Abel, Goltzstr. 30 am Winterfeldplatz. Bürger, Jul., Müllerstr. 5. David, Max, Brunnenstr. 43. Huttenstraße Nr. 67. Ebert, Otto, Eilinghausen, Gebr., Grünauerweg 46. Fabian, Max, SO 26, Wenerstr. 23. Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 9. Friese, Konrad, Müllerstr. 4. George, Adolph, Badstr. 66. Gorrücke, C., Pücklerstr. 29. Gromadler, P., Andreasstr. 29. Kulebusch, W., Frankf. Chaussee 61. Kuhl, August, Prinzen-Allee 81. Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49. Königstr. 45/46. Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 82. Lux, Carl, N. Chaussee 41. Mildt, A., Charl., Krummenstr. 14. Nohr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 91. Osterloh, M., Gr. Frankfurter Str. 126. Quitzw, Joh., Müllerstr. 1. Rapp, Chr., Wellensee, Gut. d. Hofstr. 153. Rixdorf. Rudolph, H., Bergstr. 132. Schrader, Otto, Frankf. Chaussee Nr. 8. Schulz, Osw., Frankfurter Allee 24. Schumacher, O., Tegel, Berlinerstr. 50. Sturm, Erich, Tegel, Berlinerstr. 94. Ueckermann, G., Landsbergerstr. 90. Skaltzerstr. 23. Rampmler, F., Skaltzerstr. 62. Schönemann, G., Rl., Berlinerstr. 73. Truxa, W., Frankf. Allee 185. Werner, Herm., Pappel-Allee Nr. 2-4. Wiler, Hans, Rosenthalerstr. 63/64. Winkler, W., Reimkond. Str. 22. Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44. Wolter, M., Rl., a. Bahnh., Hermannstr. 106. Wüstney, O., Brunnenstr. 106.

Warenhäuser Brunn, Nachf., Frankf. Allee 134. Loewenberg & Co., Rigaer- am Ballenplatz, str. 107. Pinski, Paul, Simon-Dachstr. 34. Warenhaus M. Hirsch Spandau Rumsberg, Vicarstr. 175. Weiss, H. & Co. Nachf. Schöneberg, Hauptstr. 11.

Weine u. Fruchtsäfte Hugo Beling Flaschenverk. zu Engrospreisen. 50 Filialen in Berlin u. Vororten. Bettlinger, Eug., Wald-Ecke, Wiekf. Denhardt & Schulte, Brunnenstr. 47. Elle m. Wayne, Lickfähr, Gerichtstr. 16. Großdanz, z. gr. Trichter, Lessingstr. 6. Großd., „Zur Sonne“, Paul Frensdorf. Krüger, Brunnenstr. 188, Kais. Allee 64. Merion, Louis, Belle-Alliancestr. 19. Reins, R., Gr.-West. Scharr- Ecke Wilmersdorferstr. Rief, Fritz, Rl., Hermannstr. 62. Schütz, Otto Alb., Markusstr. 25. Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67. Fil. I. allen Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage. Sello, Hermann, Stadtteilen Einzelverkauf zu Engrospreisen. auch Liköre u. Säfte. Brunnenstr. 16 u. Filial. Einzelverk. z. Engrosgr. Wölke, W., Hermannstr. 160. Wendig, Herm., Elsassstr. 11. Wermuth, Oswald, Seeparkstr. 1.

Weiß, Wollw., Trikotagen Boelidde, Max, Chaussee 67. Strpf. u. Trikotagen. Bredow, Otto, Rl., Hermannstr. 56. Wienerstr. 33. Engel, R., Ecke Forsterstr. Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119. Kaufhaus London, Rl., Bergstr. 47. Klahr, H., Reichenberger Str. 139. Kaufhaus Levy, F., Rl., Hermannstr. 52. Pfäume, Gebr., Friedrichstr. 205. Raehmer, C., Andreasstr. 69. Tichauer, S., Rl., Hermannstr. 51.

Zahnaf. u. Zahnkünstl. Beyer, R., Rixdorf, Bergstr. 132. Holbruch, Herm., Fankstr. 6, geg. 1671. Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1888. Lüddecke, Franz, Greifwalderstr. 21.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonnabend, den 25. Dezember (1. Weihnachtstag), abends 6 Uhr, in den Gemäuerten der „Victoria-Druckerei“, Lützowstr. 111: Winterfest. Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester, Herr Fr. Große (Cello), Gesangsverein „Liedertafel-West“, Nachher Ball. Eintritt 30 Pf. Zahlreiche Besuch erwartet. Das Komitee. Achtung! 7. und 8. Abteilung! Da es für die Weihnachtsfeiertage leider nicht möglich war, Veranstaltungen zu treffen, haben wir uns entschlossen, wiederum am 1. Januar (Neujahr) einen humoristischen Abend mit Tanz zu arrangieren und zwar bei Rabe, Richteistr. 20. Derselbe soll bestehen aus Märchenzählungen (Frau. Walli Kuffel), Rezitationen (Genosse Grünwald) u. a. m. Wir versprechen den Genossinnen und Genossen einen gemutlichen Abend und hoffen, daß dieselben mit ihren Kindern, Bekannten usw. zahlreich erscheinen werden. Die Kommission.

Berliner Nachrichten.

Eine Lohndrigkeit sondergleichen

Bezeichnete der Genosse Seher am 14. Dezember er. im Reichstage die Tatsache, daß noch andauernd Klagen eingehen über nicht erledigte Unterstützungsgesuche zum Viermillionenfonds, welche vor einem Vierteljahr von dazu berechtigten Tabakarbeitern eingereicht wurden. Hierzu werden folgende weitere Mitteilungen gemacht:

Eine in Himmelsburg bei Berlin wohnende Tabakarbeiterin ließ Mitte September 1909 ihr Unterstützungsgesuch auf dem dortigen Rathaus von dem Magistratssekretär Herrn Breul zu Protokoll nehmen. Sie fragte auf Veranlassung des Vertreters der Organisation, Gen. Boerner, trotzdem sie unorganisiert ist, im Verlauf mehrerer Wochen dies bis fünfmal bei demselben Sekretär nach dem Stande der Sache. Dieser Herr „recherchierte“ dann jedesmal dasselbe und noch einiges, was ja schon im Protokoll stand, und meinte auf die Bitte um Beschleunigung, es sei ein neues Gesetz und das brauche seine Zeit. Boerner schrieb der Frau vor reichlich drei Wochen eine Beschwerde an den Präsidenten des Hauptkommissariats in Berlin, Alt-Moabit, Posthof, welche bis heute unbeantwortet geblieben ist. Die Petentin wurde nun vor 14 Tagen durch B. an einen ihm befreundeten Himmelsburger Stadtverordneten gewiesen, welcher sich auch verwendete und dann die Petentin wieder am 18. Dezember zum Sekretär Herrn Breul schickte. Derselbe „recherchierte“ abermals, weshalb noch beim Hauswirt, ist unverständlich, da dieser mit diesen Sachen absolut nichts zu tun hat.

Und so hungert die 68 Jahre alte Tabakarbeiterin weiter. Gestern am 20. Dezember reichte B. eine Beschwerde an den Reichsschatzsekretär Herrn Vermuth ein unter Darstellung der obigen Sachlage, verbunden mit dem Wunsch, wenigstens dafür zu sorgen, daß die Petentin bis zum „Fest der Liebe“, Weihnachten genannt, in den Besitz ihres ihr gesetzlich in 14 Tagen zustehendem gelangt.

Die Gemeindefschulen Berlins sind in diesem Winterhalbjahr auf 300 vermehrt worden, die zusammen 5321 Klassen (einschließlich 162 Nebenklassen) haben. Noch 555 dieser Klassen sind in gemeinsamen Räumen untergebracht, immer noch mehr als der gehobene Teil aller. In diesem Punkt ist leider durch die Fertigstellung neuer Schulbauten bisher nur wenig gebessert worden, weil die Vermehrung der eigenen Schulhäuser immer noch zu langsam fortschreitet. Dagegen haben die sogenannten fliegenden Klassen erfreulicherweise sich auf jetzt nur noch 10 (einschließlich 3 in Aulen untergebrachte Klassen) vermindert.

Die Zahl der Kinder, die die Gemeindefschulen besuchen, ist zurückgegangen. Die Frequenzübersicht für das Winterhalbjahr, die der Magistrat den Stadtverordneten vorlesen überreicht hat, weist für den 1. November eine Besetzung mit 227 288 Kindern nach, das sind 1285 Kinder weniger als am 1. Mai dieses Jahres. Am 1. Mai 1908, 1. November 1908, 1. Mai 1909, 1. November 1909 wurden 228 007, 228 455, 228 573, 227 288 Gemeindefschüler gezählt. Der Rückgang hat, wie man sieht, schon in 1908 begonnen und seitdem fast ohne Unterbrechung andauernd. Wir haben ihn uns zu erklären aus der Wirtschaftskrise, die mit ihrem Mangel an Arbeitsgelegenheit die bitterste Not in zahlreiche Arbeiterfamilien hineingetragen hat. In solchen Zeiten ist es die Regel, daß die Arbeiterbevölkerung Berlins durch Abwanderung nicht nur von Unverheirateten, sondern auch von Familien sich lichtet. Diese oft beobachtete Wirkung der Arbeitslosigkeit und des Notstandes hat auch diesmal sich wieder gezeigt, und es ist nicht zu verwundern, daß sie schließlich sogar in Gemeindefschulwesen bemerkbar geworden ist. Daneben kommt aber als mitwirkende Ursache auch der andauernde Rückgang der Geburtenziffer in Betracht, der den Gemeindefschulen allmählich den Nachwuchs mindert.

Die Besetzung der Klassen stellt sich im allgemeinen Durchschnitt jetzt immer noch auf 44,78 Kinder pro Klasse (wenn von den Nebenklassen abgesehen wird). Der Durchschnitt für die einzelnen Klassenstufen beginnt mit 35,21 Kindern pro erste Klasse und endet mit immer noch 49,69 Kindern pro achte Klasse. In den einzelnen Klassen weicht natürlich die Besetzung mehr oder weniger weit von diesen Durchschnittswerten ab, nach unten und nach oben. Für die achten Klassen gilt 60 als höchstzulässige Besetzung, und diese Zahl wird tatsächlich in manchen Klassen erreicht. Künftig soll, wie schon gemeldet wurde, für die achten Klassen die Höchstzahl der Besetzung auf 55 ermäßigt werden. Das ist sehr nötig; gegenwärtig wird diese Zahl noch in recht vielen Klassen überschritten. Befallen soll dann der bisherige Zustand, daß starkbesetzte 8. Klassen für einzelne Unterrichtsstunden in zwei getrennt zu unterrichtende Abteilungen zerlegt werden. Viel wird daran nicht verloren, diese Teilung wurde ja immer nur einer mäßigen Zahl achter Klassen und für eine geringe Zahl von Unterrichtsstunden bewilligt. Schon in diesem Winterhalbjahr ist die Teilung nur noch in so winzigem Umfang beibehalten worden, daß sie als nahezu beseitigt gelten kann.

Der Weihnachtspaketverkehr auf seinem Höhepunkt. Der Weihnachtspaketverkehr hat jetzt seinen Höhepunkt erreicht. Auf Wunsch der Postbehörde stellen wir deshalb die wichtigsten Wünsche der Post kurz zusammen. Im eigenen Interesse der Absender liegt es, die Sendungen möglichst genau, deutlich und vollständig zu adressieren. In die Pakete legt man zweckmäßig eine mit der äußeren Aufschrift übereinstimmende Adresse, damit im Falle des Verlustes der äußeren Aufschrift und der Postzeichen der Empfänger aus der im Inneren befindlichen Adresse erfahren werden kann. Die Pakete sind so dauerhaft wie möglich zu verpacken. Zweckmäßig ist es, sie schon vorher mit Marken zu frankieren. Zu jedem Paket muß jetzt eine besondere Postpaketadresse geschrieben werden.

Das Märkische Museum ist am ersten Weihnachtstag und am Neujahrstag, sowie am Tage vor den genannten Festtagen für den öffentlichen Besuch geschlossen, an allen anderen Tagen aber von 10-3 Uhr geöffnet.

In der Klinik für Unfallverletzte (Mariannen-Ufer 2) haben die Verletzungen, die wir in Nr. 291 veröffentlichten, die erwartete Wirkung gehabt. Die Kerze hat empört darüber, daß Patienten

es gewagt haben, ihre Klagen dem „Vorwärts“ vorzutragen. Man sagt uns aber, daß seit Veröffentlichung uneres Artikels der „Ton“ in dieser Anstalt ein etwas anderer geworden sei. Wie im vorigen Jahr, wo wir uns schon einmal mit der genannten Klinik zu beschäftigen hatten, ist auch diesmal wieder von der Anstaltsleitung den Patienten ein Schriftstück vorgelegt worden, in dem sie erklären sollten, daß sie gegenwärtig mit den dort herrschenden Zuständen zufrieden seien. Und wieder haben Patienten sich dazu herbeigelassen, die ihnen zugemutete Unterszeichnung dieses Schriftstückes zu leisten. Im vorigen Jahr hatten sogar solche Patienten ihre Unterschrift gegeben, die vorher uns eine Fülle von Beschwerden ans Herz gelegt hatten. Ob dieses Schauspiel sich diesmal wiederholt hat, entzieht sich einstweilen unserer Kenntnis. Welchen Zweck mag übrigens diese Zufriedenheitsklärung haben? Soll sie gegenüber der revidierenden Aufsichtsbehörde als Zeugnis verwendet werden?

Man sollte es unterlassen, die Kranken in eine fatale Situation zu bringen und die hierfür aufgewendete Zeit lieber der Abstellung der Klagen zuwenden.

Der Rabatt-Sparverein vereinigter Geschäftskleute des östlichen Berlin usw., der zwischen 7- und 8000 Mitglieder zählt, hat seine Zahlungen eingestellt, angeblich, weil augenblicklich kein Bargeld vorhanden sei: das Vereinsvermögen soll in Grundstücken und ausländischen Werten angelegt sein und sich zurzeit schwer realisieren lassen. (?) Man hat die Gewerbetreibenden, welche 1 Proz. der von ihnen umgesetzten Sparmarken zu beanspruchen haben, auf acht Tage, die Rabattbuchbesitzer dagegen auf vierzehn Tage vertriebt. Die „zeitweilige Insolvenz“ des Vereins soll, wie wir aus unterrichteter Quelle hören, schon seit etwa zwei Jahren bestehen, und man rechnet wohl damit, daß die zahlreichen kleinen Leute, die nur um ihre geringen Guthaben gekümmert werden, sich deswegen nicht noch Kaufereien und Scherereien machen werden. Jedenfalls wird in den Kreisen der Gläubiger des Sparvereins die Angabe, daß der Verein Liegenschaften und Effekten besitze, stark bezweifelt und mit Recht gefragt, wo denn das bare Geld geblieben sei, das der Vorstand für die Rabattmarken von den Gewerbetreibenden einliefert hat. Und so verlangt man, daß darüber die Kaufverwaltungen klipp und klar Auskunft gebe, anstatt die Gläubiger mit Verstrickungen hinzuhalten. Der Fehlbetrag soll etwa 70000 Mark betragen; er setzt sich, wie gesagt, aus kleinen Beträgen von 10 Mark und darunter zusammen, auf den die kleinen Leute gerade zur Weihnachtzeit gerechnet haben. Da haben nun die Käufer das ganze Jahr hindurch die Ware entsprechend höher bezahlt, um nun schmählich enttäuscht zu werden. Es soll nun eine „Revisionskommission“ eingesetzt werden, auf deren Rechnungslegung man gespannt sein darf. Besser wäre es wohl, wenn die Geschädigten sich zusammenschlossen und einige Mitglieder zur Erhebung der Regressklage gegen den Vorstand bevollmächtigt. Merkwürdigerweise soll auch der Aufsichtsrat bis vor kurzem keine Ahnung von dieser jahrelangen Mißwirtschaft gehabt haben.

Zum Frauenmord wird mitgeteilt: Den Klemmer Max Jagielski, der eifrig gesucht wurde, hat die Kriminalpolizei gestern morgen im städtischen Asyl für Obdachlose gefunden. Dort war er zwei Nächte gewesen. Als er gestern morgen bei der Entlassung verwarnt wurde, erkannten ihn Kriminalbeamte. Er trug noch seine Klemmerhufe und die Kleidung, in der er am Sonnabend, den 11. November, seine Werkstatt in der Lützowstraße verlassen hatte. Als die Beamten ihm sagten, er sei Jagielski, widersprach er nicht und ging auch gutwillig mit. Dafür, daß er sich nicht gemeldet hat, obwohl ihm bekannt war, daß er gesucht wurde, hat er keine Erklärung. Mit dem Mord will er nicht das geringste zu tun haben, weder als Täter noch als Mitwisser. Seiner Darstellung nach hat er nach Verlassen der Arbeit einen „Zug“ gemacht. Weil er sich nicht mehr nach Hause traute, als das Geld alle war, verdiente er sich im Laufe der Woche am Wedding und in der Schönhauser Allee einige Groschen, indem er Leuten die Weihnachtsbäume, die sie gekauft hatten, nach Hause trug. Auch half er auf dem Ostbahnhof beim Abladen und Wegschaffen der Christbäume. Jagielski wurde in Haft gehalten, weil seine Angaben mit den Ermittlungen, die die Kriminalpolizei anderweitig machte, sich nicht decken und Nachprüfungen erfolgen müssen. In der ganzen Affäre scheint eine solche Menge Mitleid und Mitleid zusammengetragen zu werden, daß wohl selbst die Kriminalpolizei sich aus dem Wust kaum noch herausfindet.

Tödlicher Unglücksfall auf dem Neubau des Reichsschatzamt. Ein verhängnisvoller Unfall hat sich auf dem Neubau des Reichsschatzamt in der Wilhelmstraße zugetragen. Der Maurer Gustav Thiele, der bei der Firma J. u. G. angestellt war, war dabei, Vanneisen nach dem zweiten Stockwerk mittels Winde hinaufzuziehen. Als er im Begriff war, eine Ladung auf den Mauerrand zu ziehen, verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Der Bedauernswerte erlitt einen Schädelbruch, sowie schwere innere Verletzungen und wurde sterbend in das Krankenhaus Am Urban eingeliefert.

Entgleisung auf der Berlin-Stettiner Bahn.

Durch die Entgleisung einer Vorortzuglokomotive in der Nähe des Bahnhofs Ruch wurden Montag abend auf der Berlin-Stettiner Strecke der Vorort- und Fernbahn empfindliche Störungen herbeigeführt. Der Unfall ereignete sich zwischen 5 und 6 Uhr abends. Es entgleiste die Maschine eines Zuges, der nach Berlin fahren wollte. Die Lokomotive legte sich quer über beide Schienenstränge und hinderte dadurch den Verkehr in beiden Richtungen. Nach erfolgter Meldung wurde vom hiesigen Stettiner Bahnhof sofort ein Hilfszug mit den nötigen Hilfsgeräten und mehreren Ingenieuren der Eisenbahnbetriebsinspektion 8 nach der Unfallstelle abgefahren. Auch Vertreter der Maschineninspektion fuhren mit. Sämtliche Fern- und Vorortzüge mußten liegen bleiben, da beide Gleise gesperrt waren. Die von Berlin abfahrenden Personen-, Schnell- und D-Züge nach Stralund (6,10 Uhr), nach Stettin (7,30 Uhr), nach Stockholm (7,38 Uhr) und nach Danzig (7,46 Uhr) erlitten Verspätungen von dreizehn bis 104 Minuten. Noch empfindlicher machte sich die Störung aber bei den ankommenden Fernzügen bemerkbar. Der Danziger Schnellzug Nr. 22 traf mit 88 Minuten, der Stralunder Personenzug Nr. 322 mit 125 Minuten, der Danziger D-Zug Nr. 24 mit 127 Minuten und der Stockholmer D-Zug Nr. 18 sogar mit 145 Minuten Verspätung hier ein. Die Störungen auf den Vorortstrecken waren weniger erheblich, aber immerhin für die zahlreichen Reisenden recht unangenehm. Ein Teil der Vorortreisenden wurde in Fernzügen befördert, die dann auf jeder Station halten mußten. Einige Vorortzüge wurden auch bis nach Blankenburg vorgefahren, wo die Passagiere dann gleichfalls in die Fernzüge umsteigen mußten. Für die von Berlin abfahrenden Züge war das Gleis an der Unfallstelle etwas über eine Stunde gesperrt, für die ankommenden Züge aber nahezu fünf Stunden. Gegen 1/2 12 Uhr nachts konnte der regelmäßige Betrieb wieder aufgenommen werden. Die Ursache der Maschinenentgleisung ist noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt. Wahrscheinlich liegt falsche Weichenstellung vor. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Ein Straßenräuber aus der Provinz wurde gestern von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen. Es ist ein 30 Jahre alter Knack Emil Schulz, der nach seinem Geständnis am 11. November auf der Chaussee bei Zehlendorf einen Arbeiter Ferdinand Konrad überfiel und beraubte. Schulz lernte Konrad in einer Herberge kennen, ließ sich von ihm zum besten geben und sah dabei, daß er eine wohlgefüllte Börse besaß. Am nächsten Morgen wanderten beide die Landstraße entlang. Plötzlich stellte Schulz seinen Freund mit der Aufforderung, ihm sein Geld herauszugeben. Als er sich weigerte, schlug er ihn so lange mit seiner Schnapflasche über den Schädel, bis sie in Scherben ging. Dann raubte er dem Ueberfallenen, der ohnmächtig zusammenbrach, das Portemonnaie mit 90 Mark und ließ quer Feld ein davon. Zwei Tage später wurde in derselben Gegend wieder ein Raub verübt. Seitdem war Schulz aus der Gegend verschwunden. Er trieb sich in Berlin obdachlos umher, bis er jetzt aufgegriffen wurde. Das geraubte Geld hatte er binnen kurzer Zeit in leichtsinniger Gesellschaft durchgebracht. Den zweiten Raub will der Verhaftete, der dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, nicht verübt haben.

Die Leiche eines vier Wochen alten Kindes männlichen Geschlechts wurde gestern auf dem Bahnkörper der Ringbahn aufgefunden. Bahnbeamte entdeckten in der Nähe der Riechholzstraße auf den Schienen den völlig nackten Körper eines toten Knaben, der keinerlei verdächtige Merkmale aufwies. Die kleine Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Wer ist der Tote? Im Treptower Park wurde gestern mittag in der Nähe des Flages am Spreetunnel ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Bei ihm wurde nicht der geringste Anhalt zur Feststellung der Persönlichkeit gefunden. Der Unbekannte ist etwa 30 Jahre alt, 1,65 Meter groß und mittelkräftig gebaut. Er hat blondes Haar, einen blonden Schnurrbart, blaue Augen, eine hohe Stirn, ein längliches Gesicht, ein spitzes Kinn und gute Zähne und trug ein braunfarbtes Jackett, eine schwarze Weste und Hose, molenes Unterzeug, eine braunfarbete Mütze und schwarze Jagstiefel. Die Leiche befindet sich in der Halle zu Treptow.

Zirkus Busch. Die Aufführung der neuen russischen Pantomime „Nihilisten“, die der Zirkus Busch für die Weihnachtsfeiertage geplant hatte, ist laut Verfügung des Polizeipräsidenten verboten worden. Der Kommissionsrat Busch wird dem Polizeipräsidenten für diese Neklame sehr dankbar sein.

Einen schweren Verlust hat ein armer Familienvater am letzten Sonnabend erlitten; er verlor seinen gesamten Lohn im Betrage von circa 36 Mark, welcher sich in einem gelben Lederportemonnaie befand, auf dem Wege von seiner Arbeitsstelle nach dem Bahnhof Neustadtstraße. Der ehrliche Finder wird gebeten, sich bei dem Restaurateur Karsten, Siedingstraße 1 zu melden.

Feuer im Rathaus alarmierte gestern vormittag um 8 1/2 Uhr die Berliner Feuerwehr. In wenigen Minuten waren 12 Löschzüge mit etwa 50 Fahrzeugen unter der Leitung des Branddirektors Reichel sowie ein großes Aufgebot von Schulkindern am Rathaus versammelt. Es brannte die Decke des Bürgerfaals in geringer Ausdehnung, doch war es schwierig angesichts der Verengung und der Bauart des Rathauses, den Brandherd gleich festzustellen. Dieser wurde dann auf dem Boden des Korregebäudes gefunden. Dort waren Balken an einem Schornstein der Küche des Ratheslers in Brand geraten und trotz ihrer Stärke schon durchgebrannt. Ueber die Entstehung äußerten sich die Feuerwehrbesatzer übereinstimmend, daß durch den Küchenhörnstein der Balken über dem Bürgerfaal in Brand geraten sei und die Flammen sich dann weiter verbreitet hätten. Während des Brandes erschien der Oberbürgermeister persönlich und überzeigte sich, daß keinerlei Gefahr mehr zu befürchten war. Später meldete sich der Branddirektor Reichel beim Oberbürgermeister, um ihm über die Entstehung und den Schaden des Brandes zu berichten. Nach etwa zweistündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

Das Feuer muß lange unter der Decke geschwelt haben. Um den Brandherd zu ermitteln, bedurfte es des Aufreisens des Fußbodens und der Decke.

Vorort-Nachrichten.

Der Teltower Kreistag

hat die Kreissteuer, angesichts der günstigen finanziellen Lage des Kreises, auf 29 Proz. herabgesetzt. Im Gegensatz zum vorigen Jahr hat der Etat ein Plus von 180 000 Mark, während der vorjährige Etat noch ein erhebliches Defizit aufweist. Ueber den Verkehr auf dem Teltowkanal teilte der Landrat mit, daß derselbe in diesem Jahre die Ziffer von 800 000 Tonnen überstiegen habe. Um den Durchgangsverkehr noch mehr zu heben, ist beschlossen worden, den Durchgangstarif um 25 bis 33 Proz. zu ermäßigen. Zweck Verminderung der Säuglingssterblichkeit wurde eine Vorlage betreffend Regelung des Gebarmenwesens genehmigt. Die neue Beamteneinstellungsordnung erfordert eine Mehrausgabe von 30 000 Mark. Angenommen wurden auch die Vorlagen betreffend Erweiterung der Kreiskrankenhäuser in Brix und Kowawes. Der Kreistag hat ferner beschlossen, die Verlängerung der Teltower Kreisbahnlinie Steglitz-Schöden nach Mariendorf, sowie den Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn Zehlendorf-Klein-Rachnow-Stahnsdorf.

Der Niederbarnimer Kreistag hat in seiner Sitzung eine neue Umfahsteuerordnung genehmigt, die Umgehungen der Steuerpflicht durch sogenannte Zwischengeschäfte verhindern soll. Die Vorlage befreit die Grundstücksverwaltungen der Gemeinden von der Umfahsteuer. Ein Antrag des Gemeindevorstehers Wille (Reinickendorf), auch die Grundstücksverwaltungen der Gemeinden für steuerfrei zu erklären, wurde abgelehnt. Auf eine Anfrage betreffend die Kreisindustriebahn erklärte der Landrat, daß sie zwar im Vorjahre einen Zuschuß von 11 600 Mark erfordert habe, in diesem Jahre aber sicher einen Ueberschuß bringen werde. An die Einführung des Personenverkehrs auf der Industriebahn sei nicht zu denken, da dies einen Umbau der Bahn erfordern würde.

Weihnachtsveranstaltungen.

Mixdorf. Eine Weihnachtsfeier veranstaltet am Sonnabend, den 25. Dezember (1. Feiertag) der hiesige Bildungsausschuß in den Gemäuerten des Doppischen Lokals, Hermannstr. 49. Die Feier besteht, wie im Vorjahre, aus zwei Teilen. Nachmittags von 3 bis 5 Uhr wird Herr M. Schulz-Mixdorf an der Hand von farbigen Lichtbildern weitere Szenen von Wilhelm Busch (Deutschlands größtem Humoristen) unserer Jugend vorführen. Text und Bilder werden sicher dazu beitragen, Herz und Gemüt der Kinderwelt anzuregen, damit der Humor auf seine Rechnung kommt. Es werden gegeben: 1. Hans Gudebrin, der Kugelschreiber. 2. Das Pustertocher. 3. Das Bad am Samstagabend. 4. Pflüch und Plum. Insgesamt gegen annähernd 200 Bilder mit Erläuterung. Eintritt pro Kind 10 Pf. Kasseneröffnung 2 Uhr.

Abends 7 1/2 Uhr findet ein Familienabend statt. Zur Auf- führung gelangt Konzert, Chorgesang, turnerische Aufführungen, unter Mitwirkung des Neuen Berliner Tonkünstlerorchesters (F. Postfelder) und des Mixdorfer Männerchors (Mitglied des Arb.-Sängerbundes). Eintritt 30 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 60 Pf. nach.

Sonntag, den 26. Dezember (2. Feiertag), nachmittags 2 1/2 Uhr gelangt im Widooper Stadttheater, Verstr. 147, 2 + 2 = 5*, Satirspiel von Gustav Wied, zur Aufführung. Eintrittspreise inkl. Garderobe 60 Pf. Kindern unter zehn Jahren ist der Eintritt nicht gestattet.

Ferner wird noch darauf besonders hingewiesen, daß am 8. Januar in Poppes großer Saale der naturwissenschaftliche Vortragszyklus mit Lichtbildern seinen Anfang nimmt. Der Zyklus erstreckt sich auf fünf Abende, und zwar: Montag, den 8., 10., 17., 24. und 31. Januar 1910, abends pünktlich 8 Uhr. Vortragender: Genosse Engelbert Graf. Die Eintrittspreise kosten 50 Pf. und berechtigt auf alle fünf Abende. Eintrittskarten zu den genannten Veranstaltungen sind bei den Funktionären und in der Expedition, Redarstr. 2, erhältlich. Theaterbillets nur noch bei den Funktionären. Der Bildungsausschuß.

Mariendorfer-Säbende. Die Parteigenossen und Genossinnen Mariendorfs werden auf die am 8. Feiertag um 6 Uhr im „Reichshaus“ stattfindende Weihnachtsfeier des Wahlvereins aufmerksam gemacht. Um es allen Parteigenossen zu ermöglichen, daran teilnehmen zu können, ist der Eintrittspreis auf 20 Pfennig festgesetzt. Arbeitslose haben freien Eintritt. Billets sind bei den Bezirksführern, in den Bezirkslokalen und beim Lagerhalter, Kaiserstr. 110 zu haben.

Bozsgen-Kummelsburg. Sonntag, den 26. Dezember (2. Weihnachtstagsfeier), abends 6 Uhr, veranstaltet der Jugendauschuß im „Café Bellevue“, Hauptstr. 2, eine Weihnachtsfeier. Zur Aufführung gelangen zwei kleine Theaterstücke sowie musikalische und Gesangsbeiträge. Letztere werden vom Quartett „Harmonie“ ausgeführt. Billets (a 25 Pf. für Erwachsene, a 10 Pf. für Jugendliche) sind für die Mitglieder des Niederbarmer Wahlvereins und deren Angehörige bei den bekannten Personen zu haben. Kinder unter 14 Jahren frei. Um zahlreichen Besuch bitten.

Rowawes. Der Bildungsausschuß veranstaltet am 1. Weihnachtstagsfeier im Lokale des Herrn Schmidt einen Reitations- und Wiederabend. Mitwirkende: Margarete Ballotte. Die Begleitung am Pianino hat Herr Nisch-Verlin übernommen. Auch wird die vollständige Kapelle des Herrn Musikdirektor Köhler mit. Das Eintrittsgeld ist auf 40 Pf. im Vorverkauf bemessen. Die Mitglieder der Jugendorganisation erhalten Vorzugskarten beim Genossen Hubert zum Preise von 25 Pf. Gleichzeitig möchten wir auf den am 4. Januar beginnenden Vortragskursus („Die Geschichte unserer Erde“) hinweisen.

Schöneberg. Bei den gestrigen Stadtverordneten-Ratswahlen sind die zur Wahl stehenden Mandate von unserer Partei behauptet worden.

Im dritten Bezirk erhielt Fintel (Soz.) 402 Stimmen, zerplittert waren 34 Stimmen. Fintel ist somit gewählt. Von bürgerlicher Seite war hier (zum erstenmal in Schöneberg) ein Gegenkandidat nicht aufgestellt worden.

Im siebenten Bezirk erhielten Fintel (Soz.) 408, Rottländer (Soz.) 415, Wismar (lib. Frakt.) 98, Fischer (lib. Frakt.) 97 Stimmen. Gewählt sind mithin Fintel und Rottländer (Soz.).

Die Hoffnung der liberalen Fraktion, ihren bei der Hauptwahl im vierten Bezirk durchgefallenen Kandidaten Wismar wieder zu einem Mandat zu verhelfen, hat sich also nicht erfüllt. Hoffentlich gelingt es unseren Parteigenossen nun auch, noch Erfolg für den jetzt doppelt gewählten Genossen Fintel zu schaffen.

Lichtenberg.

Welche Motive in der letzten Stadtverordnetenversammlung die bürgerliche Mehrheit leiteten, die Beratung der Vorlagen betreffend Regelung der Besoldungsverhältnisse der Lehrpersonen sowie Beamten in geheimer Sitzung vorzunehmen, geht aus ihrem Verhalten in der zum Zwecke der Vorbereitung dieser Vorlagen eingesetzten Kommission zur Genüge hervor. Gleich bei Beginn der Kommissionsverhandlungen wurde ein von unseren Genossen gestellter Antrag: „Die Frage der Aufhebung der Arbeiterlöhne gleichzeitig mitzubedenken resp. den Magistrat zu ersuchen, entsprechende Vorschläge zu machen“, von sämtlichen bürgerlichen Mitgliedern abgelehnt. Die Kommission selbst bestand außer unseren Genossen Döwll, Brühl und Grauer noch aus den bürgerlichen Stadtverordneten Blong, Schachtel, Lehne, Grothe, Rott und Frenche. Die Anträge unserer Genossen betreffend der Lehrerbeförderung: „allen Lehrern die Berliner Säge von 700 M. als Ortszulage“ zu gewähren, wurde von sämtlichen bürgerlichen abgelehnt. Ein daraufhin von uns gestellter Antrag, für die Jahre 1908 und 1909 die Magistratsvorlage, welche nur 700 M. Ortszulage vorsieht, anzunehmen und von 1910 ab die Berliner Säge, wurde ebenfalls von sämtlichen bürgerlichen abgelehnt. Selbst die Magistratsvorlage wurde mit der Begründung abgelehnt, daß Lichtenberg kein Geld habe, trotzdem der erste Bürgermeister Nielsen erklärte, daß man jetzt doch dazu kommen müsse, die Wertzuwachssteuer vorzuschlagen und folgedessen bei deren Annahme die finanziellen Ergebnisse der Stadt zweifellos bessere würden. Doch das half bei unseren bürgerlichen Stadtvätern alles nichts, im Gegenteil, der Führer der Bürgerlichen, Herr Direktor Blong, erklärte in aller Gemütsruhe: „die Lehrer seien jetzt die bestbezahltesten Beamten“, ja, er erklärte es geradezu für vermessend von Lichtenberg, wenn es versuchen würde, seine Schulen auf einen höheren Stand zu bringen, da ja andere Städte immer noch schlechter dastehen. Nun überboten sich die bürgerlichen Herren mit Vorschlägen, wie man den Geldbeutel der Stadt schonen könne und dabei zugleich doch auch nach außen hin den Schein der Lehrerbeförderung wahreren könne. Stundenlang wurde über die minimalsten Forderungen gesprochen mit dem Erfolg, daß in zweiter Lesung sämtliche Anträge abgelehnt wurden, so daß als Resultat der Stadtverordnetenversammlung kein Vorschlag gemacht werden konnte. Fürwahr, nichts ist bezeichnender für unsere bürgerlichen Stadtväter wie dieser Ausgang. In der Frage der Beamtenbesoldungsvorlage wiederholte sich das gleiche Spiel. Auch hier hielt es Herr Blong für nötig, darauf hinzuweisen, daß die Lichtenberger Beamten zurzeit durchaus keinen Anlaß hätten, sich besonders zurückgesetzt zu fühlen; im Gegenteil, noch im Jahre 1877 habe man die Gehälter der Kommunalbeamten in Lichtenberg sogar reduziert, was doch jetzt nicht mehr vorkomme. Bei Beratung der Dienst- und Besoldungsordnung stellten unsere Genossen bei § 3, welcher davon spricht, daß die Beamten jeberzeit auch alle anderen Arbeiten, welche ihnen übertragen werden, ausführen müssen, den Antrag, „daß man sie jedoch nicht als Arbeiter verwenden dürfe“, da man wiederholt anderswärts durch diesen Paragraphen die Beamten gezwungen habe, bei Streiks den Arbeitern als Streikbrecher in den Rücken zu fallen. Auch dieser Antrag wurde von sämtlichen bürgerlichen abgelehnt mit dem Bemerkten, daß es die Ehre der Beamten sein müsse, in diesen Fällen für die Interessen der Stadt einzutreten. Gleichfalls von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde ein Antrag von uns, welcher besagt, daß allen Beamten ein Recht auf Urlaub zustehen müsse, nicht aber, wie vorgeschlagen, die Bewilligung in das freie Ermessen des Magistrats stelle. Auf Grund der angenommenen Kommissionsschlüsse kann man mit Recht sagen, „um in Lichtenberg städtischer Beamter zu werden, muß man mindestens die Reise für die Prima eines Gymnasiums bestigen, Zeugnisse über tadellose Führung beibringen und wenn es befohlen wird, sich zum Streikbrecher hergeben“.

Röden.

Mit der Einführung einer Wertzuwachssteuer beschäftigten sich abermals die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung. Der eingesetzte Ausschuß erstattete Bericht. Stadtv. Cuny (lib.) teilt mit, daß die meisten Beschlässe im Ausschusse mit knappen Mehrheiten gefaßt worden sind. Der § 1 der Vorlage hat dahin eine Erweiterung erfahren, daß die Wertzuwachssteuer bei jedem Grundstückswechsel erhoben wird, nicht nur im Falle des freiwilligen Ver-

kaufes, sondern auch bei einer Enteignung. Stadtv. Dr. Schulze (fr. V.) begründet einen Zusatzantrag, wonach auch der Verkauf eines Grundstücksanteils oder Privatbesitzes usw. mit einbezogen wird. Die Vermählung des Ausschusses im Sinne des Ausschusses mit dem Zusatzantrage. In dem § 2 hatten unsere Genossen den Antrag gestellt, den zulässigen Abzug von 5 auf 3 Proz. herabzusetzen. Nach länger Debatte erhielt der § 2 folgende Fassung: Als Wertzuwachssteuer gilt der Unterschied zwischen dem Werte resp. Erwerbspreise bei dem früheren Eigentumswechsel — gleichviel, ob dieser vor oder nach dem Inkrafttreten dieser Steuerordnung stattgefunden hat — zuzüglich der gezahlten Anrechnungen (§ 5) und dem gegenwärtigen Verkaufspreis oder Werte abzüglich der dem Verkäufer zur Last fallenden nachgewiesenen Kosten — zu denen jedoch nicht die zu erhebende Wertzuwachssteuer zu rechnen ist — im Höchstfalle jedoch 5 Proz. der gegenwärtigen Verkaufspreis und zuzüglich der vom Erstreber übernommenen Nebenleistungen insbesondere auch der Wertzuwachssteuer. Eine lange Debatte führte die Höhe der Steuererträge herbei. Während die Magistratsvorlage als Höchstgrenze 20 Proz. bei einer Wertzuwachssteuer von 100 Proz. und mehr vorsah, hatte der Ausschuß eine Verschärfung beschlossen, daß bei Wertzuwachs von 100 bis 200 Proz. 20 bis 25 Proz. erhoben werden sollen. Woil (Soz.) beantragte bei 200 M. Wertzuwachs 20 Proz. und bei mehr als 200 M. 25 Proz. zu erheben. Stadtv. Dr. Schulze (fr. V.) vertret den Standpunkt, den ersten Satz, 4 Prozent bei einer Wertzuwachssteuer von mehr als 5 bis 10 Proz., überhaupt zu streichen. Das Ergebnis war, daß die Anträge unserer Genossen wie auch die des Stadtv. Dr. Schulze abgelehnt und der Zusatzantrag angenommen wurde. Eine weitere Verschärfung hatte der Ausschuß beschlossen, wonach in der Magistratsvorlage der Zusatz, daß nur ein Drittel der Steuer erhoben wird, wenn mehr als zehn Jahre seit dem letzten Eigentumswechsel verstrichen sind, in Fortfall kommen soll. Stadtv. A. Martin (fr. V.) unternahm einen erfolglosen Versuch, dieses Entgegenkommen wieder herzustellen. Eine nicht minder lange Debatte führte noch der § 5 herbei, der besagt, welche Aufwendungen bei landwirtschaftlich benutzten Grundstücken dem Besitzer in Anrechnung gebracht werden können. Eine Flut von Anträgen ging im Laufe der Verhandlungen ein. Unsere Genossen hatten eingangs der Beratung dieses Paragraphen beantragt, diesen vollständig zu streichen; der Antrag wurde jedoch zurückgezogen und in Vorrichtung gebracht, 3 Proz. in Anrechnung zu bringen. Das Fazit der Abstimmung war die Ablehnung des letztgenannten Antrages und die Annahme einer vom Stadtv. Dr. Schulze (lib.) beantragten Bestimmung, welche lautet: „Bei unbebauten Grundstücken, die der Eigentümer selbst in landwirtschaftlichen Eigenbetriebe genützt hat, wird eine 2 1/2-prozentige Verzinsung des letzten Erwerbspreises bzw. Wertes von der Zeit der Zahlung der Verzinsung des letzten Erwerbspreises beziehungsweise Wertes bis zum Abschluß des gegenwärtigen Verkaufsvertrages dem früheren Erwerbspreise hinzugerechnet.“ Die übrigen Paragraphen wurden nacheinander im Eiltempo erledigt und die ganze Vorlage fast einstimmig angenommen. Der Voranschlag der städtischen Sparkasse pro 1910 ist vom Kuratorium auf 899 850 M. festgelegt. Der Magistratsvorlage, Uebernahme der Jahre Wendenichloß-Grünau, wurde ohne Debatte die Zustimmung gegeben. Die Vorlage bedeutet den ersten Schritt zu der Auseinandersetzung mit dem Kreise Teltow wegen Ausscheiden der Stadt; ist doch im Auseinandersetzungsverfahren vorgesehen, daß die Stadt die Hälfte mit Einnahmen und Ausgaben übernimmt, ohne hierfür an den Kreis eine Entschädigung zu zahlen. Für die Fahrmaterialien erhält der Kreis 20 000 M. Entschädigung von der Stadt. Eine weitere Magistratsvorlage sieht die Einziehung der Kirchensteuer durch die Stadt ab 1. April 1910 vor. Als Entschädigung gewährt die Kirchengemeinden 5 Proz. Die Genossen Woil und Herbst wandten sich gegen die Vorlage. Es sei Sache der Kirchengemeinden selbst, zu sehen, wie die Steuern einkommen. Wenn auf den Steuerzetteln noch eine Position herauströme, so liege dies nicht im Interesse der Stadt. Stadtv. Cuny (lib.) erklärte, daß keine Steuer so unpünktlich gezahlt werde wie die Kirchensteuer. Von 25 000 M. Sollentnahme im Jahre seien nur 16 000 M. eingegangen; die Drückberger müßten herangezogen werden. In der Abstimmung wurde die Vorlage gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Es folgte nacheinander die Neuwahl eines Mitgliedes des Realgymnasiums. Stadtv. Herbst (Soz.) ist nicht bestätigt worden. Der Vorsteher gab zu dieser Sache aus den Akten folgende Darstellung. Vom Magistrat seien die Namen der Gewählten — Dr. Schulze, Dr. Lehmann und Herbst — der Behörde mitgeteilt worden. Man habe die Form eines Kuratoriums gewählt, um in der Wahl der Mitglieder keine Beschränkungen zu haben. Vom Landrat sei nun angefragt worden, ob sich auf der Liste, die dem Provinzial-Schulcollegium eingereicht worden ist, ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei befindet. (Nähe bei den Liberalen und Sozialdemokraten: Unerbört!) Herr Bürgermeister Dr. Langemann habe hierauf geantwortet, daß nach seiner Meinung alle Fragen vom kommunalen Standpunkte aus zu betrachten sind, dem Politik wird in der Stadtverwaltung nicht betrieben; um die politische Gesinnung der Stadtverordneten kümmere er sich nicht und müsse es daher ablehnen, auf die Anfrage eine bestimmte Antwort zu geben. (Lebhaftes Bravo!) Im übrigen halte er Herrn Herbst für das Amt als außerordentlich befähigt. Stadtv. Jacobi (lib.) dankte dem Bürgermeister für seine mündlichen Worte. Stadtv. Bisler (Soz.) schlug wieder im Interesse der Selbstverwaltung Herbst vor. Stadtv. Dr. Schulze (fr. V.) bedauerte ebenfalls die Nichtbestätigung und erklärte, daß durch dieses Verfahren leider das Kuratorium nicht zusammenzutreten kann. Stadtv. Woil (Soz.) sprach zunächst dem Bürgermeister für seine Haltung in der besagten Frage die Anerkennung aus. Das Interesse der Selbstverwaltung erfordere es, den Nichtbestätigten wiederzuwählen. Stadtv. Cuny (lib.) betonte: Es komme nicht darauf an, ob das Kuratorium ein Vierteljahr früher oder später die Arbeiten aufnimmt, die Regierung trage die Schuld in dieser Frage. Im Interesse der Selbstverwaltung liege es, den Stadtverordneten Herbst wieder zu präsentieren; er sei überzeugt, daß Herbst bestätigt wird, da derselbe ein befähigter Kollege sei, wovon sich auch der Landrat überzeugen könne. In seiner Eigenschaft als Kreisstadtaggeordneter habe Herbst sogar in einer Sache die Zustimmung des früheren Landrats v. Studenrauch gefunden. Hierauf wurde Stadtv. Herbst einstimmig wieder gewählt. Zur Ausgestaltung des höheren Schulwesens wurde eine Kommission von sechs Mitgliedern eingesetzt. Außer den Mitgliedern des Kuratoriums der Realschule Dr. Schulze, Dr. Lehmann und Herbst gehören derselben noch an Dinesorge (fr. V.), Cuny (lib.) und Woil (Soz.).

Rigdorf.

Die Einbruchsdiebstähle häufen sich in der letzten Zeit ganz unheimlich. Jede Nacht werden mehrere verübt. Gestern morgen wurden der Kriminalpolizei gar sieben aus allen Stadtteilen gemeldet. Die Einbrüche zeigen durchweg gleiche Arbeit. Fast immer öffnen die Täter die Häuser und Wohnungen mit Dietrichen. Es scheint also, daß wieder eine ganze Bande ihr Unwesen treibt.

Friedenan.

Aus der Gemeindevertretung. Die Wagen der Linie 68 sollen, wie die Große Berliner mittelt, vom 18. Dezember an verfuhrsweise bis zum Friedrich-Wilhelmplatz geführt werden. Der erste Wagen fährt 6.01 dafelbst ab. Von da ab alle 15 Minuten. Bei Punkt 2, Vergebung von Arbeiten für den Neubau des Realreformgymnasiums, verlas Gemeindevertreter Weber einen Artikel des Organs des Bundes der Handwerker, in welchem dem Vaurat Klamm vorgeworfen wird, bei Vergebung von Arbeiten für die Gemeinde nicht einwandfrei verfahren zu haben. Die Herren Vache, v. Brocken und Kunow erklärten die in dem Artikel enthaltenen Angriffe gegen Herrn Klamm nicht für sachhaltig, da vom Vaurat sämtliche Vergabungen von Arbeiten genau kontrolliert würden. Für die Arbeiterschaft ist dieser Streit der Jungerarbeiter gegen den Vaurat ohne Interesse, da es sich hier umschienend um reinlichen Konkurrenzneid handelt. Doch verdient bei dieser Gelegenheit wieder einmal darauf hingewiesen zu werden, daß bei fast

allen in den letzten Jahren auf dem Submissionswege vergebenen Arbeiten keiner der Herren Gemeindevertreter sich einmal danach erkundigt hat, wie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei jenen Firmen beschaffen sind. Was kümmert es diese Herren, wenn bei den bauausführenden Firmen, wie jetzt beim Realgymnasium, die Schulpfortbildungen für Leben und Gesundheit der Arbeiter außer acht gelassen werden. Auch fragt keiner der Vertreter danach, wenn die Firmen durch Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte das Heer der Arbeitslosen noch vermehren helfen. Dieser Zustand allein zeigt, wie nötig es ist, daß bei der demnächst stattfindenden Wahl ein Vertreter der Arbeiterschaft gewählt wird. Auch in anderer Weise hätte hier schon im Interesse der Allgemeinheit nützlich gewirkt werden können. Friedenau ist nun fast vollständig ausgebaut. Es sind im ganzen noch 100 Baustellen offen. Die Grundstücksbesitzer und -spekulanten haben riesenprofite eingefahren, doch hat kein Mensch die Einführung einer Wertzuwachssteuer gefordert. Wie sollte dies auch bei der jetzigen Zusammenlegung der Gemeindevertretung möglich sein, in der die Grundbesitzer unbeschränkt herrschen; die anderen wohlgenährten Herren haben zur Opposition keine Ursache. Es ist, wie die Verhältnisse im Orte liegen, für die Arbeiterschaft schwer, in diese Vorkammer Verträge zu legen, doch muß es, wenn jeder bei der nächsten Wahl seine Schuldigkeit tut, doch gelingen. Nachdem nach Direktor Müller die Anschaffung einer neuen Maschine von 450 Pferdekräften für das Elektrizitätswerk begründet hatte, wurde in die geheime Sitzung eingetreten.

Zehlendorf (Bannseebahn).

Entsprechend der Gewohnheit, wichtige Dinge von allgemeinem Interesse in die geheimen Sitzungen zu verlegen, werden die öffentlichen Sitzungen unserer Gemeindevertretung mehr und mehr zu Schauplätzen, wo über die selbstverständlichen Dinge gewarlet wird. Das konnte man in der letzten Sitzung erst wieder erleben. Was ihr ist zu erwähnen, daß der Spielplatz in der Burggrafenstraße dem Vorverein zur Anlage einer Eisbahn überlassen werden soll. Die Kosten für den Wasserbedarf wird die Gemeinde tragen. Sie belaufen sich im vorigen Jahre auf 60 Mark. Auf dem Friedhofe hat sich die für Herrn Jinnow unerklärliche Tatsache herausgestellt, daß in steigendem Maße Grabstätten bedorngt werden. Es muß deswegen eine größere Fläche hierzu neu hergerichtet werden, wozu 600 M. erforderlich sind. Die Summe wurde bewilligt. Uns dünkt aber die Tatsache nicht so unerklärlich. Es ist doch im Klassenstaate nur selbstverständlich, daß die Unterliebe noch im Tode gewahrt werden. Ein Raubbewilligung wurde gefordert: für die Fällensabfuhr 4000 M. für die Instandsetzung des Turnhofes der Gemeindegemeinde 177,71 M. für Arbeitslöhne im Straßenreinigungsbetriebe 1400 M. Der letzte Posten wurde damit motiviert, daß man zwei Arbeiter aus der Fällensabfuhr auf die Straßenreinigung übernehmen habe, die sonst hätten entlassen werden müssen. So läßt sich diese Tat, scheint uns die Forderung doch nicht begründet, da der Lohn dieser beiden Arbeiter doch dann im Etat der Fällensabfuhr vorgelesen sein muß, also nur übernommen werden brauchte. Einige vom Gemeindevorstand vertretene Änderungen von Straßensuchlinien wurden bewilligt mit dem Wunsch, daß solche Änderungen nicht zu oft erfolgen mögen. Die Satzungen und die Geschäftsordnung des Kuratoriums für die höheren Lehranstalten waren schon in einer früheren Sitzung festgelegt worden. Auf Grund neuer Informationen hatte Herr Lange eine neue Beratung gefordert. Er wies nach, daß durch die festgelegten Satzungen die Selbstverwaltung der Gemeinde in einem hohen Grade beschränkt sei und stellte eine Reihe Abänderungsanträge. Als wichtigste Abänderung wurde festgelegt, daß die Wahl der Lehrer und Direktoren durch die Gemeindevertretung und nicht durch das Kuratorium vorgenommen werden soll. Die ganze Vorlage wurde wegen der vielen Mängel in der alten Anordnung zur sachlichen und redaktionellen Änderung einer Kommission überliefert. Durch die Vergrößerung des Gemeindevorstandes ist die Beschaffung von 200 Rästchen notwendig geworden. Der übermäßig hohe Preis von 3,50 M. wurde bewilligt, obwohl Herr Schly darauf hinwies, daß derartige Rästchen in Berlin schon für 2 M. zu haben sind.

Tegel.

Gemeindevertreterversammlung. Der Vorsteher macht vor Eintritt in die Tagesordnung die Mitteilung, daß der Antrag, die Bahnanstalt Luster Anwohner durch unsere Kliranstalt zu leiten, abgelehnt sei. Der Bericht über den Gemeindehaushalt zeigt, daß noch im November 1908 24 Schiffe, im Dezember 25 Schiffe 8000 Tonnen Materialen brachten. Des langen Frostes wegen entwickelte sich der Verkehr erst wieder im April mit 51 Fahrzeugen, Mai 51, Juni 58, Juli 51, August 48, September 72, Oktober 55 Fahrzeugen, die im ganzen rund 75 070 Tonnen Fracht brachten. Eisenmaterialien gingen aus den Maschinenfabriken der Nachbarkirchen auch per Schiff ab. Die Gesamteinnahmen von 11 254,34 Mark blieben mit einem Fehlbetrag von 15 745,66 Mark hinter dem 30 000 Mark betragenden Voranschlag zurück, desgleichen die Ausgaben mit 4000 M. (Voranschlag 26 050 M.). Der Tarif wurde wesentlich herabgesetzt, so daß eine stärkere Frequenz zu erwarten ist. Zur endgültigen Kostenfeststellung von 105 000 M. für die Hafenbrücke wurde eine Anleihe von 100 000 M. genehmigt, von der die Hälfte die Gutsherrschaft Schloß Tegel übernommen hat. Der Jahresgewinn aus dem Brändenzoll beträgt für Gut und Gemeinde Tegel je 6800 M. — Zur Herstellung der Wasserleitung Ostlich der Staatsbahn wurde eine Anleihe von 110 000 M. und zur Aufstellung einer Akkumulatorenbatterie im Märker eine Anleihe von 23 000 M. genehmigt. Der Antrag des Reisauteurs Vindemann auf Errichtung einer Regelbahn wurde abgelehnt. Als Beitrag zum Bau einer evangelischen Kirche und als Ablösung für Fuhr- und Spanndienste wurden 30 000 M. gegen die Stimmen unserer Genossen bewilligt. Die alte Dorfschule in der Hauptstraße wird einem Neubau weichen, wie denn auch trotz der vielen Austritte aus der Landeskirche auf dem Gelände jenseits der Bahn ein Terrain für eine zweite Kirche reserviert ist. In der Armenpflege hat sich die Schaffung von 5 neuen Bezirken notwendig gemacht. Hierzu wurden 5 Pfleger gewählt. Auf Anregung unserer Genossen wurde die Versicherung gegeben, daß von uns vorgeschlagene gern akzeptiert werden. Den Bewohnern der „Freien Scholle“ wurde der Mindestverbrauch an Leitungswasser von 10 M. auf 7,50 M. herabgesetzt inklusive Miets für Wassermeßer; doch soll es bei Hausmeßern bleiben. Zur Ausgleichung des Haushaltes für 1910 im Betrage von 150 000 M. soll der Grundbesitz herangezogen werden, da eine Erhöhung der Einkommensteuer für Tegel im allgemeinen Interesse vermieden werden muß. Die Hausbesitzerpartei erklärte sich zwar mit dem Prinzip der jährlichen Festsetzung der Grund- und Gebäudesteuer einverstanden, wollte aber von der Festsetzung des doppelten Steuerfußes für unbebaute Grundstücke nichts wissen, sondern will erst den Voranschlag abwarten. Zum Schluß machte einer unserer Genossen darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre, entgegen der gesetzlichen Vorschrift, die Wählerlisten an Sonntagen nicht ausgelegt seien. Dies sei eine Benachteiligung der Wähler der dritten Abteilung. Der Gemeindevorsteher versprach, dem nachzukommen. Ein dringlicher Antrag, die Gemeindevertretung wolle beschließen, Berufung gegen den Entschluß des Kreis-Ausschusses einlegen, der am 8. Dezember die Wahl des Genossen Kreisbeck für ungültig erklärt hat, wurde vom Vorsteher zurückgewiesen, weil das Urteil noch nicht zugestellt ist. Ob die Begründung so schwer ist!

Spandau.

Bezugnehmend auf den Bericht über die Wahlvereinsversammlung teilt uns Genosse E. Stahl im Auftrage der Geschäftskommission mit, daß dem Verlesterstatte ein Irrtum unterlaufen sei. Die Partei legt nicht, wie es in dem Bericht heißt, bei jedem Abkommen pro Monat 35 Pf. oder bei 1025 Vorwärtswahlern 357,75 M., sondern bei jedem Abkommen pro Monat nur 11,4 Pf. oder im Monat 116,55 M. zu.

Verfammlungen.

Für die Vorgesetzten Arbeiter veranstaltete der Deutsche Metallarbeiterverband am Sonnabend eine Versammlung in Fogel. Den unmittelbaren Anlaß zu derselben gab die Verbreitung eines reichsverbändlerischen Flugblattes unter den Arbeitern der Vorgesetzten Fabrik. Nach bekannter Manier versucht das Flugblatt den Arbeitern vorzutragen, daß die neuen Listen, welche ihnen durch die Reichsfinanzreform auferlegt worden sind, gar nicht so erheblich seien und eigentlich gar keine Belastung des Arbeiters darstellen. Um den Empfängern des Flugblattes eine sachkundige Beleuchtung der reichsverbändlerischen Schwindereien und eine zutreffende Darstellung der Wirkungen der Steuerpolitik zu geben, berief der Metallarbeiterverband diese Versammlung ein und gewann als Referenten den Genossen Mollenhuth. Mit gründlicher Sachkenntnis zeigte der Referent, wie schwer die neuen Steuern gerade die Arbeiter belasten, die ja bisher schon über die Kassen mit Steuern belastet waren, und daß es eine wissenschaftliche Unwahrheit ist, wenn das Flugblatt des Reichsverbandes, gestützt auf falsche Berechnungen, den Arbeitern das Gegenteil einzureden sucht. — Die rege Diskussion ließ erkennen, daß die anscheinend von der Firma Vorfing unterstützte Agitation des Reichsverbandes bei den Vorgesetzten Arbeitern durchaus nicht die Wirkung gehabt hat, welche die Verbreiter des Flugblattes erwartet haben mögen. Handelt es sich bei den Besuchern der Versammlung durch die vom Referenten vorgeführten Tatsachen und Berechnungen alles bestätigt, was sie in ihrem Haushalt längst unangenehm empfunden haben: Eine unerträgliche Mehrbelastung ihrer notwendigen Ausgaben. — Unter anderem nahm auch Genosse Cohen das Wort. Er zog aus der Steuerpolitik der herrschenden Klassen die Nutzenanwendung: Die Arbeiter müssen die Mehrbelastung, welche ihnen durch die Steuern auferlegt worden ist, durch Lohnhöhung und Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse wieder auszugleichen suchen. Die notwendige Vorbedingung dazu ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Das Flugblatt des Reichsverbandes will den Zusammenschluß der Arbeiter hindern und Zwietracht unter sie säen, damit sie nicht in die Lage kommen, die Verteuerung ihrer Lebensmittel durch Lohnhöhung auszugleichen. Die Arbeiter müssen dem Treiben der Volksfeinde entgegenarbeiten. Nicht nur in der Gewerkschaft. Auch bei politischen Wahlen müssen sie nur Vertretern ihrer Interessen ihre Stimme geben. — Auch das Schlusswort des

Referenten Klang aus in dem Gedanken: Stärkung der Arbeiterorganisation, damit die Arbeiterschaft den Kampf für ihre Rechte mit Erfolg führen kann.

Vermischtes.

Die Brandkatastrophe in London.

Heber das fürchtbare Brandunglück in dem Warenhaus von Arbing u. Hobbs in Clapham, einem südlichen Vorort von London, über das wir in der gestrigen Nummer kurz berichteten, wird aus London noch gemeldet:

Das Feuer brüllte in wenigen Augenblicken das mächtige Warenhaus in Flammen. Krachend sprangen die Schaufenster der für das Weihnachtsfest prunkvoll dekorierten Auslagen. Unter den angestellten jungen Männern und Mädchen entstand eine fürchterliche Panik, da fast alle Ausgänge durch die Flammen verperrt waren. Mehrere Männer sprangen aus beträchtlicher Höhe herab und wurden schwer verletzt. Die in der Nähe befindliche Distriktelephonzentrale war längere Zeit bedroht. Die Feuerwehr konnte das große Geschäftshaus nicht retten. Es stürzte krachend unter einem Funkenregen zusammen.

Dem Arbeitsminister Burns, der vor dem Eintreffen der Feuerwehr auf dem Brandplatz erschien, ist es vor allem zu verdanken, daß das Feuer nicht weiter um sich griff. Er organisierte sofort aus zufällig anwesenden Soldaten und Matrosen Rettungsmannschaften und ließ die Strohdächer und Klammern, die das Feuer weiter zu verbreiten drohten, niederlegen. Er wachte sich auch am weitesten gegen die Flammen vor und empfing die Angestellten, die sich aus den Ausgängen retten konnten. Durch und durch war das Geschäft geschwärtzt, die Kleidung mit Zementstaub bedeckt, die bei dem Rettungswerk verbrannte Hand in einer Wunde, verließ Burns unter den Beifallsrufen der Menge den Brandplatz, um sich sofort zu einem angelegten Wohlmeeting zu begeben. Dort erklärte er, angesichts dieser Katastrophe solle man das Meeting ausfallen lassen. Er forderte die Erschienenen auf, zum Zeichen der Trauer den Hut abzunehmen und ruhig nach Hause zu gehen. Die Anwesenden leisteten seiner Aufforderung Folge.

Die Zahl der Opfer.

Nach einer Meldung aus London sind, wie bis gestern mittag festgestellt war, sieben Menschen ums Leben gekommen und 30 Verwundete geborgen worden. Die Zahl der Vermissten ist noch nicht bekannt, man versucht, eine Liste der Angestellten aufzunehmen, um ausfindig zu machen, wer von ihnen noch fehlt. Der Materialschaden wird auf mehrere Millionen veranschlagt.

Opfer des Sturms. In Paris ist aus Bécamp eine Meldung eingelaufen, daß die Fischerboot „St. Joseph“ vom Sturm gegen den Hafendamm geschleudert worden und mit der sechs Mann betragenden Besatzung untergegangen ist. — Eine Meldung aus Libau besagt: Seit mehreren Tagen wütet hier ein orkanartiger Sturm, dem mehrere Fischer zum Opfer gefallen sind. Eine an ein Boot gebundene Leiche ist ans Land gespült worden. Der hier eingetrossene russische Dampfer „Situania“ hat auf seiner Fahrt fünf Mann von einem gesunkenen deutschen Schoner gerettet.

Dreifacher Mord in einem Pfarrdorfe.

Zuzerner Meldung zufolge sind in dem Pfarrdorfe Ruswil in der letzten Nacht die Frau des Pferdehändlers Bisung und zwei Knechte, die bei ihm im Dienst standen, ermordet und das Wohnhaus und die Scheune des Anwesenden in Brand gesteckt worden. Bisung selbst wird vermißt.

Schiffwasser wird aus Petersburg gemeldet: Infolge eines heftigen Sturmes ist das Eis auf der Rewa gebrochen. Durch das rasche Steigen des Wassers sind die niedrigergelegenen Stadtteile überflutet. Militär und Feuerwehr haben alle Hände voll zu tun, um die arg bedrohten Bewohner der unter Wasser gesetzten Häuser zu retten. Von auswärtig werden zahlreiche Schiffsunfälle gemeldet.

Künstlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Handel in den Central-Marktblätern. Markttag: Freitag. Futur reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Futur knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Vossagel: Futur knapp, Geschäft lebhaft, Preise beständig. Fisch: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Salz: Geschäft ruhig, Preise verändert. Gemälde, Obst und Süßfrüchte: Futur genügend, Geschäft regt, Preise beständig.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 22. Dezember.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. La Traviata.

Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.

Deutsches. Hamlet.

Kammerspiele. Major Barbara. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Opern-Theater. Geschlossen.

Neues Schauspielhaus. Ihr letzter Brief.

Rachm. 3 Uhr: König Hupel.

Leffing. Lantini der Narr.

Nomischer Oper. Kleland.

Neues. Ein königlicher Spaß.

Kleines. Heuchler. Die Medaille.

Neues Operetten. Geschlossen.

Hebbel. Der Standal.

Berliner. Jede Politik.

Trianon. Suridans Esel.

Reichshaus. Im Laubenschlag.

Schiller O. (Waller-Deat.)

Rijj Hebbel.

Zeh u. Charlottenburg. Geheißer.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Haubenlerche.

Wochen. Die geschiedene Frau.

Rachm. 4 Uhr: Struwwelpeter.

Thalia. Die süße Cora.

Rachm. 4 Uhr: Max und Moritz.

Leisen. Gib mich frei.

Rachm. 4 Uhr: Goldhähnchen Himmelfahrt.

Volkoper. Der Barbier von Sevilla. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Kole. Faust.

Rachmittags 4 Uhr: Goldhähnchen Himmelfahrt.

Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.

Rachm. 3 1/2 Uhr: Der Haubentel.

Metropol. Gallo II — Die große Neuze.

Folies Caprice. Sicher ist sicher.

Bunter Teufel. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Alpous. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Casino. Der Oberbauer.

Gebr. Herrnsfeld. „So muß man's machen.“

Karl Haberland. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.

Gastspiel. Der Hüttenbesitzer.

Vauagr. Spezialitäten.

Buggenbogen. Spezialitäten.

Urania. Laubenschlag 1849.

Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.

Sternwarte. Anstalt 7-82.

Lessing-Theater.

8 Uhr: Lantini der Narr.

Donnerstag, 7 1/2 Uhr zum erstenmal: Das Koncert.

Freitag: Geschlossen. Die Kasse ist von 10-11 Uhr geöffnet.

Berliner Theater.

8 Uhr: Hohe Politik.

Morgen: Hohe Politik.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:

Ein königlicher Spaß.

Morgen und folgende Tage:

Ein königlicher Spaß.

Volks-Oper.

SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Der Barbier von Sevilla.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:

Suridans Esel.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die geschiedene Frau.

Mittwoch und Donnerstag: Struwwelpeter.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Lustenkr.

Mittwoch Geschlossen.

Donnerstag zum erstenmal: Der Graf von Luxemburg. Anf. 7 1/2 U.

Lustspielhaus.

Rachm. 3 Uhr: Der Zauberkeßel.

Abends 8 Uhr:

Der dunkle Punkt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, den 22. Dez., Anfang 8 Uhr:

Die Haubenlerche.

Donnerstag zum erstenmal: Im bunten Rod. Lustspiel in 3 Akten von Schöndran u. Frhr. v. Schütz.

Freitag: Geschlossen.

Residenz-Theater

Direktion: Richard Alexander.

Abends 8 Uhr:

Im Laubenschlag.

Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.

Am den Feiertagen: Im Laubenschlag.

1. Feiertag 3 Uhr: Waffotte.

2. u. 3. Feiertag 8 Uhr: Rühmliche Dich um Amelle.

Luisen-Theater.

4 Uhr: Gr. Kinder-Vorstellung.

Goldhähnchen Himmelfahrt.

Original-Weihnachtsmärchen m. Ges. u. Tanz v. D. Gorbier u. Ähnlichen.

Abends 8 Uhr:

Gib mich frei.

Schauspiel in 5 Akten nach einer Erzählung von O. Courth-Mahler von Ernst Ritterfeldt.

Donnerstag: Gib mich frei.

Freitag: Geschlossen.

ROSE-THEATER

Große Franzfurter Str. 192

Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 U.

Faust.

Der Tragödie erster Teil von Goethe.

Rachm. 4 Uhr: Goldhähnchen Himmelfahrt.

Donnerstag: Faust.

Gastspiel-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:

Der Hüttenbesitzer.

Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr: Kleine Preise.

Passage-Panoptikum.

Senegal in Berlin!

50 wilde Weiber

Männer, Kinder.

Drei Negerdörfer

Ohne Extra-Entree!

Vom 22. Dezbr. bis inkl. 4. Januar:

Volkstage!

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Waller-Deat.)

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Hobbs.

Lustspiel in 4 Aufzügen von Jerome K. Jerome. Deutsch v. B. Bolters.

Ende 10 1/2 Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Das Käthchen v. Heilbronn

Freitag: Geschlossen.

Schiller-Theater (Charlottenburg).

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Gespenster.

Ein Familien drama in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen.

Ende 11 Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Jungfer Obrigkeit.

Freitag: Geschlossen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

In den Dolomiten.

Metropol-Theater

Hallo!!!

Die große Revue!

In 8 Bildern von Jul. Freund.

Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.

Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

8 Uhr Das Progr. d. Novitäten! 8 Uhr mit

Prinz Pinne.

Burleske in 3 Bildern.

Henry Bender.

Konstell. Janos

Great als

Der Schimpanse

Tourist, Rodelfahrer, Rollschuhläufer.

10 Uhr: Das Wunderkind Pelt Roberto, d. kleinste u. beste Intophon-Sirtuose der Welt.

WINTERGARTEN

Otto Reutter.

La Pia

In Ihrer Szene „Der Wollen Geist“.

Kerians Hunde-Theater:

„Entführung d. Salome-Tänzerin“, gespielt von 42 Hunden und die

auserlesenen Sterne

am

Dezember-Himmel

des

Wintergartens.

Weihnachts-Messe

Dresdener Str. 34/35 (älteste u. größte)

Luisenhof

Täglich: KONZERT.

Eröffnung: Wochentags 5 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

Entrée Sonntags 20, wochentags 10 Pf.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Sicher ist sicher.

Neuer bunter Teil.

Der Mann meiner Frau.

Herrnsfeld Theater

Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 6063.

„So muß man's machen“

Burleske mit Gesang in zwei Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.

Rußl. von P. Nal. — Vorher:

Ein Rettungsmittel

Anfang 8 Uhr. Vorher: 11-12 Uhr.

Am 1. und 2. Weihnachts-Feiertag, nachm. 4 Uhr (bei halben Preisen):

Die beiden Bindelbands

mit den Autoren Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Abends 8 Uhr:

„So muß man's machen.“

„Ein Rettungsmittel.“

Am 31. Dezember:

Große Silvester-Feier.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr.

Erstes Auftreten der bezaubernden

Gussi Holl

Ota Gygi

14 erstklassige Spezialitäten.

Walhalla-Wander-Theater

Wainbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.

Anf. 8 Uhr. Die großartigen Dezember-Spezialitäten.

Im Tunnel: Regimentskapelle. Theaterbesuchern freier Eintritt.

Palast-Theater.

Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.

Burgstraße 24, am Bahnhof Dörf.

Wegen Renovation geschlossen.

An allen drei Feiertagen:

Große Fest-Vorstellungen!

Billetvorverkauf täglich von 11 bis 1 Uhr im Theater-Bureau.

Zipkus Schumann

Mittwoch, den 22. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Brillante Vorstellung.

Debüt: Clown Bagonghi.

Der kleinste und komischste Reiter der Welt.

Henry Valdorf

d. moderne Simon besteln drehendes Karussell.

Der Amerikaner Mr. Niblo

mit seinen wunderbar sprechenden Papagei.

Um 9 Uhr Ende 11 Uhr:

Die drei Rivalen

Große Partie in 5 Akten.

Kois! An den 3 Weihnachtsfeiertagen je 2 Vorstellungen. In beiden Vorstellungen ungefügt

Die drei Rivalen.

Casino-Theater

Kolpingstr. 37. Heute 8 Uhr

Der Oberganner.

Sonnabend, 25. Dez., nachm. 4 Uhr.

Sonntag, 26. Dez., nachm. 4 Uhr:

Neu! Trudens Sommerreise.

W. Noacks Theater

Bismarckstr. 16, am Kolonnen-Tor

Abends: Keine Vorstellung.

7 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung.

Gänzel und Gretel.

Weihnachts-Kapelle. Größtes Orchester.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung.

3 Feiertage, nachm. und abends: Extra-Vorstellungen.

Buggenbogen

am Moritzplatz

Anf. 8 Uhr.

Georg Schindler

der berühmte

Mundharmonika-Virtuose

und

Berlins führendes Spezialitäten-Programm.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Kolmer.

Bis Weihnachten geschlossen.

An allen drei Feiertagen:

Gr. Elite-Fest-Soireen.

Hoffmanns Norddeutsch. Sänger

und Weihnachtskränzen.

Großartiges, hochaktuelles Programm mit den modernsten Schlagern!

Karl Haverland

Anfang Theater präz. 8 U

77/79 Kommandantenstraße 77/79

13 neue erstklassige Spezialitäten. 13 Schlager auf Schlager!

Zirkus Busch.

Heute Mittwoch, den 22. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr präzis:

Großer Gala-Abend!

Mons. Colon!

mit seinen dressierten Affen.

Der Amerikaner Kerslake

m. s. weltber. dressiert. Schweinen.

Herr E. Schumann, Orig.-Dress.

9 1/2 Uhr: Farmerleben.

Besonders hervorzuheben: Die 10 Meter hohe Springfluth. Ueberfall u. Rettung a. d. brennend. Blockhaus. Vorher: Das große Gala-Programm. An allen drei Feiertagen nachm. Farmerleben.

Gastspiel-Theater.

Mozart-Oper.

25. Dezember (1. Feiertag) 8 Uhr: Zar und Zimmermann.

Am 27. u. 28. Postillon von Loujumeau.

26. Dez. (2. Feiertag) 8 Uhr: Die 1000.

Am 27. u. 28. Feiertag: Der Freischütz.

27. Dezember, abds. 8 Uhr: Uudino.

Neue Welt.

Soleilside.

Mittwoch, den 22. Dezember:

Keine Vorstellung.

Königstadt-Kasino.

Polymarktstraße 72. Täglich:

Gr. Weihnachts-Vorstellungen.

Berliner Herzen oder: O, du gedanklose Weihnachtszeit.

Weihnachtsfestspiel mit Ges. von Filders-Dmann

mit Franz Sobanski.

Neue Spezialitäten. Anf. 8 Uhr, bei Festspiel 9 1/2 Uhr.

An allen 3 Feiertagen: Gr. Fest-Vorstellungen. Anf. 6 1/2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.

Sonnabend (1. Feiertag), 25. Dez.: Weihnachten in Feindesland.

Sonntag (2. Feiertag), 26. Dezember: Der Walzerkönig.

Montag (3. Feiertag), 27. Dezember: Zum unwillkürlich-lehnenmal: Maria Stuart.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Zum Schluss:

Der Nachtwächter von Zerpentelense.

Studentenbild v. F. Moysal

Anfang: 8 Uhr.

Ende: 8 Uhr.

Sonntag: 7 Uhr.

Sonntag, 26. Dezember 1909 (2. Feiertag), präzis 12 Uhr:

Große Weihnachts-Fest-Benefiz-Matinee.

Für den Inhalt der Zitate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des IV. Berl. Reichstagswahlkreises.

Sonntag, 26. Dezember 1909 (2. Weihnachtsfeiertag):

Zwei große Matineen

in Kellers Festsälen, Koppenstr. 20

unter Mitwirkung der Konzertsängerinnen Fräulein Hedwig Gelbler, Fräulein Marianne Geyer und des Rezitators und Dialekthumoristen Otto Wiemer.

Im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuser Str. 6

unter Mitwirkung der Frau Margarete Walkotte und des Trios der Herren R. Kirsch, W. Deckert und F. Gutdeutsch.

Eröffnung 11 Uhr. Billett 30 Pf. Anfang präzise 12 Uhr.

Wir ersuchen die Mitglieder und deren Angehörige, sich rechtzeitig mit Billetts zu versehen, da offene Kasse nicht stattfindet. Das Komitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Sonabend, den 25. Dezember, mittags 12 Uhr
(1. Weihnachtsfeiertag):

Große Matinee

im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9.

Mitwirkende: Berliner Uk-Trio, Gesangsverein „Hilaritas“, Freie Turner der Schönhauser Vorstadt, Zivil-Berufsmusiker.

Sonntag, den 26. Dezember, mittags 12 Uhr
(2. Weihnachtsfeiertag):

Sechs Matineen

in folgenden Lokalen:

Prachtsäle Nord-West, Wickestr. 24.	Jos. Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 23/26.	Bernhard Rose-Theater, Badstr. 57.
Ballschmieders Etablissement, Badstr. 18.	Germania-Säle, Chausseestr. 110.

Mitwirkende: Berliner Uk-Trio, Berliner Humor-Trio, Volkssängergesellschaft Hugo Anke, Apollo-Sänger, Volkssänger-Gesellschaft Strzelowicz, Paul Mantheys „Lustige Sänger“, Mundharmonika-Verein „Vorwärts“, Elite-Orchester Fritz Blume.
Gesangsvereine: Liederlust II, Vereinte Sangesbrüder Moabit, Vereinigter Sängerkor Wedding, „Neu erwacht“. — Freie Turner und Zivil-Berufsmusiker.

Sonntag, den 26. Dezember, nachmittags 5 Uhr

Heiterer Kunst- und Musikabend

in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142.

Mitwirkende: Berliner Uk-Trio, Tietzsche Konzert-Kapelle, Lotte Frank (Soubrette), Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater.

233/16*

Die Komitees.

Wer keinen Branntwein will und doch etwas kräftiges trinken muß, erhält durch unsere kräftigen Fruchtweine einen vorzüglichen Ersatz.

Johannisbeerwein 1/1 Fl.	60 Pf.
weiß und rot, herb und süß	
Stachelbeerwein, süß	60 „
Heidelbeerwein, herb und süß	60 „
Kirschwein, süß	70 „
Brombeerwein, süß	70 „
Erdbeerwein, süß	70 „
Preißelbeerwein, süß	70 „
Schaumweine hiervon	1,35 M.
ausgezeichnet zu Bowlen	

Zu haben in allen Geschäften in Berlin und Vororten, welche unsere Waren führen.
Jedes Etikett trägt unsere Firma, worauf wir zu achten bitten.

Man verlange Preislisten.

Hermann Meyer & Co.

Akt.-Ges.

N., Wattstraße 11/12.

Spezialgeschäft f. Uhren
in größter Auswahl,
gut gehend, genau reguliert:
Rosal-Remt.-Uhren v. 5 M.
Silberne Remt.-Uhren 7 M.
Goldene Remt.-Uhren 12 M.
Schlager-Remt.-Uhren 9 M.
Jah.-Wed.-Uhren v. 2 M. an
Reelle schriftliche Garantie.

E. Möbis,
14 Benth-Strasse 14
n. Café Aschinger a Spittelmarkt



Pilsener Brauhaus (G. m. b. H.)

Ringfreie Brauerei
Rungestr. 18a Amt IV, 4562

empfiehlt ihre
erstklassigen Biere
zu billigen Preisen.

Roter Laden,

A. Hothorn, Goldschmiedestr., Alexanderstr. 34
gegenüber dem Polizeipräsidium

gibt sein seit 20 Jahren bestehendes Gold-, Silber-,
Alfenide- u. Nickelwaren-Geschäft. In Uhrentagen
vollständig auf und verkauft zu bedeutend herabgesetzten
Preisen. Seltene günstige Gelegenheit zu streng reellen u. billigem
Weihnachtseinkauf!

Achtung! Maurer! Achtung!

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder)
und Stukkateure Deutschlands.

== Grundstein zur Einigkeit. ==

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kaffierung am Sonnabend, den 25. Dezember 1909, und Sonnabend, den 1. Januar 1910, ausfällt. Dafür wird am Montag, den 27. Dezember, in allen bekannten Lokalen kaffiert.

NB. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß bis auf weiteres anstatt 13 14 Wochenbeiträge vierteljährlich zu zahlen sind und beginnt dieses mit dem 4. Quartal 1909. Die örtliche Verwaltung Berlin.

Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Heute Mittwoch, den 22. Dezember, abends 8 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

in Anton Bökers Festsälen, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Hermann Silberschmidt. 2. Diskussion. 3. Anträge aus den Bezirken auf Erhebung eines Lokalvorsitzes in den beitragsfreien Monaten. 4. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß. 31/10/09

Die Stichwahl der Delegierten zum 11. Verbandstag zu Leipzig findet morgen Donnerstag, den 23. Dezember, in sämtlichen Bezirken in den Versammlungstokalen statt. Die Mitglieder der Sektionen wählen bei der Stichwahl ebenfalls in den Bezirken. Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Der Feiertage wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:

Freitag, den 24. Dezember, nachmittags.
Sonnabend, den 25. Dezember, den ganzen Tag.
Montag, den 27. Dezember, nachmittags.
Freitag, den 31. Dezember, nachmittags.
Sonnabend, den 1. Januar, den ganzen Tag.
131/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Das Verbandsbureau ist am Freitag, den 24. Dezember (Heiligabend) und am Freitag, den 31. Dezember (Silvester) nur bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Das Bureau ist geschlossen am:

Freitag, den 24. Dezember, nachmittags.
Sonnabend, den 25. Dezember, den ganzen Tag.
Montag, den 27. Dezember, den ganzen Tag.
Freitag, den 31. Dezember, nachmittags.
Sonnabend, den 1. Januar, den ganzen Tag.

Diesem Arbeitslosen, welche die Unterstützung Sonnabends zu bekommen haben, erhalten sie Freitag, vormittags von 9-12 Uhr, ausgezahlt.

Die Arbeitsnachweise sind am 25. und 27. Dezember und 1. Januar geschlossen.

Die Einkassierung der Beiträge in den Zahlstellen erfolgt am 24. Dezember von 4-6 und am 31. Dezember von 5-7 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Garderobe

für Herren, Damen und Kinder, neueste Fassons größte Auswahl.

Pelz-Garnituren für Damen und Kinder in kolossaler Auswahl wöchentlich 1 Mark.

Möbel

Polsterwaren, komplette Wohnungs- und Küchen-einrichtungen, Leib- und Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bilder, Wand- und Taschenuhren, Gas- und Petroleumkronen, Sport- u. Kinderwagen

auf Kredit

auch gegen bar an jedermann, eventuell ohne Anzahlung bei kleinster Abzahlung.

S. Dorn

Alte Schönhauser Straße 3 Ecke Linienstraße. Heute bis 10 Uhr abends geöffnet.

Enorm billiger Verkauf elegant. Monatsgarderoben früher 50-90 M., jetzt 12-25 M.

Deutsches Bekleidungshaus, Große Frankfurterstraße 89. Nur 1 Treppe, kein Laden. Fahrgeld wird vergütet.

Fries für dicke Portieren

in allen gangbaren Farben. Breite 130 cm 160 cm

Preis p. Mtr. 2,00-3,50 3,00-4,25 Muster-Kollektion franko!

Portigo Fries-Fenster mântel

in all. Farb. 2,25, 3,75, 4,85, 6,75 M.

Teppich-Haus Emil Lefèvre, Berlin Oranienstr. 158.

Weihnachts-Extraliste

Sonder-Angebote ist erschienen.

Das Lourdes-Wunder in der Berufungsinstanz.

Reg., 20. Dezember.

Heute begann vor dem hiesigen Landgericht unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Wolf die Berufungsverhandlung in dem Verleumdungsprozess des Mejer Arztes Dr. Ernst gegen Dr. Müller und den Mejer Ärzteverein. Wie der „Vorwärts“ seiner Zeit berichtete, war Kläger mit seiner Klage Anfang Mai vom Schöffengericht abgewiesen. Das Gericht hat für erwiesen erachtet, daß Kläger die Menge bewußt irreführen wollte. Zu der heutigen Verhandlung ist ein noch mächtigerer Zeugen- und Sachverständigenapparat aufgeboten als zu der ersten Verhandlung. Zu Grunde liegt eigentlich der ganzen Sache belänzlich die angebliche Heilung einer Frau Kouchel aus Mey vom Lupus durch ein „Wunder“ in Lourdes. Die in der Mitte der achtziger Jahre an Lupus erkrankte Frau Kouchel unternahm 1903 eine Wallfahrt nach Lourdes. Dr. Ernst gab ihr ein Attest mit, in dem er ihr den Lupus bezogte. Nach der Rückkunft der Frau Kouchel fanden sich zwei Perforationen, die sie im Gesicht gehabt, geschlossen. Dr. Ernst bezogte dann Frau Kouchel in einem neuen Attest, daß sich in ihrem Zustande eine vollständige Umwandlung vollzogen habe. Man mußte nach der Fassung dieses neuen, ziemlich ausführlichen Attestes der Meinung sein, daß der Lupus geheilt sei. Diese Auffassung benutzte denn auch die katholische Presse in weitestem Maße. Der Mejer Ärzteverein stellte daraufhin nach eingehender Untersuchung fest, daß eine Heilung nicht vorliege und die beobachtete Verbesserung auf natürlichem Wege erklärbar sei. Es erwies sich nämlich, daß die Perforationen auf eine Luesinfektion zurückzuführen gewesen seien. Hauptächlich die heftigen Angriffe der kirchlichen Presse veranlaßten nun den Ärzteverein für den 10. April 1905 eine erneute Sitzung zusammenzubekommen. In dieser gab der an ihr teilnehmende Chefarzt vom Konstatationsbureau in Lourdes, Dr. Voisard, der die Lupusheilung vorher in allen Tönen in die Welt hinausposaunt hatte, den Standpunkt, eine Lupusheilung liege vor, auf. Dr. Ernst behauptete in dieser Sitzung, längst schon die Diagnose Lues gestellt zu haben. Darauf erwiderte Dr. Müller — nach einem Jauch zu dem Protokoll, der zur Festlegung der wörtlichen Genauigkeit auf seinen Antrag nachträglich mit Genehmigung des Ärztevereins angeschlossen wurde —: „Wenn das wahr ist, dann müßte man ja annehmen, daß Herr Dr. Ernst in seinem bekannten Atteste die Diagnose Lues absichtlich und willkürlich verdrängt habe.“ Das ist der Hauptpunkt, auf den sich die Klage wegen Verleumdung stützt. Dazu kommt noch eine spätere vom Kläger weniger schwerwiegend aufgefaßte Bemerkung des Dr. Müller in einem Schriftstück, das dieser fertigte, um sich gegen die verschiedenen Beschuldigungen des Dr. Ernst auszulassen. Nicht das beste Zeichen für Dr. Ernst ist es, daß er wider besseres Wissen das Zeugnis des Dr. Müller für die Heilung der Frau Kouchel anföhrte, was die kirchliche Seite natürlich in jeder Weise ausgenutzt hat und noch ausnützt, trotzdem Dr. Ernst dem Dr. Müller seinerzeit eine schriftliche Erklärung abgab, daß er bedauere, diese Angabe wider besseres Wissen gemacht zu haben.

Ueber den Ausgang der Berufungsverhandlung werden wir berichten.

Gerichts-Zeitung.

Strafverurteilung.

Vor dem Kammergericht wurde dieser Tage über eine Anklage wegen Verfehlung gegen § 153 G.-D. verhandelt, die ein Schulbeispiel dafür darbot, wie Anklagebehörden und Gerichte auch in den Fällen, wo der Arbeitgeber der Vertragsbrüchige ist, unter völliger Verkennung der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse suchen den Arbeiter an den Galgen des ausnahmsgefehligen § 153 der Gewerbeordnung zu bringen.

Die Klempnergefellen des Klempnermeisters Jeglin hatten sich verabredet, auf die von diesem beabsichtigte Lohnherabsetzung nicht einzugehen. Die Folge war die Entlassung derjenigen, die sich an die Verabredung hielten, worunter sich Hoffmann befand. Einer der Gefellen hatte die Verabredung nicht inne gehalten und arbeitete auf einem Neubau von Jenner in Treptow für Jeglin. Hoffmann begab sich dorthin und nannte den Wortbrüchigen ehelos und bezeichnete ihn weiter als Streikbrecher. Darauf wurde J., der doch im vorliegenden Falle wahrlich allen Grund hatte, aufgebracht zu sein, vom Schöffengericht wegen der paar Worte zu der ungeheuerlich hohen Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Verleumdung in Lateinheit mit Berufungserklärung (§ 153 der Gewerbeordnung). Das Landgericht in Berlin hielt die Feststellungen aufrecht, ermäßigte aber die Strafe auf die noch immer hohe Strafe von 2 Wochen Gefängnis. Die Worte ehelos und Streikbrecher seien beleidigend. Sie hätten, heißt es im Urteil, zugleich den Zweck verfolgt, den Arbeitwilligen zu veranlassen, sein Versprechen den Kollegen gegenüber zu halten und sich einer Vereinbarung zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen anzuschließen. Eine solche Vereinbarung habe vorgelegen, da die Leute Jeglin (den Meister) zwingen wollten, die alten höheren Lohnsätze wieder herzustellen. Bei der Strafzumessung müsse berücksichtigt werden, daß dem Terrorismus entgegengetreten werden müsse.

Der Angeklagte legte Revision ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Bitter, machte folgendes geltend: § 153 der Gewerbeordnung sei verletzt. Eine Vereinbarung im Sinne des § 153 müsse darauf abzielen, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Nun sei aber der Fall hier so, daß der Unternehmer bestehende höhere Löhne herabsetzen wollte. Unter diesen Umständen hätte unter anderem geprüft werden müssen, ob die Herabsetzung für eine Zeit beabsichtigt war, wo die Leute einen Anspruch darauf hatten, zu den alten Bedingungen weiter beschäftigt zu werden. Das heißt, ob die Herabsetzung für eine Zeit angeündigt wurde, wo ein vertragmäßiges Recht auf die alten Löhne bestand. Es hätte dann nicht eine Vereinbarung zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen vorgelegen, sondern eine Vereinbarung zur Erhaltung der bisherigen bereits durch Vertrag festgelegten Lohnbedingungen.

Das Kammergericht schloß sich dem an, hob die Verurteilung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Worin die Verabredung bestand, müsse klargestellt werden. Zum Beispiel könnte sie ja auch darin bestanden haben, den Arbeitgeber zu veranlassen, von einer Anwendung des § 153 könnte dann ebensowenig die Rede sein, wie in dem vom Anwalt angeführten Fall.

Die verurteilenden Erkenntnisse, insbesondere die zur Rechtsfertigung der barbarischen Strafen gebrauchten Redewendungen von „Terrorismus“ und dergleichen sind für jeden, der die Verhältnisse kennt, durchschlagende Beweise für die Unmöglichkeit der heutigen Richter, in den Prozessen, in denen es sich um Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern handelt, das Recht zu finden. Die Richter haben sicherlich aus besserer Ueberzeugung geurteilt. Diese Ueberzeugung mußte aber eine irrige, das auf ihr aufgebaute Urteil deshalb ein ungerichtetes sein, weil die Richter sich in das Empfinden des Arbeiters nicht hineindenken können. Unbenutzt werden die Richter von dem Klasseninteresse der Unternehmerklasse beherrscht. Hinzukommt die moralische Verwirrung, die insbesondere auf geistig genügende Personen die Separatisten der „Ordnungspresse“ gegen die Arbeiter ausüben, ihren Sinn für Moral und Recht untergraben. So sind Klassenurteile, wie die in diesem Prozeß gefällten des Schöffengericht und Landgericht, erschaffen. Eine Aenderung kann lediglich durch Aenderung der Gerichtsorganisation, durch Einführung von Richtern herbeigeföhrt werden, die vom Volk und aus allen Schichten des Volkes gewählt werden.

ter sich in das Empfinden des Arbeiters nicht hineindenken können. Unbenutzt werden die Richter von dem Klasseninteresse der Unternehmerklasse beherrscht. Hinzukommt die moralische Verwirrung, die insbesondere auf geistig genügende Personen die Separatisten der „Ordnungspresse“ gegen die Arbeiter ausüben, ihren Sinn für Moral und Recht untergraben. So sind Klassenurteile, wie die in diesem Prozeß gefällten des Schöffengericht und Landgericht, erschaffen. Eine Aenderung kann lediglich durch Aenderung der Gerichtsorganisation, durch Einführung von Richtern herbeigeföhrt werden, die vom Volk und aus allen Schichten des Volkes gewählt werden.

Erpressung gegen Tante Soß?

Unter der Anklage der verführten Erpressung hatte sich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II der Dr. jur. Max Müller aus Groß-Lichterfelde zu verantworten. Der Vater des Angeklagten war Inhaber eines Anteils an der „Vossischen Zeitung“ G. m. b. H., den er auf 330 000 M. berechnete. Da Dr. Müller sich wider den Willen seines Vaters verheiratet hatte, bestimmte dieser in seinem Testamente, daß sein Sohn Max vom Anteil an der „Vossischen Zeitung“ ausgeschlossen werden, jedoch dafür eine Summe von 55 000 M. in bar auszubezahlen erhalten sollte. In dem Testament war dabei ausdrücklich bemerkt, daß der Sohn Max nicht geschädigt oder benachteiligt werden solle, die Bestimmung über den Ausschluß des Sohnes von dem Zeitungsanteil sei nur wegen seiner Ehefrau erfolgt. Nach dem Tode des Vaters ließ der Angeklagte den väterlichen Anteil durch einen Bücherrevisor feststellen und hierbei wurde dann ermittelt, daß dieser Anteil mindestens dreimal soviel wert war, als Müller sen. ihn eingeschätzt hatte. Tatsächlich haben denn auch die 6 Geschwürier der Angeklagten ihre Anteile für 150 bis 200 000 M. an die übrigen Gesellschaftler der „Vossischen Zeitung“ verkauft. Der Angeklagte fühlte sich nun im Hinblick auf die Bestimmung des Testaments, er solle nicht benachteiligt werden, geschädigt und richtete deshalb an die Geschäftsleitung der „Vossischen Zeitung“ Briefe, in denen er volle Entschädigung verlangte. Im Weigerungsfalle drohte er, eine Anzeige wegen Steuerdefraudation und Urkundenfälschung zu erstatten. Dem letzten Briefe fügte er noch einen Schriftsatz bei, in dem er der Staatsanwaltschaft anzeigte, daß der Staat schon seit Jahrzehnten von der Geschäftsleitung der „Vossischen Zeitung“ in der Steuerleistung benachteiligt werde. Die Zeitung versteuere nur 3 200 800 M., während ihr wirklicher Wert 15 bis 20 Millionen Mark betrage. Diese Briefe wurden von dem Mitinhaber der „Vossischen Zeitung“, Regierungsdirektor Rothe, der Staatsanwaltschaft übergeben. Diese erhob darauf gegen Dr. Müller Anklage. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, er habe sich für berechtigt gehalten, von der „Vossischen Zeitung“ eine Entschädigung zu verlangen, da er tatsächlich um rund 150 000 M. geschädigt worden sei. Es sei ihm auch nicht darauf angekommen, von der Gesellschaft Geld zu erpressen, er habe vielmehr nur die Feststellung des Wertes der Anteile erwirken wollen. Nach eingehender Beweisaufnahme gelangte das Gericht zu der Auffassung, daß dem Angeklagten zwar ein Anspruch an die „Vossische Zeitung“ nicht zustehe, daß er aber wohl im Glauben gewesen sein möge, er habe einen solchen. Die Strafkammer erachtete daher nicht verfuhten Erpressung, sondern verfuhten Mötigung für erwiesen und erkannte gegen den Angeklagten auf eine Geldstrafe von 300 M.

Wegen die Warenhausdiebinnen

wird in letzter Zeit seitens der Gerichte mit großer Schärfe vorgegangen. Mit mehreren derartigen Fällen hatten sich gestern die Stadtrichter Straßgerichte zu beschäftigen.

Zwei gewerksmäßige Warenhausdiebinnen, die ledige Klara Herrmann und die Frau Marie Stad, mußten sich wegen wiederholten Diebstahls und Rundraubs vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Die beiden Angeklagten wurden schon im März d. J. in dem Warenhaus Wertheim in der Leipziger Straße von einem Aufsichtsbekannt bei der Verübung von Diebstählen abgefaßt. Sie wurden damals mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbescholtenheit und ihr Witten und Flehen mit einer Warnung entlassen, nachdem man ihnen die gestohlenen Sachen abgenommen hatte. Diese Warnung wurde jedoch von den beiden nicht beachtet. Sie unternahmen auch fernerhin ihre Raubzüge durch die Warenhäuser. Am 6. November stahlten sie dem Warenhaus Tich am Alexanderplatz einen Besuch ab. Von hier aus zogen sie nach den Wertheimischen Warenhäusern in der Rosenfäler- und der Leipziger Straße. Die beiden Diebinnen deckten sich in sehr raffinierter Weise gegenseitig, so daß es dem sie beobachtenden Kriminalschußmann nur sehr schwer gelang, sie in flagrante abzufassen. — Vor dem Schöffengericht beantragte der Staatsanwalt je 2 Monate Gefängnis gegen die Angeklagten. Das Gericht ging jedoch noch über diesen Antrag hinaus, da gegen die Warenhausräuberinnen mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen werden müsse. Das Urteil lautete deshalb auf je 3 Monate Gefängnis.

Als Taschendiebin, welche sich die Warenhäuser als Feld ihrer „einnehmenden Tätigkeit“ auszersehen hatte, war vor demselben Gericht das frühere Dienstmädchen Klara Heinsch angeklagt. Sie wurde schon wiederholt von Kriminalbeamten in den Warenhäusern beobachtet, wie sie sich an andere Käuferinnen herandrängte. Es gelang jedoch nie, sie bei einem Diebstahl zu erwischen. Am 6. November dieses Jahres beobachtete der Kriminalschußmann Kuhlmann die Angeklagte, wie sie sich an einer Kasse des Warenhauses Tich am Alexanderplatz an verschiedene Frauen herandrängte. Der Beamte sah, wie die H. blühschnell in die Manteltasche einer vor ihr stehenden Frau hineinsahnte und dann, als ob nichts geschehen sei, weiterging. Die Taschendiebin wurde sofort festgenommen, nachdem festgestellt war, daß sie der Frau das Portemonnaie gestohlen hatte. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Monat und einer Woche. Das Gericht ging mit Rücksicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit derartigen Diebstahls und mit Rücksicht auf Vorstrafen der Angeklagten über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 6 Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Künstlich hergestellte Genussmittel, die nicht als Kunstprodukte zu erkennen sind.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Duisburg gelangte am Sonnabend ein Nahrungsmittelfälschungsprozeß zur Verhandlung, in dessen Verlaufe die als Gutachter vernommenen Sachverständigen übereinstimmend erklärten, daß es nicht möglich sei, durch chemische Analyse den Nachweis zu führen, daß das Kunstprodukt auch wirklich ein Kunstprodukt ist. Lediglich dem Umstande, daß man die Fabrikanten eines „garantiert reinen Zitronensaftes aus frischen Früchten“ bei ihrer Fabrikation überfaßt hat, ist es zuzuschreiben, daß der Schwindel entdeckt wurde. Angeklagt waren der Dr. chem. v. Gimborn und Dr. chem. Galle, welche in Gemmerich am Niederrhein eine Fruchtsaft- und Cognacfabrik besitzen. Mit großer Heftigkeit wurde ihr „garantiert reiner Zitronensaft aus frischen Früchten“ als in Italien gepreßt und in Deutschland gereinigt und als Heil- und Gesundheitsförderndes Mittel angepriesen. Dreist wurde in der Kellame behauptet, daß ähnliche Produkte von Konkurrenzfirmen Kunstprodukte seien und diese deshalb nicht die Heilwirkung haben könnten wie der „reine Fruchtsaft aus frischen Früchten“ der obigen Firma. Insbesondere betraf dies eine Hamburger Firma Voh u. Lehmann, die sich geschädigt fühlte und Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbs stellte, da diese Firma die Ueberzeugung hatte, daß es sich bei dem Fabrikat der Angeklagten ebenfalls um ein Kunstprodukt handelte. Da dies aber gemischt nicht nachgewiesen war, so ließ man die Angeklagten bei ihrer Fabrikation durch drei Detektives überwachen,

benen es denn auch eines guten Tages gelang, die Angeklagten in flagrante bei der Fabrikation ihres „garantiert reinen Fruchtsaftes“ zu überraschen. Es erfolgte dann die Strafverfolgung, die den angeklagten Chemikern je 1500 M. Strafe und 10 000 M. Buße an die Hamburger Firma einbrachte. Die Verurteilten legten Revision ein, hatten damit auch Erfolg. Die Sache wurde an die Duisburger Strafkammer zurückverwiesen, und gelangte nun am Sonnabend abermals zur Verhandlung. Das Resultat war für die Angeklagten noch ungünstiger, indem nicht nur auf dieselbe Strafe und Buße erkannt, sondern die Angeklagten auch noch zu weiteren 10 000 M. Buße an die Konkurrenzfirma Wih. Leßls in Kadebeul bei Dresden verurteilt wurden. Eine Anzahl weiterer Konkurrenten wurde auf den Privatklagenweg verwiesen. Das Charakteristische des Prozesses ist jedenfalls das Zeugnis des sachverständigen Gutachters, daß das Kunstprodukt so täuschend nachgemacht ist, daß es durch Analyse nicht gelingt, den „Fruchtsaft“ als Kunstprodukt zu bezeichnen.

Tierhalterhaftung.

Der Handelsmann Josef S. aus D. war bei seinem Bruder, dem Handelsmann Franz S. als Kutscher angestellt. Er verunglückte am 7. Juni 1905 auf der Landstraße dadurch, daß beide Pferde des schwer beladenen Wagens infolge Vorbeifahren eines Automobils durchgingen, wobei er überfahren und schwer verletzt wurde. Auf Grund des Tierhalterparagrafen (§. 323 S. 2 B. G. B.) wird durch ein Tier der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen) verfuhten nun Josef S. seinen Bruder auf Schadenersatz. Das Landgericht Paderborn und das Oberlandesgericht Hamm verurteilten den Verletzten zur Zahlung. Seine Revision wurde am 22. November vom 4. Zivilsenat des Reichsgerichts als unbegründet zurückgewiesen. Die Feststellungen des Berufungsgerichts, heißt es in dem jetzt zugestellten Urteil, daß die Pferde durchgegangen sind und den Kläger ein eigenes Verschulden nicht trifft, sowie daß der Kläger als Knecht gegen Wochenlohn im Gewerbebetriebe des Verletzten angestellt sei und daß von einer füllschweigenden Ausschließung der Tierhalterhaftung nicht die Rede sein könne, sind rechtlich bedenkenfrei getroffen. Die dagegen gerichteten Revisionsangriffe sind unbegründet.

Frech, großschnauzig und doch feige.

Der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, Landwirt Wilhelm Weber, soll den Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes, Johann Koll, mit den in der Ueberschrift angegebenen Worten in einem Flugblatt gefemgezeichnet haben. Anhängern des Bauernbundes war wiederum vorher von Anhängern des Bundes der Landwirte gelegentlich einer Versammlung in Strohgrundlach in Bayern arg mitgespielt, das Licht wurde ausgeblendet, dann wurden die Deutsch-Bauernbündler, unter ihnen Koll, in der Dunkelheit mit Bier begossen und auf sie losgedroschen. Weiterhin Koll vor dem Amtsgericht in Nürnberg aus Anlaß dieser Vorkommnisse Koll gegen Weber wegen Verleumdung. Weber erhob Widerklage. Schließlich beschleunigten sich beide Parteien, daß sie nicht die Absicht gehabt haben, den anderen zu beleidigen, und teilten sich in die Kosten. Wer nun „frech, großschnauzig und doch feige“ ist, ergibt der Vergleich nicht.

Briefkasten der Redaktion.

Die tatsächliche Sprechweise findet Eindruckskraft, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Tropfen. Sprechweise 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechweise um 6 Uhr. Jeder Anruf ist ein Zuschuß und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen tragen man in der Sprechweise vor.

M. P. 500. Eruchen Sie unter Darlegung des Sachverhaltes das Vormundschaftsgericht, die Summe zur Begleichung der Unterhaltskosten zu verwenden. Sollte dies abgelehnt werden, steht Ihnen das Recht der Beschwerde an das Landgericht zu. — M. P. 511 über die Kündigungspflicht nichts vernehmbar, auch im Tarif nichts darüber gesagt, so steht dem gewerblichen Arbeiter, Gesellen, Schülern, eine vierzehntägige Kündigungsfrist zu. Die Kündigung kann täglich ausgesprochen werden und ist mangels einer anderen Vereinbarung keineswegs an den Schluß der Woche gebunden.

M. P. 512. Ein Anspruch steht der Betroffenen leider nicht zu. — M. P. 513. Die Leistung des Offenbarungseides hindert den, der den Eid geleistet hat, keineswegs an irgend welchen Erwerb. Der Gläubiger ist aber auch nach Leistung des Offenbarungseides jederzeit zum Verfuht einer Pfändung berechtigt. — M. P. 514. Können Sie beweisen, daß der Fall so liegt, wie Sie ihn vorzutragen haben, so lehnen Sie die Annahme und Zahlung ab.

M. P. 515. Gegen das Herkommen Ihrer Mutter werden voraussichtlich Schwierigkeiten nicht erhoben werden. Einen Unterfuchungsantrag erteilt sie erst in Berlin, nachdem sie ein Jahr lang hier ohne öffentliche Unterfuchung gelebt hat. — M. P. 516. Wird bewiesen, daß innerhalb der kritischen Zeit Rekrute mit der Mutter verkehrt haben, so steht gegen seine Verheiratung der Mutter oder dem Kind ein Anspruch zu. — M. P. 517. Das ist möglich. — M. P. 518. 1. Seit dem 1. Juli nicht mehr; die untere Grenze für die Erhebung von Meißtelstempel ist durch das Stempelgesetz seit diesem Datum von 300 auf 300 M. heraufgesetzt.

2. Für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit der Behinderung wäre nach § 616 B. G. B. Lohn zu zahlen. Wie lang diese Zeit ist, ist von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere auch der Dauer des Vertrages, zu entscheiden. — M. P. 519. 1. Der Fänder kann einen Fänderlohn verlangen. Der Fänderlohn beträgt von dem Wert der Sache bis zu 300 M. 5 Proz., von dem Restwert 1 Proz., ebenso bei Fänden 1 Proz. Der Anspruch auf Fänderlohn ist ausgeschlossen, wenn der Fänder die Anzeigepflicht verletzt oder den Fund auf Nachfrage verheimlicht. 2. Nein. — Martha 100.

1. Ja. 2. Wird in einem Verleumdungsprozeß der Vater für schuldig erklärt, so geht die Fürsorge für die Person der Kinder auf die Mutter über. Sie hat das Erziehungsrecht, ihr steht aber weder die Befugnis zur Vertretung des Kindes noch die zur Vermögensverwaltung oder elterlichen Aufsicht zu. 3. Solch Buch gibt es nicht. — M. P. 525. 1. Der alte Vertrag behält seine Gültigkeit. 2. Eine Witwenkassierin ist insofern verheiratungspflichtig, nicht aber kraftversicherungsspflichtig. — Peteran. Kein.

M. P. 43. 1. Wenden Sie sich an den Nachb. 2. Wagt sein Testament vor, und haben die Eheleute keine Kinder miteinander, so erbt der Ueberlebende die Hälfte des Nachlasses, jedoch gehören ihm im Voraus die Hochzeitsgeschenke und die zum elterlichen Haushalt gehörenden Gegenstände. 3. Ihre Frau, auch Sie selbst können zum Vormund ernannt werden. Stellen Sie einen dahingehenden Antrag beim Amtsgericht. — M. P. 126.

1. Ja. 2. Wenn eine gültige Einigung nicht erfolgt, kann Erbauseinandersetzung beim Amtsgericht beantragt und Klage auf Zahlung des Erbteils erhoben werden. — M. 113. Die Statuten sind zu kennen. Die Vereinsmitglieder hatten für richtige Stempelung. — M. P. 43. Nein.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station, am 20.12., am 19.12., am 18.12. and 4 columns: Station, am 20.12., am 19.12., am 18.12. Stations include Memel, Tilsit, Regal, Jüterburg, Weisfel, Idorn, Oder, Ratibor, Krosen, Frankfurt, Barthe, Schrimm, Landsberg, Rege, Borsdam, Elbe, Zeimery, Dresden, Barch, Radeburg.

*) + bedeutet Sturz. — Fall. *) Unterpiegel. *) Ufstand. *) Ufsteigen. *) absteigen. *) schwacher Gifgang. *) Gifgang. *) schwaches Ufsteigen. Uf der Oder bei Schwedt Gifgang.

